

Stenographischer Bericht

57. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XII. Gesetzgebungsperiode – 17. Oktober 1995

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Herrmann.

Erklärung an den Briefbombenattentäter (3954).

1. a) Zuweisungen (3954).

b) Anträge (3956).

c) Mitteilungen (3957).

2. Bericht des Ausschusses für Bau, Wohnbau und Raumordnung, Einl.-Zahl 1255/5, Beilage Nr. 155, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1255/11, Beilage Nr. 152, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird (Wohnbauförderungsnovelle 1995).

Berichtersteller: Abg. Dr. Ebner (3958).

Beschlußfassung (3958).

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1287/1, betreffend die Aufnahme von zusätzlichen Darlehen in Höhe von 8.736.000 Schilling für die Gewährung eines Gesellschafterzuschusses zur Abdeckung des Finanzbedarfs der Österreiching Ges. m. b. H. bis 31. Dezember 1995.

Berichtersteller: Abg. Korp (3957).

Beschlußfassung (3958).

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1291/1, betreffend den Verkauf der Liegenschaft EZ. 252, Grundbuch 63208 Dietersdorf, Gesamtausmaß 8007 Quadratmeter, zu einem Kaufpreis von 4.348.690 Schilling an die Gemeinde Zwaring-Pöls.

Berichtersteller: Abg. Gennaro (3959).

Beschlußfassung (3959).

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1307/1, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung per 12 Millionen Schilling für die Firma Tauplitzer Seilbahnenerrichtungs- und Betriebsgesellschaft m. b. H., 1010 Wien, Opernring 17.

Berichtersteller: Abg. Tasch (3959).

Redner: Abg. Tasch (3959).

Beschlußfassung (3960).

6. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 707/7, zum Antrag der Abgeordneten Tilzer, Dr. Wabl, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Grabner, Minder, Schrittwieser und Vollmann, betreffend eine Vergrößerung des Bezirksgerichtssprengels Eisenerz.

Berichtersteller: Abg. Ussar (3960).

Redner: Abg. Ussar (3960), Abg. Posch (3961).

Beschlußfassung (3961).

7. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1009/2, zum Antrag der Abgeordneten Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Bachmaier-Geltewa und Vollmann, betreffend die Sicherstellung einer angemessenen Fernwärmeförderung.

Berichtersteller: Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (3962).

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 8.

Beschlußfassung (3981).

8. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1298/1, betreffend die Vorlage eines Umweltschutzberichtes für das Jahr 1994.

Berichterstellerin: Abg. Dr. Karisch (3962).

Redner zu den Tagesordnungspunkten 7 und 8: Abg. Dr. Karisch (3962), Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (3965), Abg. Frieß (3967), Abg. Mag. Erlitz (3968), Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic (3971), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Hofmann-Wellenhof (3972), Abg. Dr. Ebner (3973), Abg. Beutl (3974), Abg. Trampusch (3976), Abg. Riebenbauer (3976), Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (3977), Abg. Glössl (3978), Landesrat Pörtl (3978).

Beschlußfassung (3981).

9. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 335/7, zum Antrag der Abgeordneten Vollmann, Schrittwieser, Tilzer und Ussar, betreffend die Errichtung einer Auf- und Abfahrt von der S 6 zur Stanzer Straße im Bereich Kindberg.

Berichtersteller: Abg. Vollmann (3981).

Beschlußfassung (3982).

10. Bericht des Ausschusses für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 561/6, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Cortolezis, Alfred Prutsch, Trampusch, Günther Prutsch, Dipl.-Ing. Chibidziura und Dr. Ebner, betreffend die Sicherheitsüberprüfung des Kernkraftwerkes Krško (Gurkfeld).

Berichtersteller: Abg. Majcen (3982).

Redner: Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (3982).

Beschlußfassung (3984).

11. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über das Auslieferungsbegehren des Landesgerichtes für Strafsachen Graz, betreffend den Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura nach Paragraph 288 Absatz 1 StGB., Einl.-Zahl 1309/1.

Berichtersteller: Abg. Mag. Rader (3984).

Beschlußfassung (3984).

12. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung im Land Steiermark, Einl.-Zahl 1256/1.

Berichterstellerin: Abg. Minder (3984).

Redner: Abg. Schinnerl (3985).

Beschlußfassung (3985).

13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1353/1, betreffend die Umsetzung des Konzeptes Ö-Ring neu.

Berichtersteller: Abg. Dr. Flecker (3958).

Beschlußfassung (3958).

Beginn der Sitzung: 10.08 Uhr.

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Hohes Haus!

Heute findet die 57. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Ich begrüße heute auf der Zuschauergalerie 27 Schüler der 3 c-Klasse der Landesberufsschule 4 unter der Leitung von Herrn Fachlehrer Manfred Leitner. (Allgemeiner Beifall.)

Entschuldigt ist der Herr Abgeordnete Herrmann.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Die neuerlichen Briefbombenattentate waren Gegenstand der Beratungen in der heutigen Präsidialkonferenz.

Namens der Präsidialkonferenz und damit namens aller im Steiermärkischen Landtag vertretenen Parteien darf ich nachstehende gemeinsame Erklärung abgeben:

Die neue Serie der hinterhältigen Briefbombenattentate erfüllt uns alle mit Entsetzen und Empörung. Wir verurteilen diese verbrecherischen Anschläge auf das schärfste. Den Opfern drücken wir unser Mitgefühl und unseren Respekt aus. Wir werden uns aber durch diese Verbrechen nicht beirren lassen. Wir alle sind aufgerufen, den demokratischen Rechtsstaat nicht nur konsequent zu verteidigen, sondern gemeinsam gegen Radikalisierung, Extremismus und Vorurteile zu wirken und zu kämpfen. Wir wollen offensiv für ein Klima der Toleranz, des Dialogs und der Mitmenschlichkeit eintreten. Das muß und wird mit Entschiedenheit die gemeinsame Antwort aller demokratischen Kräfte auf diese Verbrechen sein.

Ich bedanke mich für Ihre Zustimmung und Aufmerksamkeit.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise.

Ich ersuche die Schriftführerin, Frau Landtagsabgeordnete Mag. Magda Bleckmann, die Zuweisungen vom Rednerpult aus zu verlesen.

Abg. Mag. Bleckmann:

Zuweisungen an die Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 1313/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Kaufmann, Dr. Klauser, Korp, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schuster, Trampusch, Ussar und Vollmann, betreffend die Ablehnung einer Parallelität einer generellen Autobahnbeamtung (Autobahnpickerl) und der in der Steiermark bestehenden Autobahnbeamtungen;

den Antrag, Einl.-Zahl 1314/1, der Abgeordneten Mag. Erlitz, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Kaufmann, Dr. Klauser, Korp, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Trampusch, Ussar und Vollmann, betreffend die Schüler-, Studenten- und Lehrlingsfreifahrt im Rahmen des Verkehrsverbundes;

den Antrag, Einl.-Zahl 1323/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Trampusch, Mag. Erlitz und Herrmann, betreffend die Tierversuche;

den Antrag, Einl.-Zahl 1324/1, der Abgeordneten Günther Prutsch, Schrittwieser, Heibl, Schleich und Trampusch, betreffend den Ausbau der L 211 im Ortsgebiet von Dietersdorf;

den Antrag, Einl.-Zahl 1325/1, der Abgeordneten Bacher, Grillitsch, Tasch, Pußwald, Dörflinger, Korp und Weilharter, betreffend die Entwicklung der Schiregion Kreischberg/Frauenalpe;

den Antrag, Einl.-Zahl 1326/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Grillitsch, Purr, Schützenhöfer und Straßberger, betreffend die Erhöhung der Sportförderung des Landes Steiermark und Sicherstellung der Finanzierung;

den Antrag, Einl.-Zahl 1327/1, der Abgeordneten Dr. Karisch, Beutl, Frieß, Dipl.-Ing. Dr. Hofmann-Wellenhof und Zach, betreffend die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten;

den Antrag, Einl.-Zahl 1328/1, der Abgeordneten Dr. Karisch, Dr. Lopatka, Beutl, Frieß und Zach, betreffend den Ersatz von Tierversuchen durch neue tierversuchsfreie Versuchsmethoden;

den Antrag, Einl.-Zahl 1330/1, der Abgeordneten Weilharter, Ing. Peinhaupt, Mag. Bleckmann und Dr. Ebner, betreffend die Erlassung eines Landes-sicherheitsgesetzes;

den Antrag, Einl.-Zahl 1331/1, der Abgeordneten Köhldorfer, Schinnerl, Weilharter und Mag. Bleckmann, betreffend den umgehenden Ausbau der B 68 (Autobahnzubringer Feldbach-Gleisdorf), letzter offener Abschnitt Feldbach-Studenzen;

den Antrag, Einl.-Zahl 1332/1, der Abgeordneten Weilharter, Dipl.-Ing. Vesko, Köhldorfer und Ing. Peinhaupt, betreffend die Sanierung der Landesstraße L 502 von Mariahof nach Sankt Lambrecht;

den Antrag, Einl.-Zahl 1333/1, der Abgeordneten Weilharter, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt und Köhldorfer, betreffend den Ausbau der Bundesstraßen B 96 und B 83 zwischen Judenburg und Dürnstein;

den Antrag, Einl.-Zahl 1334/1, der Abgeordneten Köhldorfer, Schinnerl, Dipl.-Ing. Chibidziura und Ing. Peinhaupt, betreffend die umgehende Einleitung von Hilfsmaßnahmen für Tankstellen in den Grenzlandbezirken Deutschlandsberg, Leibnitz, Bad Radkersburg und Feldbach.

Zuweisungen an den Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 339/7, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Beutl, Dr. Frizberg und Schützenhöfer, betreffend eine Subvention des schultypenübergreifenden Schülerquiz „Politische Bildung“;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 949/7, Beilage Nr. 154, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Pflichtschulorganisations-Ausführungsgesetz geändert wird (9. Steiermärkische Pflichtschulorganisations-Ausführungsgesetz-Novelle);

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 949/8, betreffend den Gesetzesbeschluß vom 23. Mai 1995 hinsichtlich der 9. Pflichtschulorganisations-Ausführungsgesetz-Novelle – Einspruch der Bundesregierung;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1061/5, zum Antrag der Abgeordneten Trampusch, Minder, Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Dr. Flecker, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Heibl, Herrmann, Kaufmann, Dr. Klausner, Korp, Günther Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Ussar und Vollmann, betreffend den umfassenden Ausbau von Kleinkinderbetreuungseinrichtungen;

den Antrag, Einl.-Zahl 1312/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dörflinger, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Heibl, Herrmann, Kaufmann, Dr. Klausner, Korp, Minder, Günther Prutsch, Schleich, Schrittwieser, Schuster, Trampusch, Ussar und Vollmann, betreffend die ablehnende Haltung des Landes Steiermark zur beabsichtigten Streichung der Familienbeihilfe bei Studierenden;

den Antrag, Einl.-Zahl 1317/1, der Abgeordneten Minder, Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa und Mag. Erlitz, betreffend die Errichtung eines Sozialpädagogischen Zentrums.

Zuweisung an den Ausschub für Europäische Integration:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1337/1, betreffend den vierteljährlichen Bericht über den Stand der Europäischen Integration für das zweite Vierteljahr 1995.

Zuweisungen an den Finanz-Ausschub:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1179/6, zum Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Cortolezis, Grillitsch, Dr. Karisch und Purr, betreffend die Maßnahmen zur Sicherung der Sparguthaben bei der BHI;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1338/1, betreffend Grund- sowie Objektseinelösung Stadtgemeinde Kindberg für das Bauvorhaben „Anschlußstelle Kindberg-Schanzsattelstraße“ der Landesstraße 114, Schanzsattelstraße;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1340/1, betreffend die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 7,8 Millionen Schilling im Zusammenhang mit der Gewährung eines Zuschusses an die Schilift Präbichl Ges. m. b. H. & Co. KG. unter Anrechnung auf das Beteiligungskapital im Falle einer Beteiligung des Landes Steiermark an dieser Gesellschaft;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1341/1, betreffend die Aufnahme von zusätzlichen Darlehen in Höhe von 13,600.000 Schilling für die Gewährung eines Gesellschafterzuschusses zur Abdeckung des derzeitigen Finanzbedarfs der Galsterbergalm-Bergbahnen Ges. m. b. H. & Co. KG;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1342/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 1995 (5. Bericht für das Rechnungsjahr 1995);

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1346/1, betreffend den Verkauf des ehemaligen Remisengebäudes am Bahnhof Bad Gleichenberg samt den zugehörigen Grundflächen im Ausmaß von 2664 Quadratmeter an Herrn Hans Roth junior, 9342 Gnas, Burgfried 151, zu einem Gesamtverkaufserlös von 1,145.700 Schilling;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1350/1, betreffend die Veräußerung der EZ. 896, KG. Baierdorf, im Ausmaß von 5236 Quadratmeter an Dipl.-Ing. Harald und Gertraud Gossar, 8052 Graz, Handelstraße 62, zum Preis von 2,350.000 Schilling;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1353/1, betreffend die Umsetzung des Konzeptes Ö-Ring neu.

Zuweisung an den Ausschub für Gesundheit, Sport und Spitäler:

den Antrag, Einl.-Zahl 1316/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Schrittwieser, Dörflinger, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Grabner, Kaufmann und Ussar, betreffend die Nutzung des Krankenhauses Kapfenberg.

Zuweisung an den Ausschub für Jugend, Familie und Frauenfragen:

den Antrag, Einl.-Zahl 1320/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Dr. Flecker, Minder und Kaufmann, betreffend die Realisierung eines Frauenförderungsprogrammes für den Bezirk Liezen.

Zuweisung an den Kontroll-Ausschub:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1343/1, betreffend den Landesrechnungsabschluß 1994.

Zuweisung an den Ausschub für Land- und Forstwirtschaft:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1268/3, zum Antrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dipl.-Ing. Vesko, Schinnerl und Mag. Bleckmann, betreffend die Zinsensenkung für bestehende Kredite im Rahmen der Landwirtschaft.

Zuweisungen an den Rationalisierungsausschub:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 761/17, zum Abschnitt III Punkt 8 und 10 des Beschlusses Nr. 492 des Steiermärkischen Landtages vom 1. März 1994, betreffend die Feststellung der Rationalisierungsmöglichkeiten aller Leistungen, die das Land Steiermark erbringt, sowie die Umsetzungsmöglichkeiten von Vorschlägen zur Verwaltungsreform, auf Grund des selbständigen Antrages des Rationalisierungsausschusses;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 761/18, zum Abschnitt II Punkt 10 des Beschlusses Nr. 492 des Steiermärkischen Landtages vom 1. März 1994, betreffend die Feststellung der Rationalisierungsmöglichkeiten aller Leistungen, die das Land Steiermark erbringt, sowie die Umsetzungsmöglichkeiten von Vorschlägen zur Verwaltungsreform, auf Grund des selbständigen Antrages des Rationalisierungsausschusses.

Zuweisung an den Ausschuß für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 992/10, zum Beschluß Nr. 787 vom 4. April 1995 über den Antrag der Abgeordneten Majcen, Dipl.-Ing. Grabner, Dr. Ebner, Ing. Löcker, Heibl und Köhldorfer, betreffend geeignete Vorkehrungen im Interesse eines wirksamen Zivilschutzes gegen atomare, bakteriologische und chemische Bedrohungen sowie Splitter- und Trümmereinwirkungen.

Zuweisungen an den Sozial-Ausschuß:

den Antrag, Einl.-Zahl 1318/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Minder, Gross und Vollmann, betreffend die Abstandnahme von Regreßforderungen bei Frauenhauseaufenthalten;

den Antrag, Einl.-Zahl 1321/1, der Abgeordneten Minder, Vollmann, Trampusch, Dr. Bachmaier-Geltewa und Gross, betreffend die Setzung von integrativen Maßnahmen für ausländische Frauen in der Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 1322/1, der Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa, Minder, Gross und Trampusch, betreffend die Einrichtung einer Interventionsstelle zum Schutz von Frauen vor Gewalt.

Zuweisungen an den Ausschuß für Umweltschutz und Energie:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 482/9, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Ebner, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura und Ing. Peinhaupt, betreffend die Verwirklichung des Projektes ÖKOPROFIT – GRAZ in der gesamten Steiermark;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1176/3, zum Antrag der Abgeordneten Ussar, Kaufmann, Dipl.-Ing. Getzinger und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend die Ablehnung der geplanten Errichtung einer Müllverbrennungsanlage in Niklasdorf;

den Antrag, Einl.-Zahl 1329/1, der Abgeordneten Dr. Karisch, Dr. Cortolezis, Dr. Lopatka und Pußwald, betreffend die Senkung des Benzolgehaltes im Benzin auf unter ein Prozent.

Zuweisungen an den Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1090/15, zum Beschluß Nr. 673 des Steiermärkischen Landtages vom 13. Dezember 1994 über den Antrag der Abgeordneten Gennaro, Trampusch, Dr. Karisch, Dr. Frizberg, Dipl.-Ing. Vesko und Schinnerl, betreffend die Steirische Delegation in Wien;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1118/5, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Klauser, Mag. Erlitz, Ussar und Dipl.-Ing. Getzinger, betreffend die Schaffung einer Fachabteilung „Landesmuseum Joanneum“;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1134/2, zum Beschluß Nr. 750 des Steiermärkischen Landtages vom 7. Februar 1995, betreffend den ergänzenden Tätigkeitsbericht über den Bedienstetenschutz in der Steiermärkischen Landesverwaltung 1995;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1339/1, betreffend die Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung;

den Antrag, Einl.-Zahl 1315/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Minder, Mag. Erlitz, Dr. Flecker und Gennaro, betreffend die Überprüfung der Finanzverfassungskonformität der Bestimmung des Paragraphen 2 litera a des Lustbarkeitsabgabegesetzes, LGBl. Nr. 37/1950, in der Fassung LGBl. Nr. 34/1986;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1351/1, Beilage Nr. 156, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landesbeamtengesetz geändert wird (Landesbeamtengesetz-Novelle 1995);

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1352/1, Beilage Nr. 157, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landesvertragsbedienstetengesetz geändert wird (Landesvertragsbedienstetengesetz-Novelle 1995).

Zuweisung an den Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1024/4, zum Antrag der Abgeordneten Schuster, Mag. Erlitz, Gennaro und Schrittwieser, betreffend den Ausbau der B 70 im Abschnitt „Krottendorf-Gaisfeld“.

Zuweisung an den Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz:

den Antrag, Einl.-Zahl 1319/1, der Abgeordneten Günther Prutsch, Dr. Bachmaier-Geltewa, Minder und Gross, betreffend die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen im Bezirk Radkersburg.

Präsident: Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Anträge wurden heute eingebracht, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe:

Ich ersuche wiederum die Schriftführerin, Frau Abgeordneten Mag. Magda Bleckmann, die Verlesung der Anträge vorzunehmen.

Abg. Mag. Bleckmann:

Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beutl, Dr. Cortolezis, Frieß, Glössl, Dr. Grabensberger, Grillitsch, Dipl.-Ing. Hasiba, Dipl.-Ing. Dr. Hofmann-Wellenhof, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kaufmann, Ing. Kinsky, Kowald, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Posch, Alfred Prutsch, Purr, Pußwald, Riebenbauer, Straßberger, Tasch und Zach, betreffend die Auflösung des Steiermärkischen Landtages gemäß Paragraph 10 Absatz 2 LVG;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dr. Ebner, Köhldorfer, Ing. Peinhaupt, Mag. Rader, Schinnerl und Weilharter, betreffend die vorzeitige Auflösung des Landtages gemäß Paragraph 10 Absatz 2 Landesverfassungsgesetz 1960 und Zusammenlegung der Wahl in den Landtag mit der Nationalratswahl;

Antrag der Abgeordneten Dr. Flecker, Schrittwieser, Dipl.-Ing. Getzinger und Dörflinger, betreffend die Aufrechterhaltung kleinregional bedeutsamer öffentlicher Verkehrsverbindungen im allgemeinen sowie

den weiteren Betrieb der Bundespostbuslinie Kleinsölk-Stein an der Enns im besonderen;

Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Minder, Trampusch und Kaufmann, betreffend die Fortsetzung der Parteiengespräche zum Steiermärkischen Tierschutz- und Tierhaltegesetz;

Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Purr, Grilitsch und Dr. Lopatka, betreffend die Sanierung der Portierräumlichkeiten im Landhaus und die Sanierung des Erdgeschosses im schmiedgassenseitig gelegenen Trakt des Landhauses in Graz;

Antrag der Abgeordneten Posch, Bacher, Pußwald und Tasch, betreffend die geplante Errichtung einer Müllverbrennungsanlage in Trieben.

Präsident: Infolge gegebener Dringlichkeit weise ich den Antrag aller ÖVP-Abgeordneten, betreffend die Auflösung des Landtages gemäß Paragraph 10 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, sowie den gleichartigen Antrag von Abgeordneten der FPÖ dem Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß zu.

Ich teile dem Hohen Haus mit, daß der Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1255/1, Beilage Nr. 152, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird (Wohnbauförderungsgesetznovelle 1995), am 10. Oktober 1995 beraten und diese mit Änderungen und Ergänzungen beschlossen hat.

Das Ergebnis dieser Beratung ist als schriftlicher Bericht in der heute aufgelegten gedruckten Beilage Nr. 155 enthalten.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, hinsichtlich der Einl.-Zahl 1255/5, Beilage Nr. 155, von der 24stündigen Auflegungsfrist Abstand zu nehmen.

Wenn Sie diesem meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Weiters teile ich dem Hohen Haus mit, daß die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1353/1, betreffend Ö-Ring, dem Finanz-Ausschuß zugewiesen wurde.

Infolge gegebener Dringlichkeit unterbreche ich die Landtagssitzung für die Dauer der beiden Ausschüsse, um dem Finanz-Ausschuß die Möglichkeit zu geben, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1353/1, betreffend die Umsetzung des Konzeptes Ö-Ring neu, zu beraten und anschließend dem Hohen Haus antragstellend berichten zu können.

Im Anschluß daran findet eine Sitzung des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses zwecks Beratung des Antrages aller ÖVP-Abgeordneten, betreffend die Auflösung des Landtages gemäß Paragraph 10 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960, sowie des gleichartigen Antrages von Abgeordneten der FPÖ statt.

Ich ersuche die Mitglieder des Finanz-Ausschusses und sodann die Mitglieder des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, sich in den Rittersaal zu begeben.

Die Sitzung ist unterbrochen. (Unterbrechung der Sitzung von 10.16 Uhr bis 10.38 Uhr.)

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und teile dem Hohen Haus mit, daß der Finanz-Ausschuß über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1353/1, beraten hat und nunmehr antragstellend berichten kann.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, den Bericht des Finanz-Ausschusses als Tagesordnungspunkt 13 auf die heutige Tagesordnung zu setzen, jedoch gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 3 vor dem Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln, wobei über die Tagesordnungspunkte 3 und 13 getrennt abgestimmt wird.

Gemäß Paragraph 27 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Wenn Sie diesem meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die Annahme fest.

Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 27 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages über und komme zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl-1287/1, betreffend die Aufnahme von zusätzlichen Darlehen in Höhe von 8,736.000 Schilling für die Gewährung eines Gesellschafterzuschusses zur Abdeckung des Finanzbedarfes der Österreichring Ges. m. b. H. bis 31. Dezember 1995.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ernst Korp. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Korp (10.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich darf zu dieser Regierungsvorlage folgendes berichten: Mit Schreiben der Österreichring Ges. m. b. H. vom 11. Juni dieses Jahres wurde ein Überblick über die derzeitige finanzielle Situation des Unternehmens gegeben. Demnach sind auf Grund der Entwicklung zum Umbau der Rennstrecke zum Österreichring neu die Geschäftsjahre 1995 und 1996 als sogenannte untypische Geschäftsjahre zu bezeichnen. Dies deshalb, weil es nach dem geplanten Umbau erst voraussichtlich Juli 1996 wieder zu Einnahmen kommen wird.

Auf Grund der aufgestellten Finanzpläne für die Jahre 1995 und 1996, welche die besondere Situation der Umbauarbeiten berücksichtigen, ergibt sich nunmehr folgendes Bild für den unmittelbaren und dringlichen Finanzbedarf per 31. Juli 1995:

Diese bestehen aus einer Überziehung des Kontokorrentrahmens, Pachtzahlungen per 30. Juni 1995, Aufwendungen minus Erlöse mit einem Gesamtbedarf von insgesamt 4,340.000 Schilling.

In einem Ergänzungsschreiben der Österreichring Ges. m. b. H. vom 27. Juni 1995 wurde mitgeteilt, daß für den Zeitraum 1. August 1995 bis 31. Dezember 1995 die Gesamtsumme der aufzuwendenden Kosten 4,396.000 Schilling ausmacht. Aus budgetären Gründen ist es notwendig, vorerst nur die Kosten des Finanzbedarfes per 31. Juli 1995 über 4,340.000 Schil-

ling und die betrieblichen Fixkosten bis zum 31. Dezember 1995 über 4,396.000 Schilling, also insgesamt 8,736.000 Schilling, der Österreichring Ges. m. b. H. zur Verfügung zu stellen.

Es wäre daher die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von maximal 8,7 Millionen erforderlich, die vom Steiermärkischen Landtag zu genehmigen wären.

Die Landesregierung stellt daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Für die Gewährung eines Gesellschafterzuschusses an die Österreichring Ges. m. b. H. zur Abdeckung des Finanzbedarfes bis 31. Dezember 1995 wird die Aufnahme zusätzlicher Darlehen von 8,736.000 Schilling genehmigt. (10.43 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter, ich bedanke mich. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1353/1, betreffend die Umsetzung des Konzeptes Ö-Ring neu.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Dr. Kurt Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Flecker (10.44 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der vorliegende Beschlusantrag stellt eine Adaptierung des in der letzten Sitzung gefaßten Mehrheitsbeschlusses dar. Der seinerzeitige Beschluß ging von Unterzeichnungsvoraussetzungen für den Vertrag mit der Firma GISS BV aus, die bis heute nicht vorliegen, wie zum Beispiel die Gewährleistung eines professionellen Managements, die finanzielle Beteiligung des Bundes und eine Garantie der Ausbaukosten über 298 Millionen Schilling. In diesem Beschlusantrag werden die Regierungsmitglieder aufgefordert, für ein professionelles Management zu sorgen, eine finanzielle Beteiligung des Bundes in entsprechender Höhe anzustreben und Ausbaukosten des Ö-Ringes auch über die 298 Millionen Schilling im Sinne des Gutachtens des Rechnungshofes, das sich auf mindestens 330 Millionen Schilling beläuft, zu bezahlen.

Namens des Finanz-Ausschusses bin ich durch den Mehrheitsbeschluß von ÖVP und FPÖ genötigt, Ihnen die Annahme zu empfehlen. (10.45 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: erstens über den Antrag des Berichterstatters, Einl.-Zahl 1287/1, Tagesordnungspunkt 3, und zweitens über den Antrag des Berichterstatters, Einl.-Zahl 1353/1, Tagesordnungspunkt 13.

Ich komme nun zur Abstimmung: Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters, Einl.-Zahl 1287/1, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters, Einl.-Zahl 1353/1, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

2. Bericht des Ausschusses für Bau, Wohnbau und Raumordnung, Einl.-Zahl 1255/5, Beilage Nr. 155, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1255/1, Beilage Nr. 152, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird (Wohnbauförderungsgesetznovelle 1995).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Manfred Ebner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Ebner (10.47 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es liegt uns heute eine kleine Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz vor, die aus zwei Teilen besteht. Und zwar soll nunmehr auf Grund von Erfahrungen auch die Möglichkeit geschaffen werden, daß nicht nur finanzschwache Gemeinden einen Zuschuß des Landes für ihre Grundstücksbevorratung bekommen. Hier hat sich die Notwendigkeit aus der Praxis ergeben, daß genau in den Ballungszentren der höchste Wohnungsbedarf da ist und daß es notwendig ist, hier die Grundstücksbevorratung der Gemeinden voranzutreiben im Interesse zukünftiger Mieter beziehungsweise Eigentümer von Wohnungen. Die Novelle besteht noch aus einem zweiten Teil, nämlich wird dem Paragraphen 52 ein neuer Absatz 6 angefügt, der sagt, daß bei Neuvermietung einer Wohnung nach einer umfassenden Sanierung der Vermieter das Recht hat, unbeschadet der Bestimmung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes einige hier angeführte Positionen auf die Dauer des Förderungszeitraumes der Berechnung des Mietzinses zugrunde zu legen. Hiezu ist zu bemerken, daß mit der Wohnbauförderungsgesetznovelle 1992 die Laufzeit der Förderung umfassender Sanierungen von 10 auf 15 Jahre verlängert wurde und der Annuitätenzuschuß gestaffelt wurde. Die jeweilige Verminderung der Annuitätenzuschüsse hat auch eine entsprechende Erhöhung der Restannuität zur Folge. Bei dieser jetzt vorgelegten Novelle folgen wir den Beispielen der Bundesländer Wien und Salzburg, und aus der Praxis heraus ist anzunehmen, daß in weiterer Folge auch noch andere Bundesländer diesem Beispiel folgen werden. Diese Ergänzung ist erforderlich, um die Fortsetzung der Förderung umfassender Sanierungen zu gewährleisten. Die umfassende Sanierung hat sich in den letzten Jahren nämlich als bedeutender Faktor der Wohnbauförderung erwiesen.

Namens des Ausschusses für Bau, Wohnbau und Raumordnung stelle ich daher an den Landtag den Antrag, diesem Antrag des Ausschusses die Zustimmung zu geben. (10.49 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Berichterstatter. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1291/1, betreffend den Verkauf der Liegenschaft EZ. 252, Grundbuch 63208 Dietersdorf, Gesamtausmaß 8007 Quadratmeter, zu einem Kaufpreis von 4,348.690 Schilling an die Gemeinde Zwaring-Pöls.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Genarro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (10.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gemeinde Zwaring-Pöls beabsichtigt, auf dem Areal ein Altstoffsammelzentrum, einen Gemeindebauhof und einen Lagerplatz für Kanal- und Wasserleitungsbau zu errichten. Ein Interesse anderer Landesdienststellen, die schriftlich vom beabsichtigten Verkauf informiert worden sind, ist nicht gegeben. Der Verkauf an die Gemeinde Zwaring-Pöls liegt im öffentlichen Interesse. Der von den Käufern gebotene Kaufschilling entspricht dem Verkehrswert, der Kaufpreis ist zugunsten der Haushaltsstelle 2/6111480-002, „Erlös aus dem Verkauf von Straßengrundstücken“, zu vereinnahmen.

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der Liegenschaft Dietersdorf, bestehend aus dem Grundstück im Ausmaß von 8007 Quadratmeter, zu einem Kaufpreis von 4,348.690 Schilling an die Gemeinde Zwaring-Pöls wird genehmigt. Die Kosten für die Abwicklung des Kaufes sind von der Käuferin zu tragen. Die Erstellung des Kaufvertrages hat im Einvernehmen mit der Rechtsabteilung 10 zu erfolgen, und der Kaufschilling ist zugunsten „Erlös aus dem Verkauf von Straßengrundstücken“ zu vereinnahmen.

Ich ersuche um Annahme. (10.51 Uhr.)

Präsident: Danke dem Berichterstatter. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich, dies durch ein Zeichen mit der Hand zu bekunden.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1307/1, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung per 12 Millionen Schilling für die Firma Tauplitzter Seilbahnenerrichtungs- und Betriebsgesellschaft m. b. H., 1010 Wien, Opernring 17.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (10.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Damen und Herren Abgeordnete!

Die Vorlage sowie der Antrag liegen Ihnen vor. Ich hoffe, daß Sie die Vorlage und den Antrag genauestens studiert haben, und ich bitte um Annahme dieses Stückes. (10.52 Uhr.)

Präsident: Danke dem Berichterstatter, und ich erteile ihm auch gleich das Wort, um von einem anderen Rednerpult aus als Diskussionsredner aufzutreten.

Abg. Tasch (10.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin besonders glücklich darüber, daß im Finanz-Ausschuß einstimmig beschlossen wurde, der Seilbahnbetriebsgesellschaft die Zustimmung für die Ausfallhaftung dieser 12 Millionen zu geben. Der Tauplitzter Sessellift ist berühmt geworden, da er lange Zeit als der längste Sessellift der Welt gegolten hat und noch immer gilt. Er war nicht nur der längste Sessellift auf der ganzen Welt, sondern er war auch ein Sessellift, der am langsamsten war. Man hat eine Dreiviertelstunde hinauf gebraucht, und dadurch sind dieser Region immer wieder mehr Gäste abhanden gekommen, die einfach das lange Anstellen und die lange Fahrt satt hatten. Vor allem im Jänner, wenn es sehr kalt war und man mit diesem Sessellift auf die Tauplitzalm gefahren ist, hat einen der Wind fast verblasen. Dieser Ausbau der zweiten Stufe dieses Sesselliftes ist für die Region ein ganz, ganz wichtiger Faktor. Und ich möchte auch darauf hinweisen, daß von dem ehemaligen Spitzenspringer Hubert Neuper die Schiflug-WM 1996 sehr professionell vorbereitet wird, und da trifft es sich besonders gut, daß die Aufstiegshilfe auf die Tauplitzalm in diesem Zeitrahmen bereits fertig ist, und wir rechnen in diesen drei Tagen der Schiflug-WM 1996 mit ungefähr 100.000 Besuchern, und da werden sehr viele, die in dieser wunderschönen Region am Eingang des Steirischen Salzkammergutes Urlaub machen, mit den Schiern sicher auf die Tauplitzalm fahren. Die Tauplitzalm ist nicht nur eines der ältesten Schigebiete unserer Region, sondern auch das schneesicherste Schigebiet. Das ist eines der wenigen Schigebiete steiermarkweit, aber auch österreichweit, das noch keine Schneekanonen benötigt, um den Schibetrieb aufrechtzuerhalten.

Um diesen längsten Sessellift der Welt gab es sehr viele Sprüche. Der letzte Spruch oder das letzte Gerücht war, daß man beim Finden des Ötzis eine Liftkarte vom Tauplitzalm lift gefunden hat. Aber ich glaube, das hat sich jetzt also endgültig geregelt mit dieser Erschließung der neuen Aufstiegsart, dieser Viererkuppelbahn. In der zweiten Stufe war das bereits, und es war also wirklich ein Erfolg und ein Erlebnis, hier hinaufzufahren. Nochmals allen, die dazu beigetragen haben, besonders unserer Landeshauptmannstellvertreterin und Wirtschaftslandesrätin und auch für den Tourismus zuständigen Waltraud Klasnic, möchte ich hier einen besonderen Dank für diese Unterstützung sagen, weil es, glaube ich, für unsere Region, für die Schifahrer und für die Wirtschaft ein wichtiger Teil war. Ich möchte hier eines auch klar sagen: Wir können uns Sozialangelegenheiten, Neubau von Spitälern oder Altersheimen nur dann leisten, wenn die Wirtschaft funktioniert und wenn wir die Gewerbebetriebe, die Wirtschaftsbetriebe und die Großveranstaltungen, wie die Nordische WM in der Ramsau, wie die Flug-WM in Tauplitz/Mitterndorf, unterstützen. Es sind Impulse für eine gut funktionierende Wirtschaft und für die Aufrechterhaltung des Sozialbereiches in

unserem Land. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 10.57 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich wiederum um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, ich stelle die einstimmige Annahme fest.

6. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 707/7, zum Antrag der Abgeordneten Tilzer, Dr. Wabl, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Grabner, Minder, Schrittwieser und Vollmann, betreffend eine Vergrößerung des Bezirksgerichtssprengels Eisenerz.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Siegfried Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ussar (10.57 Uhr): Danke, Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Steiermärkische Landesregierung legt hier eine Vorlage vor, betreffend eine Vergrößerung des Bezirksgerichtes Eisenerz. Der Steiermärkische Landtag hat in der Sitzung vom 19. Oktober 1993 den Antrag mit der entsprechenden Geschäftszahl nach der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Steiermärkischen Landesregierung zugewiesen. Der Wortlaut liegt uns vor. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die Gemeinden Landl, Sankt Gallen, Weißenbach an der Enns, Gams, Altenmarkt bei Sankt Gallen, Palfau und Wildalpen aus dem Bezirksgerichtssprengel Liezen aus den in der Begründung angeführten Gründen in den Bezirksgerichtssprengel Eisenerz zu verlegen und zweitens im weiteren eine Verordnung der Bundesregierung, die diesem Antrag entspricht, zuzustimmen.

Die Begründung ist hier im Antrag ausführlich angeführt, und es ist vielleicht besonders zu vermerken, daß die Verwirklichung des Vorschlages der Steiermärkischen Landesregierung nach Paragraph 8 Absatz 5 laut Verfassungsübergangsgesetz 20 eine Änderung der Sprengelgrenzen der Bezirkshauptmannschaften Liezen und Leoben voraussetzt.

Ich bitte also um Annahme des Antrages zum Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der im Antrag genannten Abgeordneten, betreffend eine Vergrößerung des Bezirksgerichtssprengels Eisenerz. (10.59 Uhr.)

Präsident: Danke. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Ussar nun das Wort als Diskussionsredner.

Abg. Ussar (10.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Uns liegt ein Stück der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Vergrößerung des Bezirksgerichtssprengels Eisenerz, vor. Ich darf daran erinnern, daß der Plan des Bundesministeriums für Justiz, auch in der Steiermark Bezirksgerichte aufzulösen, seinerzeit besonders auch in den Gemeinden Eisenerz,

Radmer und Hieflau besondere Unruhe ausgelöst hat, und schon damals ist der Bürgermeister der Stadt Eisenerz, Hermann Auernigg, mit dem Bürgermeister von Radmer und auch mit dem Vizebürgermeister von Hieflau an mich herangetreten, eine gemeinsame Resolution gegen die Schließung dieser Bezirksgerichte aufzulegen. Diese Resolution hatte folgenden Wortlaut: „Der Bürgermeister von Eisenerz, Hermann Auernigg, von Radmer, Bürgermeister Siegfried Gallhofer, und Vizebürgermeister Ernst Schrotter aus Hieflau lehnen aus nachstehenden Gründen die Schließung des Bezirksgerichtes Eisenerz ab. Es wurde damals dem Argument des Präsidenten des Oberlandesgerichtes Graz, es sollen jene Gerichte geschlossen werden, wo Richter nicht ausgelastet sind und verbesserte Verkehrswege eine Zusammenlegung erleichtern, besonders widersprochen.“ Es heißt dann in dieser Resolution weiter: „Die Schließung des Bezirksgerichtes Eisenerz würde auf Grund der wirtschaftlichen, vor allem aber auch topographischen Lage der Kleinregion Eisenerz-Hieflau-Radmer für die dort betroffene Bevölkerung eine wesentliche Verschlechterung bedeuten, da eine mehrstündige Anreise dann in die Bezirksstadt Leoben erforderlich wäre.“ Es wird weiter in dieser Resolution ausgeführt: „Unseres Erachtens ist eine Auslastung des Bezirkes Eisenerz gegeben.“ Vor allem wurde darauf hingewiesen, daß die zivilrechtlichen Klagen im letzten Quartal 1991 eine Steigerung von 20 Prozent erfahren haben. Es wurde dann in dieser Resolution noch ausgeführt, daß es im Jahre 1980 noch 1000 Exekutionsverfahren gegeben hat und im Jahre 1991 zwischen 1000 und 1700 – und das bei einem Bevölkerungsrückgang von 20 Prozent. Außerdem wurde in dieser Resolution festgelegt, daß das Bezirksgericht Eisenerz in einem Haus der Stadtgemeinde untergebracht ist, die dafür keine Miete, nur Betriebskosten verrechnet, und die Beamten des Bezirksgerichtes Eisenerz bei einer Verlegung nach Leoben eine tägliche Fahrtstrecke von 70 Kilometer zurückzulegen hätten. Außerdem wurden den Bezirksgerichten anlässlich der Justizreform wichtige Aufgaben und Kompetenzen im Interesse der Bürger zugewiesen und in dieser Hinsicht vor allem auf die rechtssuchenden Menschen in diesem Raum verwiesen. Die unterzeichneten Bürgermeister haben damals darauf hingewiesen, daß also die Offenhaltung des Bezirksgerichtes Eisenerz eine wichtige Sache ist und ein Nichtrechnen dieses Anliegens zu einer Verarmung der Region führen würde.

Es freut mich also heute, daß ich nach Rücksprache mit dem Eisenerzer Bürgermeister Hermann Auernigg feststellen darf, daß er ganz besonders den Vorschlag des Steiermärkischen Landtages, die Gemeinden Landl, Sankt Gallen, Weißenbach an der Enns, Gams bei Hieflau, Altenmarkt bei Sankt Gallen, Palfau und Wildalpen dem Sprengel des Bezirksgerichtes Eisenerz zuzuordnen, begrüßt. So würde, sehr geehrte Damen und Herren, vor allem das Bezirksgericht Eisenerz die Arbeitskraft eines Richters voll auslasten. Mit diesem Beschluß wird nun vor allem auch dem Wunsch der Bevölkerung der Region Eisenerz Rechnung getragen und der Bevölkerung der Zugang zum Recht wesentlich erleichtert. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und schließe mit einem herzlichen Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 11.04 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Günther Posch zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Posch (11.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Aus der Sicht der Liezener, des Ennstales, des Salztales bin ich doch ein bißchen überrascht über die letzten so optimistischen Worte des Kollegen Ussar und möchte diesen Antrag aus unserer Sicht ein bißchen beleuchten:

Bei allem Verständnis für die Probleme in Eisenerz, vor allem die Probleme auf dem Arbeitsmarktsektor und damit verbunden wahrscheinlich auch die Auswirkungen für das Bezirksgericht muß man doch überlegen, was dieser Beschluß für die anderen Regionen, für die anderen Gemeinden für Auswirkungen hätte. Der Antrag der SPÖ-Abgeordneten betrifft eine Vergrößerung des Bezirksgerichtssprengels aus dem Jahre 1993, und ich habe ihn vor kurzem aus der Ausschußmappe herausgenommen beziehungsweise gesehen und war damals einigermaßen überrascht und nehme einige Zitate aus diesem Antrag wie auch aus der anschließenden Beantwortung der Bundesregierung heraus.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die Gemeinden Landl, Sankt Gallen, Weißenbach an der Enns, Gams, Altenmarkt bei Sankt Gallen, Palfau und Wildalpen aus dem Bezirksgerichtssprengel Liezen in den Bezirksgerichtssprengel Eisenerz zu verlegen. Als Begründung für diese Verlegung in Richtung Eisenerz wurde angeführt, ich zitiere: „Durch die leichte Erreichbarkeit dieses zentral gelegenen Bezirksgerichtes wird der Bevölkerung der Region der Zugang zum Recht wesentlich erleichtert.“ Ich antworte hier ausnahmslos nur aus der Sicht der Gemeinden des Salzgebietes, Sankt Gallen und Umgebung, und hier glaube ich, daß einigen derer, die diesen Antrag unterzeichnet haben, die geographische Gegebenheit nicht so richtig zur Kenntnis gebracht wurde. Wer jemals im Winter von diesem Bereich nach Eisenerz gefahren ist, weiß, daß es nicht leichter ist, nach Eisenerz zu fahren, als eventuell durch das Gesäuse oder über die Buchau in Richtung Liezen. Es ist also eine leichtere Erreichbarkeit durchaus nicht zu sehen.

Gemäß Paragraph 8 Absatz 5 wird die Änderung von Bezirksgerichtssprengeln durch Verordnung der Bundesregierung mit Zustimmung der Landesregierung verfügt. Bundes- und Landesregierung sollten im Sinne einer leichteren Erreichbarkeit eines erstinstanzlichen Gerichtes durch die Betroffenen sowie einer besseren Auslastung des Bezirksgerichtes Eisenerz – die Sorge ist durchaus hinzuzufügen – das Gebiet der Gemeinden Landl, Sankt Gallen und folgende in den Bezirksgerichtssprengel Eisenerz hinzuführen.

Auf Grund eines Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 31. Jänner 1994 wurde sodann dieser Antrag dem Bundesministerium für Justiz mit dem Ersuchen zur Kenntnis gebracht, dazu Stellung zu nehmen. Der Bund hat, wenn man diese Stellungnahme liest, doch ein bißchen bessere Ortskenntnis bewiesen und auch ein bißchen besseres Gefühl für die Wünsche der Bevölkerung gezeigt. Ich zitiere

einige Stellen aus der Stellungnahme des Bundes, Zitate daraus: „Es ist aber zu bemerken, daß die genannten Gemeinden zum Sprengel der Bezirkshauptmannschaft Liezen gehören, während die den heutigen Sprengel des Bezirksgerichtes Eisenerz bildenden Gemeinden Radmer, Hieflau und Eisenerz dem Sprengel der BH Leoben zugehören.“ Es ist damit zum ersten Mal auch die BH-Grenze in die Diskussion gebracht worden, und die wird sich in der Folge als wichtiger Punkt herausstellen. „Die Verwirklichung des Vorschlages der Steiermärkischen Landesregierung setzt demgemäß ein Verfassungsübergangsgesetz, eine Änderung der Sprengelgrenzen der Bezirkshauptmannschaft Liezen und Leoben, voraus.“ Der Bund weiter: „Dagegen könnte sprechen, daß die Bevölkerung der in Rede stehenden sieben Gemeinden nach Liezen orientiert sein dürfte, da sich – wie aus der obzitierten Gesetzesstelle ersichtlich – Grenzen der politischen Bezirke und der Gerichtsbezirke nicht schneiden dürfen. Es wäre im Falle der Zuordnung der in Rede stehenden sieben Gemeinden zum Bezirksgericht Liezen eine Änderung der Sprengelgrenzen der BH Liezen und Leoben erforderlich“, schreibt der Bund. Wie auch im Schreiben des Bundesministeriums für Justiz dargelegt, dürfte die Bevölkerung dieser sieben Gemeinden aber nach Liezen orientiert sein. Eine Änderung der Sprengel der BH Liezen und Leoben ist jedoch nicht Gegenstand des vorliegenden Landtagsantrages. Aus diesen Zitaten heraus, nur Bruchstücke von Land und Bund, habe ich mich im Anschluß in den betroffenen Gemeinden ein bißchen umgehört. Im Salztal, Sankt Gallen bis Wildalpen, Landl, bin dort weitgehend auf Unverständnis, Ablehnung, auch auf Uninformiertheit gestoßen. Mir wurde klar zum Ausdruck gebracht, daß die Bevölkerung des Gerichtssprengels Sankt Gallen, die Salztalregion eindeutig nach Liezen orientiert ist. Eine Zuordnung zum Gericht nach Eisenerz wird nicht gewünscht. Auch die Frage der Verkehrsverbindung nach Eisenerz ist vor allem im Winter, ohne es jetzt im Detail ausführen zu wollen, nicht besser als in Richtung Liezen. Besonders die zweite Konsequenz einer Zuordnung zur BH Leoben ist für die betroffenen Gemeinden nicht vorstellbar. Oder wollte man mit dieser Konsequenz die Betroffenen im Winter nicht nur nach Eisenerz, sondern auch noch über den Präbichl nach Leoben schicken? Ich ersuche daher, dieses Thema ganz tief in die Ablage zu versenken und die Menschen im Salztal mit solchen Planspielen nicht zu verunsichern. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.10 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, dann ersuche ich Sie, dies durch ein Handzeichen zu dokumentieren.

Danke, ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 7 und 8 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die Annahme fest.

Nun erteile ich zum Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1209/2, zum Antrag der Abgeordneten Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Bachmaier-Geltewa und Vollmann, betreffend die Sicherstellung einer angemessenen Fernwärmeförderung,

dem Herrn Berichterstatter Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Günter Getzinger das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (11.11 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen liegt ein sehr ausführlicher Bericht der Regierung vor.

Ich stelle namens des Ausschusses für Umweltschutz und Energie den Antrag, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (11.11 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1298/1, betreffend die Vorlage eines Umweltschutzberichtes für das Jahr 1994,

erteile ich der Frau Berichterstatterin Dr. Eva Karisch das Wort.

Abg. Dr. Karisch (11.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es liegt uns ein sehr umfangreicher Bericht über das Geschehen auf dem Sektor der Umwelt für das Jahr 1994 im Land Steiermark vor. Er enthält die Kapitel Abfallwirtschaft, Lärm, Verkehr, Boden und Nahrung, Luft, Energie, Natur- und Landschaftsschutz, Strahlen, Umweltforschung. Eine Umweltfundgrube gibt Aufschluß über all das – und es ist sehr viel –, was in diesem Jahr auf dem Umweltsektor in der Steiermark geschehen ist.

Namens des Ausschusses für Umwelt und Energie stelle ich den Antrag, diesen Bericht anzunehmen. (11.12 Uhr.)

Präsident: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich ebenfalls die Frau Berichterstatterin Dr. Karisch, und ich bitte sie um ihr Wort.

Abg. Dr. Karisch (11.13 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als erstes möchte ich mich recht herzlich bei den Verfassern des Berichtes bedanken, allen voran dem Herrn Hofrat Rupprecht und dem federführenden Herrn Dr. Günther Rupp von der Rechtsabteilung 3 sowie allen anderen Autoren. Es steckt sehr viel Arbeit in diesem Bericht.

Der Bericht gibt uns ein gutes Bild über die steirische Umweltsituation. Er ist nunmehr schon der zehnte Bericht über die Umweltsituation in unserem Land, und insgesamt sind 3600 Seiten an Berichten erschienen. Unser Land kann sich auf dem Umweltsektor durchaus sehen lassen; wie Österreich überhaupt. Unlängst hat ein neuer OECD-Bericht Österreich wieder ein sehr gutes Zeugnis auf dem Umweltsektor ausgesprochen. Ich darf Ihnen daraus ein paar Punkte nennen:

Wir sind Vorreiter bei der Luftreinhaltung, vor allem auf dem SO₂-Sektor haben wir viel erreicht.

Wir haben ein sehr gutes Zeugnis auf dem Gebiet des Wasserschutzes ausgestellt bekommen. Es ist uns gelungen, Flüsse und Seen sauber zu machen.

Der Energieverbrauch in Österreich im Jahre 1992 ist laut OECD auf derselben Stufe wie im Jahre 1972. Allerdings hatten wir damals nur 70 Prozent der heutigen Industrieproduktion. Wir erzeugen also heute mehr mit weniger Energie.

Die CO₂-Emission ist im österreichischen Vergleich niedrig. Die stoffliche Wiederverwertung liegt im Spitzenfeld, wenngleich auch noch vieles zu tun ist.

Soviel zum OECD-Bericht. Allerdings enthält er auch ein paar Kritikpunkte. In der Verkehrsentwicklung sind wir, wie viele andere Staaten in Europa, noch nicht sehr weit. Kritisiert wird bei uns in Österreich von der OECD die große Kompetenzersplitterung im Umweltrecht zwischen Bund und Ländern, die es noch immer gibt, und der große Dschungel bei Ge- und Verboten, der nur schwer zu durchschauen ist. Die OECD empfiehlt uns ganz generell, mehr marktwirtschaftliche Instrumente in der Umweltpolitik anzuwenden. Soviel zu Österreich.

Die Steiermark liegt in manchen Bereichen besser als der österreichische Durchschnitt.

Ich möchte zum steirischen Bericht zu einigen Punkten Stellung nehmen. Erstens zum Wasser, kurz zum Abfall, drittens zur Energie, viertens zum Naturschutz und fünftens ein paar Worte noch zur ökologischen Dorferneuerung.

Meine Damen und Herren, kommen wir zum Wasser. Österreich ist ein sehr wasserreiches Land, wir haben das größte Trinkwasservorkommen Europas. Und das, meine Damen und Herren, ist Kapital für die Zukunft, ein Schatz für die Zukunft. (Beifall beim Abg. Grillitsch) Jawohl, Herr Kollege Grillitsch, aber wir müssen dafür auch etwas tun. Und ich glaube, wir tun noch nicht genug.

49 Prozent unserer steirischen Wässer sind Quellwasser, 50 Prozent sind Grundwasser, ein Prozent dann Oberflächenwasser. Während das Quellwasser sehr gut ist, von ausgezeichneter Qualität vor allem in der Obersteiermark, ist unser Grundwasser in einigen Gebieten sehr stark belastet. Das zeigt uns auch der vorliegende Bericht. Unsere Aufgabe ist es, die Qualität zu sichern und die beeinträchtigten Vorkommen zu sanieren. Und da, meine Damen und Herren, sehe ich Defizite. Der Bericht schreibt von Pestiziden, von Atrazinen, von Desethylatrazin, vom Nitrat, das man im Grundwasservorkommen gefunden hat. Vor allem im Grazer Feld, ein bißchen noch im Leibnitzer Feld, aber da ist es besser geworden, im Bezirk Radkersburg, im Bezirk Feldbach, im Feistritztal. Der Bericht schreibt auch, daß wir leider in der Landwirtschaft wieder mehr Wirtschaftsdünger und Handelsdünger einsetzen, als das vor einigen Jahren der Fall war. Also der Einsatz von Dünger, von Kunstdünger und auch von Naturdünger, steigt. Loben möchte ich das Leibnitzer Feld, da ist einiges in Angriff genommen worden. Die ersten kleinen Erfolge stellen sich ein, und das beweist mir, daß es möglich ist, belastete Grundwässer auch wirklich zu sanieren, wenn man sich nur genug anstrengt. Wenn das

Leibnitzer Feld so weitermacht wie bisher, kann in fünf bis zehn Jahren das Wasser dort wieder in Ordnung sein. Meine Damen und Herren, wir sollten uns generell mehr anstrengen. Wir sollten uns auch im Grazer Feld anstrengen, im Raum Kalsdorf, im Raum Radkersburg, im Raum Feldbach, für die nächste Generation. Wir haben eine Verantwortung für die nächste Generation, wir dürfen ihr nicht neben Schulden auch noch eine belastete Umwelt hinterlassen.

Leider ist es modern geworden, Wasser abzuleiten. Das ist natürlich sehr verlockend und sehr einfach. Wir haben im Norden der Steiermark, im Raum Hochschwab, sehr große und gute Wasservorräte. Die Wiener leiten das schon seit der Jahrhundertwende ab, die Stadt Graz neuerdings auch, seither ist das Grazer Wasser wieder in Ordnung. Man lehnt sich im Lehnstuhl zurück und setzt sich weniger ein, das vorhandene Grundwasser zu sanieren. Und ich glaube, das ist ein falscher Weg.

Die Preisgabe belasteter Grundwasservorkommen und das Ausweichen auf immer weitere, noch nicht belastete Wasserressourcen ist kein Konzept für die Zukunft, sondern eine Kapitulation der Umweltpolitik! Ich möchte sehr stark an alle appellieren, vor allem auch an die Stadt Graz und die betroffenen Regionen, daß man sich wirklich bemüht, die Grundwasservorkommen wieder in Ordnung zu bringen. Die Stadt Graz hat, wie uns der Umweltbericht zeigt, ein Entsorgungsmanko von 17.500 Einwohnergleichwerten. Es geht also viel an Fäkalien daneben, sickert in das Grundwasser. Hier müssen wir umdenken. Und ich muß Ihnen sagen, die Ableitung ist keine Lösung. Ich habe großes Verständnis für die Bevölkerung von Tragöß, wenn sie ihren Grünen See und ihren Kreuzteich erhalten wollen, wenn sie Sorge haben, daß durch eine massive Ableitung von zusätzlichen Quellen der Grundwasserspiegel so sinken könnte, daß der Grüne See austrocknet. Ich habe hier massives Verständnis, und wir müssen uns bemühen, unsere eigenen Grundwasservorkommen im Süden zu sanieren. Erst wenn wir alles getan haben, unser eigenes Grundwasser in Ordnung zu bringen, haben wir ein Recht darauf, die Solidarität anderer Regionen und das Zurverfügungstellen von anderen Wässern einzufordern! Wir haben in der Steiermark heute 600 Quadratkilometer potentielle Sanierungsgebiete, überwiegend im Süden des Landes.

Meine Damen und Herren, wir sprechen in den letzten Jahren sehr viel von der Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist ein Grundsatz der Umweltpolitik geworden. Der Begriff Nachhaltigkeit kommt aus der Forstwirtschaft und bedeutet, daß man nicht mehr verbrauchen darf, als wieder nachwachsen kann. Das heißt, unsere Generation darf nicht mehr verbrauchen, als natürlich nachwächst. Wir müssen ebenso viel der nächsten Generation, unseren Kindern, zur Verfügung stellen und übriglassen. Das tun wir im Moment beim Grundwasser nicht, wir müssen die Grundwässer sanieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch ein kurzes Wort zu den Zerkarien sagen, die im Sommer 1994, also vor einem Jahr, die Medien und auch die Bevölkerung im Raum Graz sehr stark bewegt haben. Sie wissen, die Zerkarien waren jene kleinen Tierchen

in den Badeseen, die zu einem massiven Hautauschlag geführt haben, zu Quaddeln, zur Rötung, zu starken Juckreizen. Es war nicht nur eine Medienente, es war wirklich was dran, wie uns der Umweltbericht zeigt. 30 Prozent der untersuchten Badegewässer haben solche Zerkarien aufgewiesen. Eine Ursache war der extrem heiße Sommer, die zweite Ursache war die Sorglosigkeit der Badegewässerbetreiber. Es gab sehr viele Enten, sehr viele Schnecken und keine entsprechenden Fische in den Seen, die die Zerkarien bekämpft hätten. Das Bewußtsein über das biologische Gleichgewicht in einem Badensee war nicht vorhanden. Aber ich glaube, der heiße Sommer 1994 mit diesen Folgen hat zu einem Lernprozeß geführt, und wir können, das hat uns der heurige Sommer schon gezeigt, wieder beruhigt baden, wenn man gewisse Grundsätze einhält.

Ein zweiter Punkt des Berichtes, auf den ich eingehen will, ist der Abfall. Hier liegen wir vor allem in der Steiermark sehr gut. Die Steiermark ist ein Musterland, die Restmüllmenge ist bei uns sehr stark gesunken. Wir haben jene Werte, die wir uns für das Jahr 2000 vorgenommen haben, schon erreicht. Wir sind im Bundesvergleich Spitzenreiter dank unserer Bevölkerung, die sehr fleißig trennt und sortiert. Trotzdem gibt es natürlich noch erhebliche Abfallmengen. Es gibt vor allem – und das wird gerne übersehen – große Abfallmengen aus dem industriellen und gewerblichen Bereich, die sind fünf- bis sechsmal so groß wie das Aufkommen aus dem Hausmüllbereich, und alles geht auf die Deponien. Hier werden wir noch weiterarbeiten müssen. Wir werden verstärkt auch weiterarbeiten müssen in Richtung Kreislaufwirtschaft, Büroprodukte, wie Computer und so weiter, wieder in den Wirtschaftsprozess einbringen. Noch immer, auch das stellt der Bericht dar, haben wir ein Kunststoffproblem mit dem österreichischen Kunststoffkreislauf. Da gibt es viele Trittbrettfahrer. Wir Konsumenten zahlen viel ein, wirklich entsorgt wird im Grunde genommen nur wenig. Vieles wird zwischengelagert, wie ich unlängst gelesen habe, sogar exportiert. Die Dummen der Nation sind die Konsumenten, die ihre Entsorgungsbeiträge bezahlen.

Auf ein Problem möchte ich aus der Sicht der Konsumenten und der Sicht der Gesundheit im Zusammenhang mit dem Abfall noch hinweisen. Es machen sich namhafte Ärzte bereits Sorgen darum, das sind Schimmelpilze im Kompost, vor allem im städtischen Bereich. Wenn man damit nicht sehr sauber umgeht oder in einer kleineren Familie den Kompostkübel nicht oft ausleert, bilden sich sehr schnell Schimmelpilze. Wenn dann ein Kind den mit Schimmel versetzten Kompost in die Gesamtkomposttonne der Siedlung hineinwirft und sich drüberbeugt, steigt der Schimmel auf, wird eingeatmet, und das ist vor allem für Kinder, für alte und geschwächte Menschen sehr schädlich. Hier werden wir uns noch etwas einfallen lassen und besser aufklären müssen, daß eine gewisse Mindesthygiene eingehalten wird. Sie wissen, Schimmelpilze gehören zu den häufigsten Allergieauslösern, und Allergien nehmen bei uns zu.

Der dritte Punkt, den ich im Zusammenhang mit dem steirischen Umweltbericht behandeln möchte, ist die Energie. Auch hier haben wir sehr gute Werte. In

der Europäischen Union beträgt der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Gesamtenergieeinsatz weniger als 4 Prozent. In der Steiermark, meine Damen und Herren, beträgt er bereits 25 Prozent. Eine stolze Zahl, wenn ich auch dazusagen möchte, nicht stillhalten, ich bin noch nicht zufrieden, wir müssen weitermachen. Aber immerhin eine schöne Bilanz.

Meine Damen und Herren, wir haben auf dem Energiesektor noch ein großes brachliegendes Sparpotential. Das müssen wir nutzen. Effizienzsteigerungen sind möglich. Ich möchte Ihnen dazu ein Beispiel bringen, das auch im Umweltbericht angeführt ist, das sich die Tiefkühltruhen im Handel. Da geht sehr viel Energie daneben. Die Firma ENERTEC hat heuer eine Untersuchung durchgeführt. Die Lebensmittelhändler wissen über den übermäßigen Energieverbrauch selbst nicht Bescheid. Die Truhen sind nicht gut genug, hier kann man noch vieles verbessern. Ursache sind schlecht eingestellte Abtauvorrichtungen, die Truhen werden immer gäserner, damit der Konsument alles sieht. Es gibt beheizte Griffleisten, damit der Kunde mit den Fingern nicht anpickt, weil es kalt ist. Es ist aber ein Luxus, auf Körpertemperatur hinaufzuheizen. Die Truhen stehen oft am falschen Platz, etwa neben einer Heizung. Es gibt externe Wärmeeinstrahlungen, zum Beispiel Spots zur Beleuchtung. Das ist alles kontraproduktiv. Manche Truhen tauen sogar zweimal in der Nacht ab. Es kommt zu großen Temperaturschwankungen, und man weiß heute, daß eine der Ursachen für den Fleischskandal auch darin zu suchen war, daß ganz einfach die Truhe nicht gleichmäßig kühlt. Auf dem Energiesektor ist noch sehr viel einsparbar, und hier werden wir uns in den nächsten Jahren sehr anstrengen müssen.

Es gibt einen neuen Bericht an den Club of Rome, das Buch „Faktor 4“ von Weizsäcker und dem amerikanischen Umweltexperten Lovins. Es wird am Donnerstag abend auf der UTEC in Wien vorgestellt werden und zeigt ein gewaltiges Potential an Effizienzsteigerungen auf dem Energiesektor auf. Ich darf Ihnen ein ganz spektakuläres Beispiel bringen. Es betrifft die USA, nicht uns, aber es zeigt, wieviel wir eigentlich noch einsparen können. Das Rocky Mountain Institute in den USA hat festgestellt, daß bei der Luftkühlungstechnik 80 bis 90 Prozent der Energie durch bauliche Veränderungen einsparbar wären, und man hat die Einsparung auch monetär beziffert. Man hat ausgerechnet, das würde in den USA eine Billion Dollar ausmachen. Und wenn sie nur die Hälfte zusammenbringen, ist das ein gewaltiges wirtschaftliches Sparpotential. Es bringt uns im Energieverbrauch herunter und hilft uns damit auch, die Voraussetzungen für das Klima zu verbessern.

Meine Damen und Herren, etwas, was wir in Österreich selbst machen können, wäre eine Energiesteuer als echte Ökosteuern. Wir sprechen schon sehr lange darüber. Die steirische Volkspartei hat am Bundesparteitag einen entsprechenden Antrag eingebracht. Wir haben ihn auch hier im Hause eingebracht. Leider hat die Bundesregierung keine entsprechende Öko-Energiesteuer als wahre Ökosteuern, nämlich als Lenkungsinstrument, zusammengebracht. Wir wünschen uns ein Lenkungsinstrument, nicht eine Fiskalsteuer, die nur die Budgetlöcher stopft. Es wäre not-

wendig, das Steueraufkommen zweckgebunden für Umweltprobleme, für Verbesserungen der Energieeffizienz einzusetzen. Das ist leider nicht passiert. Ich hoffe, es wird noch kommen.

Mein vierter Punkt ist der Naturschutz. Meine Damen und Herren! Wir haben unlängst eine Sitzung des steirischen Naturschutzbeirates gehabt, und ich habe dort den Auftrag bekommen, den einstimmigen Auftrag, dem Steiermärkischen Landtag folgendes zur Kenntnis zu bringen. Nachdem er sich auflösen wird, mache ich das heute mündlich, und nicht mehr schriftlich. Ich werde es dann dem nächsten Landtag schreiben. Die Mitglieder des Naturschutzbeirates sind sehr betrübt, daß die Landschaftspflegeabgabe, der sogenannte Schotterabgabe, nicht beschlossen werden konnte, und haben wenig Verständnis dafür. Ich darf Ihnen berichten, der Antrag auf einen Schotterabgabe wurde vom Kollegen Glössl bereits im April eingebracht. Das ist eine lange Zeit. Wir bedauern sehr, daß es nicht weitergegangen ist, und ich bin sehr befremdet, heute in der „Neuen Zeit“ eine Aussage des Herrn Landesrates Ressel zitiert zu finden, wonach die Schotterabgabe im Budget 1996 deshalb nicht vorgesehen sei, weil sich Ressel in diesem Punkt nicht gegen die anderen Parteien durchsetzen konnte. Ja, meine Damen und Herren, was soll denn das heißen? Ich möchte erinnern, Herr Kollege Trampusch, die Herren sind jetzt leider alle nicht im Saal, wir haben uns im März 1995 im Umwelt-Ausschuß zu Parteiengesprächen zusammengesetzt, und wir waren uns alle einig, daß wir das wollen. Dann wurde der Antrag eingebracht. Wie ging es weiter? Der Antrag ist liegengeblieben, der Kollege Flecker hat nichts weitergetan, Parteienverhandlungen hätten stattzufinden. Ja bitte, wer im Finanz-Ausschuß beruft die ein? Entweder der Herr Landesrat Ressel selbst oder der Herr Abgeordnete Flecker als Vorsitzender. (Beifall bei der ÖVP.) Der Kollege Glössl hat sich die Füße wundgelaufen und ist zum Herrn Landesrat Ressel gegangen und hat ihn wiederholt um einen Termin gebeten. Der Termin stand fest. Der Herr Vorsitzende des Finanz-Ausschusses Flecker hat dann gesagt, das sei seine Angelegenheit einzuberufen, und er hat es nie getan. Und dann sagt man, wir seien schuld oder die FPÖ sei schuld, die wird sich selbst zu Wort melden. Also, das finde ich stark, und ich möchte in aller Form richtigstellen, an uns lag es nicht. Wir sind sofort bereit, das zu beschließen, unter Umständen auch heute oder am Donnerstag. Wir sehen nicht ein, daß das nicht passiert ist. Ich bedaure sehr, daß in einem Naturschutzjahr, im Europäischen Naturschutzjahr, es nicht möglich ist, eine Abgabe zu beschließen, die die Betroffenen sogar noch selber zahlen wollen. Die Betroffenen sind einverstanden, daß eine Abgabe eingeführt wird wie in den anderen Bundesländern auch, und man läßt sie nicht. Und dann sagt man, wir verhindern es.

Meine Damen und Herren, ich komme zum letzten Punkt. Das ist die ökologische Dorferneuerung, eine Idee von unserem Landesrat Pörtl. Eine sehr gute Idee, für die ich sehr dankbar bin. Ökologische Dorferneuerung bedeutet, Dorf für Dorf die Umwelt mit den Menschen vor Ort in Ordnung zu bringen, die ihre Heimat am besten kennen, die wissen, wo es etwas zu sanieren gibt, wo man verbessern kann, wo man etwas

machen kann nach dem Motto „global denken, lokal handeln“. Ich freue mich, daß dies vom Landesrat initiiert wurde, und ich glaube, daß wir auf diesem Weg einen gewaltigen Schritt mit den Menschen gemeinsam weiterkommen und unsere Heimat noch lebenswerter gestalten können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 11.32 Uhr.)

Präsident: Als nächster hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (11.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zunächst eine kleine Replik auf den Vorwurf von Frau Kollegin Karisch, was die Naturschutzabgabe, den sogenannten Schottereschilling, betrifft. Kollegin Karisch, Sie wissen sehr genau, und ich nutze dieses Recht als Abgeordneter auch sehr ausführlich, daß man hier immer wieder Beschlufanträge einbringen kann. Ich würde vorschlagen, bringen Sie dieses Gesetz als Beschlufantrag in den Landtag ein, und dann werden wir sehen, wo sich die Mehrheiten finden lassen. Das wäre mein erster Vorschlag.

Mein zweiter Vorschlag: Sie wissen auch sehr genau, daß abgabenbezogene Gesetze, große Gesetzesvorhaben selbstverständlich in der Regierung vorberaten werden. Es ist dies auch von der Regierungsbank aus mehrfach betont worden, daß gerade auch diese Gesetze, also Naturnutzungsabgaben, ob das jetzt Wasserschilling oder Schottereschilling oder wie auch immer heißt, selbstverständlich in der Regierung beraten werden. Es geht um einen Entwurf, der uns vorgelegt werden soll. Von meiner Regierungsfraktion jedenfalls gibt es diesbezüglich eine klare Aussage. Sie können sich den gestrigen Antrag zum Budget gerne ansehen. Da schlägt Herr Landesrat Ressel, der als Finanzlandesrat formal tatsächlich für diese Abgabe zuständig ist, als Sofortmaßnahme unter Spiegelstrich 4 die Einführung von Naturnutzungsabgaben (Wasser-, Schotter-, Kiesentnahme und so weiter) vor.

Also, auf der Regierungsebene scheint weitestgehend eine Einigung erzielt worden zu sein. Ich hoffe nun, daß wir bald tatsächlich im Landtag in Parteienverhandlungen Einigung erzielen können. Aber wie gesagt, wenn Sie es eilig haben, können Sie einen Beschlufantrag einbringen. Oder aber ein anderer Vorschlag von mir war, daß die Schotterbarone – man verzeihe mir diese Ausdrucksweise –, aber wenn sie schon so spendierfreudig sind, wenn sie die Spendierhosen anhaben, diesen Betrag 1 zu 1 an die, die den Betrag dringend brauchen, nämlich die Naturschutzorganisationen, überweisen.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zum Umweltbericht, soweit meine Replik zum Naturschutzschilling. Ich schließe mich dem Dank von Frau Kollegin Karisch an Herrn Rupprecht und Herrn Rupp an. Ich glaube wirklich, daß mit diesem Umweltbericht wieder die neun Vorgängerexemplare übertroffen wurden. Dieser Umweltbericht gibt wirklich eine sehr gute Übersicht über die umwelt- und naturschutzbezogenen Aktivitäten in unserem Bundesland. Wenn Sie den Umweltschutzbericht sehr genau lesen, werden Sie erkennen, daß es insgesamt drei Regierungs-

mitglieder gibt, die für Natur- und Umweltschutz zuständig sind. Die Herren Schmid, Hirschmann und Pörtl. Die Tatsache, daß die Kollegen Hirschmann und Schmid nicht auf der Regierungsbank anwesend sind, werte ich als einen Akt der Geringschätzung ihrer Zuständigkeit im Bereich Umweltschutz. Mir persönlich tut das sehr weh, ich bedaure es. (Abg. Kowald: „Wo hast du deinen Finanzreferenten?“) Umso mehr muß man dankbar sein, daß unser Umweltlandesrat Pörtl immerhin es der Mühe wert findet, dieser Debatte Gehör zu schenken und sich dann, wie ich ihn kenne, auch zu Wort zu melden. Danke vielmals dafür. (Abg. Dr. Karisch: „Von euch ist überhaupt niemand da!“) Insgesamt, meine Damen und Herren, wenn man den Umweltschutzbericht – und es ist mittlerweile der vierte, den ich mir zu Gemüte führe – kritisch liest, muß man tatsächlich das feststellen, was Frau Kollegin Karisch vor zwei Jahren ebenfalls festgestellt hat, daß sich nämlich die Umweltpolitik in unserem Bundesland, aber wahrscheinlich auch in Österreich insgesamt in einer Stagnationsphase befindet, es gibt keine wesentlichen Fortschritte mehr in der Umweltpolitik. Ihre Ausführungen heute haben wesentlich optimistischer geklungen, ich glaube aber nicht, daß sich in den letzten beiden Jahren soviel verändert hat. Ich sehe keine große Aufbruchstimmung im Bereich Umweltschutz, ich sehe eher wieder Rollbacks nennt man das auf englisch, also Rückwärtsbewegungen. Ich denke etwa an die von Ihrer Fraktion geplante Novelle des Wasserschutzgesetzes, das genau jenen Intentionen widerspricht, die Sie heute dargestellt haben. Wenn man den Umweltschutzbericht kritisch liest, merkt man auch einiges von den Schwachstellen der Umweltpolitik in unserem Bundesland. Es ist nicht nur unbedingt die Dicke der Kapitel, die Zahl der Seiten in den einzelnen Kapiteln, die für Qualität bürgen, sondern, wie gesagt, man muß sich da schon genauer vertiefen, und man wird erkennen, daß beispielsweise das Kapitel Verkehr, also die Verkehrspolitik in unserem Bundesland, tatsächlich noch einen umweltpolitischen Schub vertragen würde, daß die Naturschutzpolitik – verzeihen Sie mir die saloppe Ausdrucksweise – schlicht und einfach auf dem Bauch liegt in der Steiermark. Kulminiert ist diese Situation in der Naturschutzpolitik in der kürzlich erfolgten Ohrfeige der Europäischen Union. Es ist schon sehr beachtlich, wenn die soviel geschmähte Union die Steiermark darauf hinweist, in welche Richtung in der Naturschutzpolitik gegangen werden sollte.

Aber auch jenes Kapitel, mit dem ich mich etwas ausführlicher auseinandersetzen werde, nämlich das Kapitel Lärm, weist darauf hin, daß in diesem Bereich noch sehr beträchtliche Handlungsdefizite bestehen.

Ich persönlich glaube, daß der Lärm als Umwelt- und Gesundheitsbeeinträchtigung bisher noch sehr vernachlässigt wurde, obwohl Mediziner, obwohl beispielsweise das deutsche Bundesgesundheitsamt sehr deutlich darauf hingewiesen haben, daß die Gefährdung unserer Gesundheit durch Lärm mindestens jener entspricht, wie das beim Passivrauchen der Fall ist. Beim Passivrauchen gibt es keine Diskussion mehr darüber, daß das Risiko, Krebs zu bekommen, deutlich steigt. Über Lärm wird in der Öffentlichkeit leider sehr wenig gesprochen, obwohl, wie gesagt, Mediziner behaupten, daß es zu einer deutlichen Steigerung

von Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei lärmbelasteten Personen kommt. Auch subjektiv, wenn man die Steiererinnen und Steierer fragt, welche Umweltbeeinträchtigung sie als am schlimmsten empfinden, so nennen sie in überwiegender Mehrzahl den Lärm, insbesondere den Straßenverkehrslärm. Lärm, meine Damen und Herren, hat sehr viele verschiedene Ursachen. Zu nennen wäre etwa der Trittschall - verursacht oft Nachbarschaftsstreitigkeiten, hängt zusammen mit einer schlechten, zu wenig dichten Konstruktion der Wände und der Decken. Denken Sie an die Probleme - auch an die Nachbarschaftsstreitigkeiten -, die sich aus Rasenmäherlärm ergeben. Denken Sie an Probleme im Bereich der Gewerbebetriebe, denken Sie an die Baumaschinen, denken Sie an die Schanigärten, denken Sie aber auch - und es gibt leider Zeitgenossen, die das als Lärm empfinden - an spielende Kinder. Ich persönlich bin der Ansicht, daß man sich eher freuen sollte darüber, wenn Kinder extrovertiert sind und auch ab und zu ein bißchen Lärm machen. Ich empfinde es nicht als Lärm, aber wie gesagt, Lärmempfinden ist eben auch etwas sehr Subjektives. In den meisten von mir genannten Bereichen gibt es technische Lösungen für das Lärmproblem, gibt es innovative Lösungen, die wieder unter Beweis stellen, daß Umweltschutz auch die Schaffung von Arbeitsplätzen bedeutet - beispielsweise durch Kapselung von lärmemittierenden Anlagen kann man sehr viel Lärmreduktion erreichen, oder durch Einhausung von lärmemittierenden Bereichen.

Die Hauptursache, meine Damen und Herren, der Lärmbeeinträchtigung liegt allerdings eindeutig - und darauf weisen eine Vielzahl von Studien hin - im Verkehrsbereich, insbesondere der Lärm aus dem motorisierten Individualverkehr. Lärm, meine Damen und Herren, ist auch ein soziales Problem. Wenn man sich Lärmimmissionskarten in der Steiermark von steirischen Gemeinden anschaut, so erkennt man, daß Gebiete, die besonders lärmbelastet sind, sich oft mit Wohngebieten von sozial schwachen Schichten decken. Der, der es sich leisten kann, zieht ins Grüne, der, der es sich leisten kann, zieht in jene Gegenden, die von Lärm sehr wenig beeinträchtigt sind. Jene, die es sich nicht leisten können, wohnen in Graz etwa an der Triester Straße oder an anderen Straßen, die massiv von Lärm belastet sind beziehungsweise wo der Lärm eindeutig auch Gesundheitsbeeinträchtigungen hervorruft. Was Gemeinden konkret tun können, das wird im Umweltbericht auch sehr schön dargestellt. Gemeinden können Lärmsanierungskonzepte erstellen. Mittlerweile gibt es für sechs der über 500 Gemeinden in der Steiermark sogenannte Lärmsanierungskonzepte. Sechs Modellgemeinden haben für ihren Bereich Lärmsanierungskonzepte erstellen lassen von zuständigen Wissenschaftlern und Zivilingenieuren. Das Lärmschutzkonzept, das tatsächlich in vorbildlicher Weise dargestellt wird im Umweltschutzbericht, ist jenes der Stadtgemeinde Judenburg. Es wird derzeit an einem Leitfaden für Lärmschutzkonzepte gearbeitet. Ich persönlich bin allerdings der Ansicht, daß wir bei Lärmschutzkonzepten einen ähnlichen Weg beschreiten sollten wie bei den Energiekonzepten. Energiekonzepte werden vom Wirtschaftsministerium, vom Land Steiermark und von den Gemeinden jeweils zu einem Drittel finanziert. Es gibt

also eine Unterstützung für die Gemeinden in diesem Bereich. Ich glaube, daß wir im Bereich Lärmschutzkonzepte ebenfalls diesen Weg beschreiten sollten, denn es ist ja nicht so, daß nur sechs Gemeinden in der Steiermark ein Lärmschutzkonzept haben sollten und dieses auch umsetzen sollten, sondern es geht zumindest um einige Dutzend Gemeinden, die von Lärm geplagt sind. Was kann man auf Landesebene machen, um dieses Problem Lärm, insbesondere Verkehrslärm, in den Griff zu bekommen? Wir sollten uns ganz klar an die Prioritätenreihung des Steiermärkischen Gesamtverkehrsprogrammes halten: erstens verkehrsvermeidende Maßnahmen ergreifen, zweitens Verkehrsverlagerung auf umweltverträglichere, weniger lärmemittierende Verkehrsträger forcieren, drittens Verkehrsverbesserungen vornehmen.

Was kann man unter Verkehrsvermeidung verstehen? Hier sind insbesondere die Raumordnung und die Flächenwidmungsplanung gefordert. Es geht darum, wieder eine allmähliche Integration der Bereiche Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Erholung vorzunehmen auf der Ebene der Flächenwidmungsplanung und der Raumordnung, denn nur durch das Auseinanderreißen dieser Lebensbereiche kommt es zu einem Mobilitätsbedürfnis. Wenn die Menschen keinen Nahversorger mehr in der Nähe haben, müssen sie ein Auto besitzen, damit sie ihre täglichen Bedürfnisse abdecken können.

Zum zweiten Bereich, Verkehrsverlagerung: Ich glaube selbstverständlich, daß wir vermehrt Anstrengungen unternehmen sollten, um den Radfahrverkehr und den Fußgängerverkehr zu erleichtern, zu verbessern, die Infrastruktur so zu gestalten, daß sich Radfahrer und Fußgänger wieder freier bewegen können, sich wieder sicherer fühlen können. Einige Verbesserungen gibt es hier auf der Ebene der Straßenverkehrsordnung. Ich glaube aber auch, daß wir das Steiermärkische Landesstraßenverwaltungsgesetz sehr genau ansehen sollten und eventuell einer Novellierung unterziehen sollten, um diesem Teil der Verkehrsarten, Fußgängern und Radfahrern, das Leben ein Stück zu erleichtern.

Im dritten Bereich, Verkehrsverbesserung: Wie gesagt, es ist eine Prioritätenreihung, es geht an allererster Stelle natürlich um Verkehrsvermeidung, dann um Verkehrsverlagerung, an dritter Stelle erst um Verkehrsverbesserung. Hier geht es zum Beispiel darum, daß wir den Bundesgesetzgeber und Verordnungsgeber auffordern sollten, endlich die Emissionsgrenzwerte für Lkw, Pkw und andere Fahrzeuge zu verringern und insbesondere den Bereich Rollgeräusche endlich in den Griff zu bekommen. Hier stecken einige Dezibel drinnen, hier ist einiges möglich in Kooperation mit den Reifenherstellern und -ausstattern. Es geht aber auch, meine Damen und Herren, das geht auch aus dem Umweltbericht hervor, um eine Temporeduktion. Wir wissen es, daß etwa die Einführung von Tempo 30 in Judenburg eine Reduktion der Emissionen um 2,5 Dezibel bringen würde, was nicht wenig ist. Wir wissen ja, daß die Dezibelskala eine logarithmische Skala ist, das heißt, wenn man hier auch nur wenige Dezibel reduzieren kann, würde das zumindest subjektiv für das Empfinden der Leute, für die Betroffenheit der Leute sehr, sehr viel mehr bringen, als diese bloße Ziffer suggeriert. Es geht in diesem

Bereich Verbesserung selbstverständlich um Lärmschutzwände, ein Mittel, das man oft anwenden muß, um einigermaßen erträgliche Lebens- und Wohnverhältnisse schaffen zu können. Es geht darum, bei der Neuaufbringung von Straßenbelägen Flüsterasphalt zu forcieren, es geht um lärm mindernde Planung und Sanierung von Landes- und Bundesstraßen. An allerletzter Stelle, meine Damen und Herren, geht es um jenes Instrument, das wir in den letzten Jahren so sehr forciert haben, um die Lärmschutzwand. Das ist nämlich die passivste Maßnahme, die man sich überhaupt im Lärmbereich vorstellen kann. Man muß sie manchmal ergreifen, und man soll sie auch ergreifen. Aber man sollte die Priorität im Auge behalten und sollte zunächst an der Ursache, an der Quelle ansetzen.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, einen gemeinsamen Beschlußantrag der drei im Landtag vertretenen Parteien einbringen zu können.

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Karisch, Dr. Ebner und Trampusch, betreffend Maßnahmen zur Reduktion der Lärmbelastung.

Lärm ist eine jener Umweltbeeinträchtigungen, deren negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit lange Zeit unterschätzt wurden. Mittlerweile vergleichen Wissenschaftler des deutschen Bundesgesundheitsamts den Lärm in seinen gesundheitsschädigenden Wirkungen mit dem Passivrauchen: Während Passivraucher ein deutlich erhöhtes Krebsrisiko aufweisen, treten bei Lärmgeschädigten signifikant mehr Herz-Kreislauf-Schäden auf. Dabei erweisen sich Lärmbelastungen während der Nachtstunden – wegen des dadurch verhinderten Tiefschlafes – als besonders gesundheitsschädigend. Auch subjektiv empfinden die Steirerinnen und Steirer den Lärm als größte Beeinträchtigung ihrer Umweltqualität.

Ursache schädlicher Lärmbelastungen ist in besonders hohem Maße der motorisierte Individualverkehr und der Lkw-Verkehr. Im Sinne des Steirischen Gesamtverkehrsprogrammes müssen daher verstärkt alle Möglichkeiten der Verkehrsvermeidung, der Verkehrsverlagerung (hier: auf lärmfreie und lärmarme Verkehrsträger) und der Verkehrsverbesserung ausgeschöpft werden. Konkret und kurzfristig sollten die im folgenden dargestellten Maßnahmen ergriffen werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an die Bundesregierung heranzutreten, um ein Förderprogramm für die Erstellung kommunaler Lärmsanierungskonzepte zu schaffen (analog zur Förderung der Erstellung von Energiekonzepten); zweitens zu prüfen, ob auf besonders betroffenen Abschnitten steirischer Bundesstraßen die Einführung von Tempo 80 eine spürbare Verringerung der Lärm- und Abgasimmissionen bewirken würde, und dort gegebenenfalls auch die entsprechenden Schritte zu veranlassen; drittens zu prüfen, ob ein Fahrverbot für alle nicht lärmarmen Lkw auf besonders betroffenen Bundesstraßen und Autobahnen in der Steiermark eine spürbare Verringerung der Lärmimmissionen

bewirken würde, und dort gegebenenfalls unter Bedachtnahme auf regionale Wirtschaftserfordernisse auch entsprechende Maßnahmen zu veranlassen; viertens auf die Bundesregierung hinsichtlich einer weiteren Senkung der Lärmemissionsgrenzwerte – nämlich der A-bewertete Schallpegel des Betriebsgeräusches – für Kraftwagen und einspurige motorisierte Fahrzeuge einzuwirken. Besonders Bedacht ist dabei auf eine Verringerung der Rollgeräusche zu nehmen. Falls erforderlich, sollte die Bundesregierung aufgefordert werden, einen entsprechenden Vorstoß auf der Ebene der Europäischen Union zu unternehmen; fünftens bei der Planung und Durchführung von Straßenneubauten sowie bei Straßensanierungen dem Lärmschutz höhere Priorität als bisher beizumessen; sechstens in diesem Sinne – aber auch unter Berücksichtigung anderer Anforderungen des Umweltschutzes – dem Landtag einen Novellierungsvorschlag zum Steiermärkischen Landesstraßenverwaltungsgesetz vorzulegen; siebentens in Kooperation mit Energieversorgungsunternehmen die Möglichkeit der Ausstattung von Lärmschutzwänden mit Photovoltaikzellen zu prüfen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 11.50 Uhr.)

Präsident: Die nächste Rednerin ist die Frau Landtagsabgeordnete Hermine Frieß. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Frieß (11.50 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn ich den Worten unseres Kollegen Getzinger folge, darf ich daraus schließen, daß die Regierungsmannschaft der SPÖ den Umweltschutz gering achtet, weil sie überhaupt nicht auf der Regierungsbank sitzt. (Abg. Vollmann: „Es sitzt aber von euch auch nur der zuständige Referent da!“) Der zuständige sitzt da, es sitzt wer da! Da seht ihr Erich Pörtl in seiner Größe. (Abg. Trampusch: „Frau Kollegin, Irrtum – es gibt auch einen Naturschutzreferenten!“) Es sitzt überhaupt niemand auf der Regierungsbank. (Abg. Vollmann: „Der Pörtl Erich sitzt da, damit ihr dreimal dankt sagt!“) Aber es geht heute um den Umweltschutzbericht, liebe Grüße! Ich glaube, das steht vorne ganz deutlich drauf. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Es gibt mehr Zuständige für den Umweltschutzbericht, es sind genau drei!“) Der zuständige Referent Erich Pörtl sitzt da. Und es sitzt wer da, während auf der anderen Hälfte der Regierungsbank niemand sitzt, darum geht es. (Abg. Gennaro: „Die suchen die anderen, die schon weggegangen sind!“) Ihr lest ja deutlich: Umweltschutzbericht. Und für Umweltschutz ist Erich Pörtl zuständig. Bitte genauer zu lesen. (Abg. Dipl.-Ing. Getzinger: „Der Herr Hirschmann und der Herr Schmid!“) Können wir jetzt zur Sache kommen? Ich fange wenigstens an. Die Diskussionen können noch gerne weitergehen.

Kein anderes Bundesland, meine Damen und Herren, kann auf so eine ehrliche Umweltschutzberichterstattung verweisen wie die Steiermark. Seit den letzten zehn Jahren gibt es in dieser so offenen Form diesen Bericht, und ich glaube, daß das wirklich großartig ist und sich österreichweit sehen lassen kann. Der Bericht zeigt nicht nur die Situation der Umwelt in unserem Land, sondern ist in seiner an-

schaulichen Form ein Nachschlagewerk und Lehrbehelf für die Pflichtschule bis hin zur Universität. Er ist gleichzeitig auch eine Zusammenfassung aller Aktivitäten in diesem Land. Gerade in der Steiermark gibt es ein sehr, sehr großes Potential an Menschen, die aktiven Umweltschutz leisten, und dafür ist gerade diesen Menschen zu danken. Neben den gesetzlichen Grundlagebestimmungen ist es letztlich das besondere Engagement der Bürger, welches tatsächliche Veränderungen und Bewußtseinsbildung mit sich bringt. Und darauf kommt es, glaube ich, im Umweltschutz an. Die Steiermark, darauf können wir sehr stolz sein, dürfte aber durchaus auch europaweit gesehen ein Musterland sein.

Die Entwicklung des Restmüllaufkommens, und das zeigt dieser Umweltschutzbericht sehr deutlich, ging seit dem Berichterstattungszeitraum auf die Hälfte zurück. Gleichzeitig wurde der Prozentsatz zum Beispiel des Altpapieraufkommens auf über 50 Prozent erhöht. Das ist ein großartiger Erfolg, und ich glaube, gerade diesbezüglich ist Recycling angebracht. Ich denke aber auch an die Kompostierung von Biomüll und die Verwertung in der Landwirtschaft tragen zur wesentlichen Entlastung des gesamten Müllaufkommens bei.

Eines muß man trotz dieser kleinen Erfolge sehr deutlich sagen. Ein besonderes Augenmerk muß allerdings auf die Klimasituation gelenkt werden. Österreich ist ein Musterland, aber die derzeitige Tendenz von der Bahn zurück auf die Straße muß uns wirklich zu denken geben. Viele Anzeichen, viele Beschlüsse weisen uns darauf hin, und ich glaube, daß wir uns in diesem Bereich sehr einzusetzen haben.

Aber ein kritischer Punkt ist auch immer der Bereich der Abwasserbeseitigungsanlagen. Da muß man auch eines sehr klar sagen. Ich glaube, wir sind da einen sehr konsequenten Weg gegangen, der auch fortgesetzt werden soll. Es ist eigentlich das Ziel, daß etwa 50 Prozent der Abwasseranlagen nach Stand der Technik installiert und gebaut werden, und die Flexibilität ist allerdings auch großartig, nicht kanalisierbare Bereiche werden mit verschiedenen Arten von Kleinanlagen gebaut und damit auch gelöst. Und ich glaube, wir dürfen ruhig auch diese Flexibilität zulassen und diese Möglichkeit, daß sich viele Bürger damit aktiv auseinandersetzen. Aber eines kommt auch sehr deutlich heraus: Die Jugend ist äußerst sensibel und ist ein großes Potential in diesem Bereich. Daher ist es auch richtig, daß es gerade in unseren Schulen so ist, daß dieses Thema sehr sensibel aufbereitet wird, und unsere Landwirtschaftsschulen zum Beispiel berichten in dieser Ausgabe über die Ergebnisse der Umweltschutzversuche. Seit über 20 Jahren werden da durchaus praxisgerechte Versuche durchgeführt, und die Ergebnisse können sich sehen lassen. Damit wird pädagogisch wertvolle Informations- und Aufklärungsarbeit im Bereich der Landwirtschaft geleistet, aber auch darüber hinaus, und das muß sehr deutlich gesagt werden. Auf dem Gebiet zum Beispiel der biologischen Landwirtschaft wird ebenso vorbildliche Arbeit geleistet. Schließlich – und das sehen wir auch im Umweltschutzbericht – hat eine Landwirtschaftslehrerin, nämlich Frau Schulrat Anna Kohlhofer von der Fachschule Haidegg, äußerst verdienstweise den Umweltschutzpreis des Landes erhalten. Seit 20 Jah-

ren gibt es in der Steiermark große Bemühungen um den biologischen Landbau, und da war sie eine der Pionierinnen.

Es geht nicht nur um große Worte im Umweltschutzbereich, sondern, ich glaube sehr deutlich um konkrete Daten. Diese Linie ist in den Schulen fortzusetzen. Ich denke dabei aber auch an die Initiative von vielen höheren Schulen. Zum Beispiel hat im Bezirk Weiz an der HTL gemeinsam mit dem Abfallwirtschaftsverband eine großartige Aktion und Sache stattgefunden, die wirklich zu nennen ist. Da war die Trennung von Bauteilen bei technischen Geräten, um überhaupt eine entsprechende Wiederverwertung möglich zu machen. Und ich glaube, daß dieses Projekt sicherlich in den nächsten Jahren deutlicher zutage kommen wird und sich die Ergebnisse sehen lassen werden.

Ich darf aber auch zum Schluß für die Arbeit danken, allen voran den Landesräten Pörtl und Hirschmann, besonders aber dem Hofrat Rupprecht, welcher besondere Umsetzungskraft in Sachen Umweltschutz als Behörde vorweisen kann. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.58 Uhr.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (11.58 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Auch ich möchte mich mit einem Kapitel, nämlich den Kapitel Verkehr beziehungsweise Verkehrsverbund, beschäftigen. Einem Kapitel, dem der vorliegende Umweltschutzbericht auch nur ein paar wenige Seiten eingeräumt hat.

Diese Thematik wird nicht nur in diesem Bericht so nebenher und am Rande behandelt, sondern führt in unserem Lande tatsächlich ein stiefmütterlich behandeltes und betretenes Dasein. Stiefmütterlich ist deswegen auch passend, weil die Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic für diesen Bereich verantwortlich zeichnet. Leider ein stiefmütterliches Dasein, obwohl der Verkehr zum zentralen Problem unserer Gesellschaft wird. Damit meine ich nicht den Kreisverkehr am Ö-Ring, das ist keine Schlüsselfrage für die Zukunft der Menschen in unserem Lande, sondern es geht um den menschengerechten Verkehr, und der menschengerechte Verkehr erfordert einen gewaltigen Umdenkungsprozeß, auch bei den hierfür zuständigen Politikern und Politikerinnen. Mobilität gilt zwar als Ausdruck von Lebensqualität und Ursache des Wohlstandes, aber sie gerät immer stärker ins Dilemma zwischen Welt und Umwelt.

Einerseits sichert das Auto die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen, ist unentbehrlich in gewissen Bereichen der Einsatzorganisationen, wie Feuerwehr, Rettung und dergleichen mehr. Es ist schlechthin der entscheidende Faktor für Mobilität der Bevölkerung und bildet damit die Grundvoraussetzung unserer arbeitsteiligen Gesellschaft mit weltweit wirtschaftlichen Verflechtungen.

Gleichzeitig, meine Damen und Herren, wird aber der Mensch Opfer seines Mobilitätsanspruches, indem er steigenden Belastungen durch Schadstoff und Lärmemission ausgesetzt wird. Kollege Getzinger hat

darauf hingewiesen. Die Lebensqualität nimmt dabei erheblich ab.

Man kann die ökologische Unausgewogenheit im Verkehr auf einen kurzen Nenner bringen:

Wir verbrauchen weltweit zuviel fossile Energien, verursachen damit zu viele Luftschadstoff- und CO₂-Emissionen und hinterlassen unseren Nachkommen zuwenig von den Vorräten, die in Millionen von Jahren entstanden sind.

Wir verursachen mit unserem Verkehrsverhalten zuviel Lärm – das haben wir heute schon gehört – und verbrauchen zuviel Boden, beeinträchtigen zu stark die Lebensqualität in unseren Städten, Landschaften und Erholungsräumen und gefährden in allzu großem Ausmaß unsere Gesundheit und die unserer Mitmenschen.

Der Anteil der EU-Länder, der USA, Kanadas und Japans an den weltweiten CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich lag Ende der achtziger Jahre bei über 60 Prozent, und eigentlich dürfte man daher den Mitmenschen in den Entwicklungsländern gar nicht mehr die gleiche Mobilität zugestehen wie bei uns. Man fragt sich nur, mit welchem Recht eigentlich?

Die Notwendigkeit für ein ökologisches Umdenken in Sachen Mobilität ist danach wohl klar. Wir müssen unseren unmäßigen Energiehunger im Verkehr drosseln, also unseren motorisierten Verkehr zurücknehmen oder eben mit besserem Wirkungsgrad erbringen, und wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, die Mobilität jeder Person zu erhalten und gleichzeitig aber umweltverträglicher zu gestalten.

Dafür gibt es sicher eine Reihe kleinerer und mittelgroßer Schritte, die ein Weniger an Verkehr und teilweise ein Mehr an Lebensqualität nach sich ziehen. Schulen zum Beispiel im städtischen Bereich sollten zu Fuß oder mit dem Rad erreichbar sein. Gewerbe- und Wohngebiete sollen wieder durchmischbar werden, Arbeitsstätten und kulturelle Zentren müssen mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein. Einkaufsmöglichkeiten müssen im Wohngebiet vorhanden sein, und für Großeinkäufe sollte es Auslieferungsdienste geben, kurz: Familien ohne Auto dürfen nicht schon durch die Fehler der Raumordnung zu Menschen zweiter Klasse werden!

Und eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß die Menschen ihre Ziele mit sowenig Verkehr wie möglich erreichen können, ist sicher ein effizient arbeitender Verkehrsverbund. Priorität hat der Verbund bei der Lösung seiner Aufgabenbereiche und Probleme den urbanen Bereichen einschließlich des Umlandes einzuräumen. Und wenn man den Verkehrsverbund Graz genauer unter die Lupe nimmt, so erkennt man, daß er von seiner bisherigen Rolle des Tarifverbundes noch nicht weggekommen ist. Denn außer ein paar wenigen Verbesserungen in Graz gibt es im Bezirk Graz-Umgebung so gut wie keine Angebotsverbesserungen. Die Menschen in diesem Bezirk, die vor der Verbundeinrichtung vom öffentlichen Verkehr ausgeschlossen waren, haben auch danach noch immer keine oder die gleich schlechte Möglichkeit, von öffentlichen Verkehrseinrichtungen Gebrauch zu machen.

Das Linienangebot hat sich für die Menschen in diesem Raum leider nicht verbessert, wohl aber, meine

Damen und Herren – ich freue mich, daß die Frau Landeshauptmannstellvertreterin genau zum entscheidenden Punkt gekommen ist (Abg. Majcen: „Sie tut das immer!“) –, wohl aber werden uns seitens des Verkehrsverbundes erhöhte Fahrgastzuwächse von sagenhaften 17 Prozent mitgeteilt. Und es erhebt sich hier tatsächlich ein begründeter Verdacht, daß diese Zahl weit überhöht ist und wohl deshalb so dick aufgetragen wurde, um die bisher wenig erfolgreiche Arbeit der Verbundgesellschaft und auch des zuständigen Regierungsmitgliedes zu übertünchen:

Erstens: Voraussetzung, meine Damen und Herren, für eine einigermaßen aussagekräftige Fahrgastvergleichsstatistik sind zwei Perioden, in denen unter gleichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen Zahlenmaterial berechnet und verglichen wird. Diese 17 Prozent Fahrgastzuwachs wurden aber im Zeitraum März bis Dezember 1993, wo es noch keine Verbundeinrichtung gab, und März bis Dezember 1994, wo es eine gab, errechnet. Bei Einführung des Verbundes im März 1994 kam es zu einer völligen Erneuerung des Preis- und Tarifsystems und Änderungen im organisatorischen Bereich. Ernsthafte Statistiken sind daher frühestens für den Zeitraum 1994 bis 1995 möglich.

Zweitens: Die geschönte und nach oben getrimmte Statistik weist aus, daß mittels 6,088.233 verkaufter Fahrkarten 68,006.765 Personen befördert wurden. Wie kommt der Verbund zu dieser geradezu wunderbaren biblischen Fahrgastvermehrung? Wundersam deswegen, wenn man davon ausgeht, daß das Fahrgastverhalten der Menschen im europäischen Raum etwa vergleichbar ist, die Bedingungen aber in Graz, das heißt, das Verkehrsangebot, das öffentliche, in Graz um vieles schlechter ist als das in Zürich oder Wien.

Meine Damen und Herren, der Großraum Wien errechnet einen Zuwachs zwischen 0,8 und 3,9 Prozent. Graz hat 17 Prozent Zuwachs. Die öffentlichen Einrichtungen sind ja wohl zwischen Graz und Wien nicht vergleichbar. Und Zürich, meine Damen und Herren, hat einen Fahrgastzuwachs innerhalb von sechs Jahren, meine Damen und Herren, von 14,9 Prozent. Graz in einem Jahr um 17 Prozent. Das, meine Damen und Herren, stimmt nachdenklich. (Abg. Majcen: „Super!“ – Abg. Ing. Löcker: „Graz hat's!“)

Jeder weitere Kommentar, meine Herrschaften, ist überflüssig. Wie errechnet man sich diese erhöhten Prozentsätze? Und zwar 77,1 Prozent aller Karten wurden mit Zeitkarten absolviert. Das heißt mit Wochenkarten, Monatskarten oder Jahreskarten. Und für diese Zeitkarten wird eine entsprechende Anzahl von Fahrten angenommen. Da gibt es Multiplikatoren, man nimmt an. Mit einer Monatskarte, nimmt der Grazer Verbund an, werden 130 Fahrten absolviert. Das heißt, man multipliziert 30 Tage im Monat mit 4,3, eine fiktive Zahl. Wien, der Großraum oder Verkehrsverbund Wien, errechnet für eine Monatskarte 90 Fahrten, das heißt, der multipliziert nur mehr mit dem Faktor 3. Ich frage mich, wie kommen die Grazer dazu, den Faktor 4,3 herzunehmen? Eine reine Fiktion. (Abg. Majcen: „Das ist eine internationale Sache!“)

Ich sage Ihnen noch etwas, Frau Landeshauptmann. Der VDV, der Verein der Deutschen Verkehrsunternehmer in Köln, hat mit Orientierungswerten gearbeitet (Abg. Majcen: „5,6!“), die sehr seriös sind

und ernst zu nehmen sind. Und der VDV, der Verein der deutschen Verkehrsunternehmer, empfiehlt, bei Monatskarten 65 Fahrten zu berechnen, wir in Graz nehmen 130 Fahrten an. Das entspricht, meine Damen und Herren, einem Multiplikator von 2,2. Wir haben einen Multiplikator von 4,3 (Abg. Majcen: „Nein, 3,9!“), der durch nichts begründbar ist.

Denn das Verkehrsangebot kann ja wohl nicht der Grund sein, daß wir einen doppelt so hohen Faktor annehmen als die Wiener oder dieser Verkehrsverbund von Deutschland. (Abg. Vollmann: „O ja, weil es doppelt so schlecht ist!“) Unsere Verbundgesellschaft operiert mit fast doppelt so großen Zahlen bei einem alles andere als attraktiven öffentlichen Verkehrsnetz, meine Damen und Herren, und das verwundert.

In Graz wurden 142.259 Monatskarten verkauft. Bei einem Faktor von 130 ergibt das 18.493.670 beförderte Personen, das kann man nachrechnen. Wenn man nur eine Fahrt pro Tag weniger rechnet, also mit dem Faktor 100 rechnet, ist ebenso fiktiv wie 130, so ergibt dies 14.225.900 beförderte Personen, und das Fahrgastaufkommen reduziert sich bei nur einer Fahrt weniger pro Tag bereits um 23 Prozent. Ich wollte nur sagen, mit Statistiken läßt sich alles mögliche darstellen. Wir wollen aber Fakten haben, und aus diesem Grund, Herr Kollege Majcen, erstellen die meisten Verkehrsverbände gar keine Fahrgaststatistiken, weil sie unseriös sind auf dieser Basis, da sie um die Problematik, um die Multiplikatoren Bescheid wissen und seriöse Statistiken veröffentlichen wollen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, die bestehende Verbundgesellschaft hat noch sehr viele anstehende Probleme zu bewältigen. Und eines der vordringlichsten ist – und, Kollege Majcen, ich glaube, da stimmen wir überein, du bist ja auch Lehrer, Direktor – die Einbeziehung der Schüler- und Lehrlingsfreifahrten oder -fahrten, Freifahrten sind es ja nicht mehr, es gibt ja einen Selbstbehalt vom Wohnort zur Schule beziehungsweise Arbeitsstätte. Und die Situation ist für die angesprochenen Betroffenen eine höchst unerfreuliche.

Bei meinen Recherchen in diesem Bereich bin ich auf einen ganz besonders bedauernden Fall gestoßen, der wahrscheinlich gar keine besondere Ausnahme darstellt. Ein Mädchen fährt von Übelbach nach Rein ins Gymnasium und braucht sage und schreibe acht Ausweise! Ich zitiere: Ausweis eins von Übelbach nach Deutschfeistritz ÖBB-Bus, von Deutschfeistritz nach Rein Watzke-Bus zweiter Ausweis, zurück von Rein nach Gratwein mit dem Watzke-Bus dritter Ausweis, von Gratwein nach Peggau mit der ÖBB-Bahn vierter Ausweis, von Peggau nach Übelbach Steirische Landesbahnen fünfter Ausweis. Das war bei sechs Stunden Unterricht, wenn sie fünf Stunden Unterricht hat, auch das kommt ja vor in der Schule, braucht sie von Peggau nach Übelbach mit dem ÖBB-Bus den sechsten Ausweis. Und wenn sie in der Früh pünktlich sein will, weil es eine Schularbeit gibt in der ersten Stunde und weil im Winter die Busse halt oft Verspätung haben, braucht sie von Übelbach nach Peggau einen Landesbahnausweis Nummer sieben und von Peggau nach Gratwein einen ÖBB-Bahnausweis. (Abg. Vollmann: „Das ist ein Skandal!“) Das sind acht Ausweise, meine Damen und Herren,

und das bei einem Verbund. Unverständlich und unerhört! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich weiß schon, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, daß Sie nicht allein dafür zuständig sind, daß es auch das Familienministerium gibt. Nur, das Familienministerium weist wieder seinerseits zurück und sagt, na Moment, da ist schon der Verbund auch zuständig. (Landeshauptmannstellvertreter Klasnic: „Und die Bundesbahn und die Post!“) Also, ihr schiebt den Schwarzen Peter hin und her. Uns geht es darum, meine Damen und Herren, daß dieses Problem so schnell wie möglich gelöst wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, seit Einführung des Verkehrsverbundes hat sich im Umland von Graz das Linienangebot nicht verbessert. Da kann man reden, mit wem man will, der im Umland wohnt. Es gibt einfach noch viel zuviele Gebiete und Gemeinden, die quasi weiße Flecken sind, vom öffentlichen Verkehr nicht erschlossen oder in diesem Bereich enorm unterversorgt. Und es muß das Ziel einer vernünftigen Verkehrspolitik sein, daß jeder Mensch im Großraum Graz in angemessener Zeit vom Wohnort zur Arbeitsstätte oder Schule mit einem öffentlichen Verkehrsmittel gelangen kann. (Beifall bei der SPÖ.) Angemessen, meine Damen und Herren, darunter verstehe ich nicht, daß man von Purgstall nach Graz, 15 Kilometer, mit dem Bus eineinhalb Stunden benötigt. Das ist nicht angemessen. Aber auch natürlich, daß man von zu Hause an kulturellen Veranstaltungen der Stadt Graz teilnehmen kann. Immerhin sind die meisten Veranstaltungen in Graz ja auch von der öffentlichen Hand gefördert. Und für die meisten Bewohner des Umlandes ist dies derzeit nicht möglich, da halt zur Nachtzeit keine Busse oder Züge verkehren. Eine mögliche Lösung dafür wäre zum Beispiel die Einrichtung eines Sammeltaxis. Gibt es bereits, realisiert in Linz, mit fixen Abfahrtszeiten, mit fixen Fahrpreisen. Finanziert müßte es von den jeweilig betroffenen Gemeinden und vom Verkehrsverbund, von der öffentlichen Hand werden. Der Abschluß eines Nahverkehrsvertrages mit der ÖBB, eine von uns immer wieder und speziell vom Kollegen Schrittwieser immer wieder erhobene Forderung, ist hier auch eine weitere wesentliche Facette zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrsangebotes. (Beifall bei der SPÖ.) Aber auch diese Aufgabe wartet immer noch auf die Erledigung durch die zuständige politische Referentin. Und es ist höchste Zeit, meine Damen und Herren, diesen Vertrag abzuschließen, sonst schließt nämlich die ÖBB gewisse Regional- und Nebenbahnen. Und dann sind wir nämlich tatsächlich „Vollkoffer“, wie das der Herr Landesrat Hirschmann einmal gesagt hat.

Meine Damen und Herren, die Konzepte zur Bewältigung der Verkehrsprobleme führen nur dann zum Erfolg, wenn sie allgemein akzeptiert werden. Der Zielkonflikt zwischen der uneingeschränkten Mobilität des einzelnen und dem Wohle der Allgemeinheit kann nur entschärft werden, wenn das persönliche Mobilitätsniveau aufrechterhalten bleibt. (Abg. Vollmann: „Die Frau Landeshauptmannstellvertreterin hat ja einen Chauffeur!“) Das heißt, verstärkter Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Und erst dann sind Anreize zur Umorientierung bei der Wahl der Transportmittel sinnvoll. Dieser Ausbau kostet der öffentlichen Hand Geld, viel Geld. Aber das zu fordern, meine Damen

und Herren, das fällt mir heute sicherlich nicht schwer. So lange eine halbe Milliarde problemlos für ein stupides, unlogisches, ökologisch unsinniges Fahren im Kreis am Ö-Ring vorhanden ist, solange muß auch für eine sinnvolle, unsere Lebensqualität und unseren Lebensraum schützende und bewahrende Verkehrspolitik Geld zur Verfügung stehen. (Beifall bei der SPÖ.) Wir alle, meine Damen und Herren, sind aufgefordert, aber speziell Sie, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, die verkehrspolitischen Weichenstellungen nicht passiv zu beobachten, sondern sie in eine sozial und ökologisch akzeptable Richtung zu beeinflussen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.15 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist die Frau Landeshauptmann Klasnic. Ich erteile ihr das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Klasnic (12.15 Uhr): Es ist ohnehin notwendig, Herr Präsident, Hohes Haus, und ich freue mich, daß Stimmung in die Sitzung kommt. Möchte gleichzeitig dazusagen, ich habe weder zu Stiefmüttern oder anderen Müttern ein gestörtes Verhältnis. Beim Verkehrsverbund habe ich das Gefühl, daß ich ihn adoptiert habe, weil ich fühle mich voll und ganz dafür verantwortlich. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte nur grundsätzlich einige Klarstellungen machen. Weil Sie sagen, es gibt überhaupt nichts an Verbesserungen. (Abg. Mag. Erlitz: „Wenig!“) Zwischen wenig und gar nichts ist etwas, Sie haben da hier gar nichts gesagt. (Abg. Mag. Erlitz: „Fast nichts, habe ich gesagt. Sie müssen zuhören!“) Ich habe nur hier eine Liste, daß wir insgesamt gemeinsam, Verkehrsverbundgesellschaft und einzelne Gemeinden, vorbildliche Gemeinden, sage ich jetzt dazu, die zum großen Teil auch Ihrer Fraktion angehören, eine Budgetverbesserung – (Abg. Vollmann: „Fast ausschließlich unserer!“) Ja, sehen Sie es? Es ist ja doch etwas geschehen, oder haben die nichts getan? (Abg. Vollmann: „Unsere Gemeinden tun etwas!“) Und der Verkehrsverbund hat aber zwei Drittel bezahlt. Wer hat jetzt etwas gemacht? Die Stiefmutter oder die Gemeinde? (Abg. Vollmann: „Die Gemeinde natürlich!“) Ja, damit das geklärt ist.

Ich möchte jetzt nur dazusagen, es sind überhaupt insgesamt zirka 12 Millionen für Verbesserungen aufgewendet worden, die Fahrmöglichkeiten sind auch angeführt, aber zu der Statistik komme ich noch zurück.

Zum Zweiten, und ich sage das sehr bewußt als verantwortlicher Referent, aber auch als verantwortlicher Mensch für Steuerausgaben, es ist bei diesen Verbesserungen dem Verkehrsverbund gelungen, die Durchtarifierungsverluste, die vorgegeben waren, von 165 Millionen um 30 Millionen herunterzudrücken. Das heißt, sie haben sehr wohl Verbesserung, sie haben Attraktivierung zu günstigerem Preis geschafft. Da muß man auch einmal sagen, daß etwas Gutes geschehen ist, und sowohl im Verbund als auch im Aufsichtsrat sitzen bitte sämtliche Fraktionen, und ich glaube, wir tun uns nichts Gutes, wenn man sich selbst hier an diesem Pult nur ein schlechtes Zeugnis ausstellen möchte, weil es einem gerade in den Kram paßt.

Zum Thema Obersteiermarkverbund möchte ich auch noch etwas dazusagen. Wir haben mit den Städten grundsätzlich eine Vereinbarung, damit er in Kraft treten kann, daß es auch diese notwendigen Zuzahlungen geben wird, so wie es in Graz passiert. (Abg. Schrittwieser: „Frau Landeshauptmann, diese Vereinbarungen gibt es nicht! Weder die Stadt Bruck noch die Stadt Kapfenberg haben Vereinbarungen getroffen, daß sie zusagen!“) Ja, ich habe ohnedies nicht gesagt, mit allen Städten. Mit drei Städten gibt es diese Vereinbarung, Herr Kollege. (Abg. Vollmann: „Sagen Sie mit welchen!“) Die Obersteiermark hat mehr Bezirksstädte als Bruck und Kapfenberg, muß man auch dazusagen. Mit anderen Städten gibt es solche Vereinbarungen, ich habe auch nicht gesagt, mit welchen.

Grundsätzlich sage ich ein Zweites dazu. Als der Herr Verkehrsminister Klima angetreten ist und wir über den Verkehrsverbund gesprochen haben, hat er gesagt, es sollte einen gesamtösterreichischen geben. Den vermisse ich.

Ich sage zum Zweiten, nachdem ich die Budgetvorlage kannte, es war für die Verbunderweiterung Obersteiermark auf Bundesebene kein Mittelvorschlag da. Das heißt, es war in diesem Budgetvorschlag nichts enthalten. Ich sage gleichzeitig dazu, daß ich mit dem Bundesminister ein persönliches Gespräch geführt habe und mir der Herr Minister Klima versprochen hat, wenn es auch nicht im Budget steht, Obersteiermark wird wirksam werden, er wird mir dabei helfen. (Abg. Vollmann: „Das wollte er auch, aber leider ist aufgelöst worden!“) Ja, Entschuldigung, es ist öfter etwas aufgelöst worden. Gute werden wieder kommen, andere sollen bleiben, wo sie sind. (Abg. Vollmann: „Ihre Fraktion hat leider die Auflösung provoziert. Fürchterlich, es ist so!“ – Landesrat Pörtl: „Hör' auf!“) Gute sollen wieder kommen, und andere sollen zu Hause bleiben. Und ich freue mich, noch etwas dazusagen zu können. Zum Beispiel ist es eine Attraktivierung in Richtung Weststeiermark, nehmen wir die Route nach Stallhofen, es ist ein Shuttledienst einzurichten in Richtung Fürstenfeld, der in Vorbereitung ist und in Kürze in Kraft tritt. Es sind vier neue Linien im Bezirk Graz-Umgebung in Erprobung auf zwei Jahre. Das sind nur einige Dinge, die ich nennen wollte. Aber ich komme jetzt zu dieser berühmten Statistik, zu dieser angeblich geschönten Statistik. Jetzt bitte ich Sie, gut zuzuhören. Wir können keinen anderen Berechnungsschlüssel nehmen – (Abg. Mag. Erlitz: „Ich war zwei Stunden beim Prof. Rüschi!“) Warten Sie ein bißchen! (Abg. Mag. Erlitz: „Der Herr Prof. Rüschi hat mich nicht überzeugen können!“) Ich überzeuge Sie jetzt. Ich werde es Ihnen sagen, das hat jemand gemacht, von dem Sie sehr viel halten. (Abg. Vollmann: „Frau Landeshauptmann!“) Warte ein bißchen, lasse mich ausreden, die Pointe ist sofort da! Wir haben uns bitte in dieser Statistik fortgeschrieben, so wie sie die GVB hatte und die GVB hat – wir können gar keine andere anwenden –, und die wurde eingeführt, als der geschäftsführende verantwortliche Vorstand in der GVB Herr DDr. Peter Schachner-Blazizek gewesen ist. Das ist die Form. Nur, daß das geklärt ist! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Vollmann: „Weiterbringen tun Sie nichts – das ist die Wahrheit –, weil Sie sich zu viel aufgeladen haben!“) Sie hätten mir helfen

können! (Landesrat Pörtl: „Vollmann, seitdem du die Bienenzucht betreibst, bist du überfordert!“ – 12.22 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Hofmann-Wellenhof. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Hofmann-Wellenhof (12.22 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wer die letzten Tage und Wochen erlebt hat und wer auch noch die Möglichkeit gehabt hat, etwas in der Natur zu wandern, der könnte die Umwelt mit blauem Himmel und verfärbtem Laub vielleicht als ein Vorgefühl des Paradieses erlebt haben. Ich erinnere mich, wie ich vor vielen Jahren einmal ein Buch gelesen habe von Ivar Lissner, das hieß „Wir alle suchen das Paradies“. Und in diesem Buch geht es nicht darum, daß man irdische Güter anhäuft, und es geht auch nicht darum, daß man vielleicht etwas mehr an Macht bekommt, sondern es geht primär darum, daß man in der Natur Schönheiten erlebt und diese auch bewahrt. Und aus dieser Sicht heraus habe ich den Umweltschutzbericht des Landes Steiermark gelesen, und ich versuche, einige vorwiegend positive Aspekte herauszugreifen. Vorweg, der Umweltbericht darf – so möchte ich sagen – von allen gelesen werden, weil für jeden in diesem Umweltbericht etwas enthalten ist. Wenn wir nur auf die Schwerpunkte schauen, ich möchte sie noch einmal taxativ aufzählen, glaube ich, daß diese Aussage berechtigt ist. Es gibt Hauptkapitel über das Wasser, über die Abfallwirtschaft, über den Lärm, getrennt davon über den Verkehr, über Boden und Nahrung, über die Luft, über die Energie, über Natur- und Landschaftsschutz, über Strahlen, über Umweltforschung und schließlich auch noch eine Umweltfundgrube. Vor all dem steht eine Prämisse, und ich möchte Ihnen aus dieser Prämisse, die die Raumordnungsgesetznovelle betrifft, einige Schwerpunkte erzählen, weil ich glaube, daß hier eine sehr wesentliche Zusammenfassung in diesem Buch zu finden ist, die es lohnt, gelesen zu werden. Am 11. Oktober 1994 wurde die Raumordnungsgesetznovelle vom Landtag beschlossen. Man kann sagen als eine Reaktion auf die Niederlassungsfreiheit, die ja eine der vier Freiheiten der EU ist. Wesentlich für uns ist, daß mit dieser Novelle das regionale Entwicklungsprogramm neue Aspekte erhält. Zum Beispiel ist nunmehr die Erlassung eines Flächenwidmungsplanes ausschließlich Angelegenheit der Gemeinde, und es ist verfassungsrechtlich ausgeschlossen, daß das Land auf den Inhalt eines Flächenwidmungsplanes Einfluß nimmt. Allerdings hat das Land sehr wohl noch ein Aufsichtsrecht. Sicherlich ein wesentlicher Aspekt. Wenn wir den Begriff der Ferienwohngebiete herausgreifen (bevor wir der EU beigetreten sind, hat es darüber sehr kritische Äußerungen gegeben), sollten wir wissen, daß nunmehr Ferienwohngebiete Flächen sind, die vornehmlich für die Errichtung von Zweitwohnsitzen vorgesehen sind. Und der Zweitwohnsitz ist auch eindeutig deklariert als ein vorübergehender Wohnbedarf zum Zwecke der Erholung oder Freizeitgestaltung. Das heißt, es liegt durchaus an uns, wo ein Ferienwohngebiet ausgewiesen wird. Darüber hinaus gibt es noch eine weitere Sicherungsmaßnahme, näm-

lich die sogenannten Vorbehaltsgemeinden. In diesen Vorbehaltsgemeinden darf überhaupt kein Zweitwohnsitz begründet werden, das heißt, es liegt hier eine Gebietsbeschränkung vor. Als letzten Aspekt von dieser Raumordnungsgesetznovelle möchte ich die massiven Verfahrensvereinfachungen hervorheben, die sich insbesondere in bezug auf die Widmung äußern. In Hinkunft ist kein Widmungsverfahren mehr notwendig.

Nun einige Punkte von den Schwerpunkten des Umweltschutzberichtes. Ich greife hier die Gewässergüte heraus. Die Gewässergüte der steirischen Fließgewässer. Seit 1959 gibt es bereits periodisch Untersuchungen über die Qualität der Wässer, und erfreulicherweise wird festgestellt, daß 85 Prozent der steirischen Fließgewässer eine hohe Qualität aufweisen. Es sind hier punktuell Beispiele angegeben, und Sie finden in diesem Umweltschutzbericht auch sehr, sehr schöne Grafiken, die das anschaulich untermalen. Wenn Sie die Mur, den Verlauf der Mur, betrachten, dann sehen Sie, daß die Qualität noch sehr gut ist, so lange, bis bei Judenburg schließlich die stark verunreinigten Abwässer der Papier- und Zellstofffabrik Pöls einmünden. Das ist insofern bemerkenswert, als dort bereits biologisch nach dem neuesten Stand der Technik gereinigt wird und trotzdem die Qualität der Mur ab diesem Zeitpunkt leidet. Im Laufe ihres Fortganges erholt sich die Qualität etwas, kommt allerdings dann in den Problembereich Graz, und hier beeinflussen zwei Quellen die Qualität der Mur, nämlich auf der einen Seite im Norden von Graz Leykam-Gratkorn und schließlich im Süden von Graz die Überlastung der Großkläranlage Graz. Und wenn Sie diese plastischen Farben im Bericht anschauen, dann sehen Sie, daß nach diesen beiden Ereignissen die Qualität der Mur massiv absinkt und daß hier noch durchaus etwas zu tun ist. Auch möge gesagt sein, daß bei Gratkorn bereits gereinigt wird, aber noch nicht in vollem Umfang. Trotzdem ein positiver Aspekt: Die Gesamtbetrachtung des Gütebildes zeigt einerseits, daß wir noch Probleme haben, auf der anderen Seite aber auch, daß es bereits viele Erfolge bei der Sanierung gibt.

Ein weiterer Punkt, den ich kurz erwähnen möchte, ist die Abfallwirtschaft. Wenn Sie die Restmüllmengen anschauen, dann wähle ich die Periode von 1987 bis 1993, so weit wird sie in diesem Umweltschutzbericht erwähnt. Innerhalb dieser Periode nimmt die Restmüllmenge infolge der getrennten Sammlung von Altstoffen, Problemstoffen und Bioabfällen um nahezu 50 Prozent ab. Klarerweise kann Abfall nicht vollkommen vermieden werden, sondern analog dazu heben sich etwa die Raten für das Sammeln von Altglas, und im selben Zeitraum wurde mehr als das Doppelte an Altglas gesammelt. Oder auch, wenn wir auf das Altpapiersammelaufkommen sehen, dann hat sich das um rund 160 Prozent erhöht. Ähnliche Erfolge liegen für den Biomüll vor, zwischen 1991 und 1993 hat sich die Sammlung von Biomüll sogar vervierfacht.

Einen weiteren Punkt in einem anderen Kapitel möchte ich noch betonen, nämlich Boden und Nahrung. Hier wird ein Klimaerfassungssystem unter dem Namen „Agro Expert“ vorgestellt. Und ich möchte es kurz erläutern, weil ich glaube, daß es sich

hier um ein sehr modernes System handelt, das durchaus erwähnenswert ist. Und zwar erfaßt dieses Agro-Expert-System mit Hilfe von Meßeinrichtungen Parameter, zum Beispiel wie die Blattnässe, wie Regen, Feuchtigkeit, aber auch der Wind wird gemessen, die Lichtstärke, die Bodentemperatur. Diese Daten werden gemessen, und über einen Sender werden diese Daten dann über Funk an Empfangsstationen weitervermittelt, diese Empfangsstationen können bis zu 40 Kilometer entfernt sein. Dort, in den Empfangsstationen, werden die Daten weitergeleitet an einen Computer, und dieser Computer wertet die Daten aus. Die Daten werden zu jeder Minute automatisch registriert und über 15-Minuten-Intervalle gemittelt, und diese Mittelwerte werden schließlich Auswertungen zugeführt. Der Computer kann dann Prognoserechnungen ausführen, und mit Hilfe dieser Prognoserechnungen hofft man, daß man zum Beispiel eine Korrelation herstellen kann zwischen der Witterung und etwa einem vermehrten Auftreten von bestimmten Schädlingen. Und mit diesen Prognosen kann man dann wiederum Gegenmaßnahmen treffen. Dieses System ist erfreulicherweise bereits aktiv. Es gibt die Hauptanlage in Sinabelkirchen und zehn weitere Einrichtungen, und seit 1993 arbeitet dieses moderne System erfolversprechend.

Ein Schwerpunkt im Umweltschutzbericht wird auch der Luft gewidmet, und hier gibt es sehr erfreuliche Daten, wenn Sie zum Beispiel den Jahresmittelwert des Schwefeldioxids in Graz anschauen, und konkret ist eine Meßstelle in Graz-Nord herausgegriffen, dann kann ich Ihnen vermutlich am meisten imponieren, nicht, wenn ich Ihnen Zahlen liefere, sondern wenn ich Ihnen sage, wie sich Schwefeldioxid seit 1980 reduziert hat. Wenn Sie also 1980 bis heute vergleichen, dann haben wir nur mehr ein Zehntel des Schwefeldioxids in Graz. Das heißt, insgesamt haben wir ein Niveau erreicht, das deutliche Erfolge der Emissionsreduktionen zeigt. Allerdings sollen wir auch Mahnungen aussprechen. Es gibt durchaus Probleme mit sogenannten Schwefeldioxidfernverfrachtungen, die auch wirklich aus fernen Ländern kommen, insbesondere aus Slowenien.

Ein vorletzter Abschnitt, den ich herausgreife, ist die Energie, und hier gehe ich speziell auf die Fernwärme ein, die sicherlich in der Summe als umweltfreundlich eingestuft werden kann und eine wesentliche Ursache für geringere Verschmutzung der Luft durch Schwefeldioxid und Staub darstellt. Auch hier gibt es schöne Diagramme und Zahlen. Und wenn ich noch einmal den Zeitraum von 1987 bis 1994 herausgreife, dann können wir auf der einen Seite sagen, daß sich in diesem Zeitraum die Fernwärmeproduktion um rund 50 Prozent erhöht hat, und auf der anderen Seite haben sich im gleichen Zeitraum, sicherlich nicht nur durch die Fernwärme, aber auch dadurch, der Staubanteil in der Luft um rund ein Viertel und der Schwefeldioxidanteil nahezu um zwei Drittel reduziert, also auch sehr erfreuliche Daten.

Ein Ereignis am Rande: Nachdem wir so schöne Tage jetzt erlebt haben, am Wochenende aber teilweise Hochnebel hatten, habe ich noch in ein anderes Werk, nämlich die Stadtklimaanalyse von Graz, geschaut, und da gibt es auch Erfreuliches zu berichten. Aus einer Übersicht über einen vierzig-

jährigen Durchschnitt geht hervor, daß wir in Graz im Schnitt 16,7 Tage Hochnebel haben. Wenn Sie das statistisch aufteilen auf die Monate, dann gibt es im Oktober nur 1,6 und im November 3,3 Tage, das heißt, das Plansoll nach dieser Statistik haben wir erreicht. Allerdings gibt es hier grobe Abweichungen. Wir hatten ein Jahr, nämlich 1968/69, mit 37 Tagen Hochnebel, also relativ trüb, hingegen ein Minimum im Jahre 1974/75 mit nur einem Tag Hochnebel. Es steht nichts drinnen, ob diese Perioden irgendwo auch mit dem politischen Klima korreliert sind.

Lassen Sie mich abschließend sagen, Umwelt ist selbstverständlich ein Bereich, der uns alle angeht, und ich glaube auch, wie in einem Buch steht, das im Moment sehr modern ist, nämlich der „König der Löwen“, es ist gerechtfertigt, wenn es dort heißt „die Umwelt oder die Welt ist in einem sehr sensiblen Gleichgewicht“. Es ist unsere Aufgabe, dieses Gleichgewicht zu erhalten. Und ich möchte nicht, daß es später einmal heißt, wie es vor vielen Jahren für ein Naturparadies geheißen hat, „Serengeti darf nicht sterben“. Also wir müssen schauen, daß wir Natur und Umwelt erhalten. Auf Österreich ausgelegt könnten wir statt „Serengeti darf nicht sterben“ Max Mell zitieren. Max Mell macht eine Aufforderung, eine Einladung und eine Mahnung, wenn er sagt, bezogen auf Österreich: „Die Heimat läßt dich ein, sei zu ihr lieb!“ Ich glaube, aus dieser Aufforderung und Mahnung heraus sollten wir die Zukunft gestalten. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall. – 12.38 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ebner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Ebner (12.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vielleicht ist dem einen oder anderen diese Geschichte, die ich Ihnen erzählen möchte, bereits bekannt. Die meisten werden sie noch nicht kennen, aber mir gefällt sie, weil sie auf den Umweltbereich so gut paßt. Stellen Sie sich vor, der Wald brennt. Die einen Tiere kümmern sich nicht darum, ja sie haben es nicht gesehen, den Berichten darüber schenken sie keinen Glauben, die anderen sind ganz aufgeregt, weil sie es entweder selbst gesehen haben oder weil sie den Berichten Glauben schenken, und laufen kreuz und quer, aber niemand tut etwas. Und stellen Sie sich vor, ein kleiner Vogel fliegt herab, taucht in einen Teich, nimmt seinen kleinen Schnabel voll mit Wasser und fliegt unter Einsatz seines Lebens in die Flammen und läßt diesen Tropfen in die Flammen fallen, der dort zischend verdampft. Die anderen Tiere, die das sehen, lächeln darüber oder lachen sogar darüber. Es fliegt der Vogel zurück und sagt: „Warum lacht ihr eigentlich, ich habe meinen Teil dazu beigetragen!“

Und so kommt es mir auch in der Umweltpolitik vor, wer trägt hier welchen Teil dazu bei. Auch wenn es manchmal den Anschein haben mag, daß der Teil des einzelnen nur dieser eine Tropfen ist, der in der Flammenglut hier verdampft, so können viele Teile und viele Vögel mit einem Schnabel voll möglicherweise alles ausrichten und diesen Waldbrand auch zum Verlöschen bringen.

Und vergleichbar ist auch die heutige Situation unserer Umweltpolitik insgesamt. Wenn ich zurück-

denke – ich war damals auch bereits im Umweltbereich tätig – in die achtziger Jahre, wenn ich hier bei dem Vergleich bleibe, so hat in den achtziger Jahren die Umweltpolitik noch einen gut gefüllten Feuerwehrschauch zur Hand gehabt und zur Verfügung gehabt und diesen Feuerwehrschauch durchaus auch sinnvoll eingesetzt. Ich erinnere nur an die Beispiele, wie die Einführung so strenger Abgaswerte für Kfz – wo Österreich Vorreiterposition hatte, und zu Recht können wir darauf stolz sein –, die die Einführung eines Katalysators notwendig machten. Ich betrachte das als einen Feuerwehrschauch. Aber ich denke auch, in die gleiche Zeit gefallen ist, bleiben wir bei der Steiermark, das Kraftwerk Mellach, wo hier Entstaubungs-, Entstickungs- und Entschwefelungsanlagen eingebaut wurden. Ich würde, um bei meinem Vergleich zu bleiben, das immerhin doch noch mit einem Kübel Wasser vergleichen. Vielleicht ist es auch zu gering, weil es immerhin das erste Kraftwerk war und doch einen Meilenstein der Umkehr dargestellt hat.

Wenn ich denke, daß der Kollege Hofmann-Wellenhof vor mir richtig bemerkt hat – auch im Umweltbericht findet es seinen Niederschlag –, daß die Schwefelsenkung stattgefunden hat, man redet heute nicht mehr vom sauren Regen, da würde ich sagen, daß die seinerzeitige Senkung des Schwefelgehaltes im Heizöl sogar einem Wasserfall vergleichbar ist.

Wir haben nur diese Instrumente heute nicht mehr zur Verfügung.

Die großen Maßnahmen im Umweltbereich sind im wesentlichen gesetzt, und meiner Meinung nach muß die Umweltpolitik, egal, wer das jetzt ist, ob die Umweltpolitiker auf der Regierungsbank sitzen oder ob die Umweltpolitiker hier in diesen Reihen sitzen, sich dieser Tatsache auch bewußt sein und die Umweltpolitik hier in die richtige Richtung lenken. Denn heute ist was anderes gefragt. Heute ist nämlich gefragt, daß, so wie dieser kleine Vogel, jeder einzelne seinen eigenen Beitrag zur Verbesserung der Umwelt leisten muß. Manchmal auch dann, wenn es nicht nur dem Staat, sprich Steuerzahler, etwas kostet, sondern manchmal auch dann, wenn es ihm selbst etwas kostet. Und nachdem das alle Individuen betrifft, ist es natürlich entsprechend schwierig, dies durchzusetzen. Die Politik selbst hat heute vielleicht noch, wenn auch nicht nur einen, kleine Becher an Wasser zur Verfügung, die sie auch richtig einsetzen muß. Ich denke hier insbesondere an den Förderungsbereich, wenn es um die Wärmedämmung über die Wohnbauförderung geht oder wenn es um die Fernwärme-förderung im wesentlichen – das ist ja heute auch ein Tagesordnungspunkt – auch über die Wohnbauförderung geht.

Die Aufgabe, die die Politik hat, ist allerdings, wenn sie noch Schläuche oder Kübel zur Verfügung hat, diese auch einzusetzen. Da kann ich dem Herrn Landesrat Pörtl die Kritik nicht ersparen, daß er im Abfallbereich es nicht geschafft hat, und wir nähern uns ja dem Ende der Legislaturperiode, die Reaktor-deponien endlich wegzubringen. Ich will nicht alle Schuld ihm zuschieben. Eine große Schuld liegt sicherlich beim Bund, der es trotz Versprechen, auch des Umweltministers Martin Bartenstein, auch ein Steirer, wie Sie wissen, nicht geschafft hat, obwohl er es

mehrmals ausdrücklich in der Öffentlichkeit versprochen hat, die so lange erwartete Deponieverordnung auch tatsächlich zur Verordnungsstellung werden zu lassen und kundzumachen. Wir haben bis heute noch keine Deponieverordnung, was uns tatsächlich in der weiteren Verfolgung unserer Abfallpolitik behindert.

Aber wenn ich einen Becher oder Kübel als Politiker in der Hand habe, dann bin ich auch verpflichtet, ihn einzusetzen. Heute muß wirklich jeder seinen Tropfen zur Umweltpolitik beitragen, und deshalb sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, und darf Sie ersuchen, das auch hinauszutragen, diese Philosophie, die vielleicht für den einen oder anderen neu sein mag, weil sie auch durchaus ein Zurücknehmen der Politik in diesem Bereich bedeutet. Aufgabe der Politik ist es heute, die Menschen zu motivieren, ihren eigenen Beitrag zu leisten, mit vernünftigen Maßnahmen, die sie auch einsehen können, und wirklich mit vernünftigen Maßnahmen, wo oft das Problem auftaucht, daß eine Maßnahme gesetzt wird – ich sage nur als Stichwort Verpackungsverordnung –, die die Leute nicht mehr verstehen. Was soll denn daran vernünftig sein, daß ich jetzt die Plastikabfälle in die gelbe Tonne schaffe, sie quer durch ganz Österreich transportiere und um viel Geld dann im Endeffekt verbrenne? Und das Plastikkinderspielzeug oder so etwas darf ich schon gar nicht mehr in die gelbe Tonne geben, das muß ich zum Restmüll bringen. Also, das wäre eine echte kontraproduktive Maßnahme. Deswegen sage ich, setzen wir produktive Maßnahmen in diesem Bereich, die die Bevölkerung auch versteht. Wir werden es ohne die Hilfe jedes einzelnen Menschen im Umweltbereich nicht schaffen, etwas weiterzubringen. Deshalb darf ich Sie abschließend auch auf-fordern, tragen auch Sie ganz persönlich Ihren Anteil bei, damit unsere Kinder auch in Zukunft noch eine lebenswerte Umwelt vorfinden. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 12.46 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile es ihr.

Abg. Beutl (12.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Der Kollege Wellenhof hat vom Paradies gesprochen, und ich lade Sie ein, ein ganz kleines Stück im Paradies zu besuchen, das lustigerweise in der Hölle zu finden ist, und ich werde in meinen Ausführungen darauf zurückkommen, was ich damit meine. Ich möchte im Rahmen dieses Tagesordnungspunkte über das Europäische Naturschutzjahr sprechen und daraus einen kleinen Beitrag, einen kleinen Bericht über ein Projekt bringen, das am kommenden Samstag um 10 Uhr in Sankt Anna am Aigen, an der Grenze hinüber zu Slowenien, starten wird, und zwar geht es um das Projekt Kutschenitza.

Ein kleines Beispiel der guten Zusammenarbeit, über Staatsgrenzen hinweg, der Bevölkerung, der Gemeinden, aber auch von Naturschutzorganisationen und -institutionen, der Zusammenarbeit mit den Schulen und mit allen ehrenamtlichen Mitarbeitern in diesem Bereich, denen es ein Anliegen ist, die Erhaltung der Natur und der Vielfalt der Natur zu betreiben.

Die Kutschenitza selbst ist ein uralter Grenzbach, der sozusagen vor meiner Haustüre entspringt und seit Maria Theresia, wenn nicht noch länger, Grenzfluß hinüber zu Slowenien war und ist. Diese Kutschenitza oder dieses Projekt Kutschenitza konnte auch, und das ist sehr erfreulich, in das INTERREG-II-Programm „Lebensraum unteres Murtal, Spielfeld, Bad Radkersburg“ eingebunden werden, womit sich dann für Slowenien die Möglichkeit ergibt, auch als Drittstaat EU-Fördermittel in Anspruch nehmen zu können.

Oberstes Ziel dieses Projektes ist es, auf österreichischer und slowenischer Seite ein funktionsfähiges Biotopverbundsystem aufzubauen und vor allem die ökologische Funktionsfähigkeit der Fließgewässer dieses Bereiches zu verbessern. In Wahrheit geht es um nichts anderes als um eine Renaturierung dieses Baches, denn in den achtziger Jahren, beginnend schon in den sechziger, siebziger Jahren, hat die Kutschenitza, vor allem im Mündungsgebiet in die Mur hinein, zu großen Hochwässern und Überschwemmungen geführt, und aus dem Grunde wurde dann in den achtziger Jahren die Kutschenitza reguliert. Und wir alle wissen, daß damals Regulierungen sehr rigoros vorgenommen wurden. Inzwischen haben sich aber die Erkenntnisse in der Ökologie doch geändert, und nun gibt es dieses Projekt, wo es zu dieser Renaturierung dieses Baches kommen soll und zu dem Aufbau dieses Biotopverbundes in diesen Bereichen hüben und drüben, also auch auf slowenischer Seite.

Es geht einfach darum, diese Vielfalt, die es einstmals gegeben hat und die teilweise Gott sei Dank noch da ist, in den Uferbereichen wieder herzustellen. Dazu müssen natürlich ökologisch hochrangige Flächen gesichert, vermessen, gepachtet, angekauft werden. Und es ist auch daran gedacht, entlang dieses Baches einen bestehenden Wanderweg in einen Naturlehrpfad umzuwandeln beziehungsweise dort einen Naturlehrpfad einzurichten, was, glaube ich, für uns alle ein Erlebnis sein kann und sein wird, dort ganz spezielle und charakteristische Naturräumliche Elemente zu sehen und auch die Möglichkeit der Beobachtung der Tier- und Pflanzenwelt zu haben. Biotopverbundsysteme sind als ökologische Zellen Lebensgrundlage für die Erhaltung von typisch heimischen Tieren und Pflanzen und eines vielfältigen Artenreichtums gedacht. Und noch einmal, gerade in Sankt Anna am Aigen haben wir eine Reihe von besonders schützenswerten und auch geschützten Pflanzen- und Tierarten – und deswegen war vorhin meine Verbindung zum Paradies gegeben –, die einmalig sind und die es zum Teil nur noch hier bei uns in diesem Bereich von Sankt Anna am Aigen beziehungsweise Klöch gibt. Und ich zitiere hier aus dem Institut für Naturschutz und Landschaftsökologie für Steiermark: Allein die Flora des Gebietes bei Sankt Anna am Aigen und Klöch beinhaltet nach bisherigen Untersuchungen 767 Pflanzenarten, Unterarten und Sippen, darunter mindestens 66 in ihrem Bestand gefährdete oder vom Aussterben bedrohte Arten. Ich glaube, wenn ich jetzt nur einige davon aufliste, das schmalblättrige Lungenkraut, das orange Greiskraut, die Zwergweichsel, die ungarische Distel, der Hundszahn, die Edelkastanie, die Schmerwurz, das alles sind Pflanzen, die es anderswo fast nicht mehr gibt oder die

bedroht sind in ihrem Bestand. Und weniger als 10 Prozent des botanisch erfaßten Landesgebietes der Steiermark weisen derart hohe Artenzahlen auf, wie gerade in dieser Region rund um die Kutschenitza im Gemeindegebiet von Sankt Anna bis hinunter nach Klöch.

Es ist also zu hoffen, daß mit diesem Verbund auch diese Bereiche erhalten und geschützt bleiben, und vor allem – und das ist sozusagen ein ganz großer Schwerpunkt in diesem Projekt – geht es um die Erhaltung und um den Schutz der vom Aussterben bedrohten Blauracke. Die Blauracke ist ein wunderschöner, türkisblau gefärbter Vogel, ein Insektenjäger, heißt bei uns auch Mandelkrähe, die von Mai bis September bei uns brütet und dann wieder den Winter über nach Ostafrika fliegt. Diese Mandelkrähe oder Blauracke hat es in den sechziger und siebziger Jahren in Österreich, vor allem in Kärnten auch und in der Steiermark, in Brutpaaren von 300 bis 400 gegeben. In den letzten Jahren bitte ist sie derart zurückgegangen, daß es nur mehr zehn Brutpaare gibt. Und ich glaube, daß das wirklich ein Alarmsignal ist, es gibt nur mehr diese zehn Brutpaare der Blauracke. Diese gezielten Schutzmaßnahmen sind einfach notwendig, und die Blauracke wurde auch in das Artenschutzprogramm aufgenommen. Die Ursache ist auch erforscht worden, und es geht darum, daß dieser Vogel in erster Linie seine Nahrung auf Wiesenflächen findet, vor allem für die Aufzucht der Jungen Käfer, Heuschrecken, kleine Mäuse, und daß durch die Umwandlung der Grünlandflächen in Maiskulturen leider das Futter sozusagen verlorengegangen ist, und daher hat eben diese Gefährdung so stark zugenommen. Dazu sind durch Flurbereinigungen auch die Brutbäume teilweise geschlägert worden, und auch das ist eben sehr wichtig, daß sie erhalten bleiben.

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang sehr herzlich bei der Landesregierung, Rechtsabteilung 6, und beim Naturschutzbund bedanken, denn es ist gelungen, vier Wiesenflächen im Raum Sankt Anna am Aigen mit einer Gesamtgröße von 5624 Quadratmeter anzukaufen und damit einen ganz wichtigen Beitrag zum Schutz dieses Vogels zu leisten. In dem Zusammenhang möchte ich mich ganz besonders auch bei diesen ehrenamtlichen Mitarbeitern in der Region bedanken, bei den Naturschützern und ganz besonders bei Herrn Samwald, der in Fürstenfeld daheim ist, und auch bei Herrn Ehrlich beziehungsweise auch bei Herrn Tiefenbach in Feldbach, die also hier wirklich unermüdlich auch bewußtseinsbildend unterwegs sind, um eine Allianz für diese bedrohten Tier- und Pflanzenarten zu finden. Und nun komme ich zur „Höll“. Eine Ausnahme in unserer Landwirtschaft und in unserer Heimat sind Mähwiesen in Tieflagen, die niemals – und das ist, glaube ich, wirklich etwas besonderes – einer Düngung oder Insektizidbehandlung unterzogen wurden. Auf solchen Wiesen gibt es tatsächlich noch Tierarten, die überleben konnten, die es sonst nirgends mehr gibt, und die also großteils schon ausgestorben sind. Bei uns in Aigen gibt es eine solche Wiese, die Höllwiese, eine Fläche, ungedüngt, wo nur einmal Ende Juni gemäht wird, und inmitten von gedüngten und gespritzten Flächen und intensiv genutzten Feldern haben wir ein Stück Paradies, ein noch lebendes Museum für Kleintiere und für natur-

nahe Lebensgemeinschaften, die es tatsächlich sonst nirgends mehr gibt. Und ganz besonders sind es die Schmetterlinge, die bei uns zu finden sind. Die Höllwiese ist eine reine Schmetterlingswiese, und ich lade Sie ein, im April oder Mai einmal zu kommen und sich das anzuschauen. Sie werden dort mehr Blumen als Gräser sehen, und sie ist tatsächlich eine ganz große Besonderheit in Österreich, ja teilweise sogar in Europa. Und ich will Sie nicht langweilen mit den Schmetterlingen, die es sonst nirgends mehr gibt, aber sie sollen doch genannt werden. Es gibt drei, vier Arten, die teilweise nirgends mehr vorkommen, nur mehr hier auf dieser Wiese, und es gibt sogar einen Sackträgerschmetterling, der weltweit nur mehr hier zu finden ist und nur mehr hier vorkommt. Insgesamt sind es 165 Großschmetterlinge, die auf der Höllwiese nachgewiesen wurden, und ich möchte auch hier dem Herrn Dipl.-Ing. Habeler und dem Herrn Dr. Gepp sehr herzlich danken, sie haben sich große Verdienste erworben, als es um die Sicherung dieser Wiese ging.

Am kommenden Samstag wird es nun gemeinsam mit dem Umweltminister von Slowenien den Startschuß für dieses Projekt Kutschenitza geben, und ich lade Sie herzlich ein, sofern Sie Zeit haben, mitzumachen. Es sind ganz stark auch die Kinder, die Jugend und die Bevölkerung eingebunden, um in dem Sinne, wie es mein Vorredner Dr. Ebner gemeint hat, auch ihren eigenen Beitrag zur Erhaltung unserer Lebensumwelt zu leisten.

Einen herzlichen Dank von dieser Stelle auch für das Verständnis, das die Landwirte einbringen, denn immerhin verzichten sie auf Flächen. Einen herzlichen Dank auch an Berg- und Naturwacht, die wirklich mit Argusaugen auf solche Juwelen schaut. Und ich denke, zunehmend begreifen wir alle miteinander, daß zum Begriff Heimat nicht nur der Bildstock am Wegrand und der Kirchturm des Dorfes gehört, sondern ebenso der natürliche Bachlauf als Leitlinie eines Tales, die Hecken und Raine, die gewachsene Kulturlandschaft, die Wildtiere, die Wildpflanzen, die wir noch haben und die das Typische und Charakteristische ausmachen. Ich lade Sie alle sehr, sehr herzlich ein, tun wir jeder von uns sein Möglichstes, dieses Heimatbild zu erhalten und zu pflegen. (Beifall bei der ÖVP. - 12.59 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch (12.59 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe genauso wie der Kollege Hofmann-Wellenhof diesen Bericht sehr genau gelesen, trotzdem habe ich mich nicht zu Wort melden wollen. Aber die zwei Kolleginnen Frieß und Beutl haben so charmant über Fragen des Umwelt- und Naturschutzes geredet, daß ich veranlaßt bin, zwischen Theorie und Praxis ein bißchen zu unterscheiden.

Die Praxis ist halt leider ein bißchen anders als die Theorie. Und wenn die Kollegin Frieß sagt, auf der Regierungsbank fehlt die eine Hälfte, dann würde ich sagen, zuerst müßten einmal alle, die auf der Regierungsbank sitzen, die Vorworte zu diesem Umweltbericht geschrieben haben, und da vermisste ich

einige, die Vorworte stammen nämlich vom Kollegen Hirschmann, Erich Pörtl und vom Herrn Landesrat Schmid, aber er nähert sich der Regierungsbank. Das heißt, auch hier sollte man Theorie und Praxis und Verantwortung genauer anschauen, bevor man darüber redet. Es ist sicherlich einiges sehr Erfreuliches in der Steiermark passiert, und dieser Umweltbericht gibt davon Kunde. Nur, das soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß einige große Fragen, die versprochen worden sind, einfach nicht gelöst worden sind und anscheinend auch nicht so schnell gelöst werden.

Wenn der Herr Landesrat Dr. Hirschmann in seinem Vorwort schreibt, daß die Steiermark auf dem Weg zu einem ökologischen Musterland ist, und in Zeitungs- und Presseartikeln sagt, wir haben Vorreiterrolle, und sagt, wir kriegen noch heuer ein Naturschutzgesetz, das sozusagen Beispielwirkung hat, dann sind das eben Ankündigungen, die in der Praxis nicht ganz stimmen. Wir waren schon viel weiter in der Frage Naturschutzgesetz als heute, und das muß man halt auch dazu anmerken. Oder daß wir zwar sehr viele Flächen durch Unterschutzstellung geregelt haben, aber daß immer noch Fleckerlteppiche sind, daß wir sozusagen kein ganzes Gebiet, das als solches schützenswert ist, zusammenbringen, weil wir in der Steiermark furchtbar Angst haben, über Fragen eines Nationalparks etwa zu diskutieren, wie das in anderen Bundesländern passiert ist.

Und wenn jetzt also gerade die Kollegin Beutl so von dieser sehr wichtigen und lokalen Aktion schutzbedrohter Tiere und Pflanzen Kutschenitza-Bach geredet hat, dann gebe ich ihr absolut recht, nur soll das nicht darüber hinwegtäuschen, daß das woanders ganz anders passiert.

Und gerade als Gegenbeispiel zu dieser Äußerung von Kollegin Beutl möchte ich sagen, was in einem anderen Teil der Steiermark passiert. Am Waldschacher See hat es vor einigen Jahren 24 Horste und Brutstätten des Graureihers gegeben. Jetzt gibt es noch drei. Jedesmal, wenn die Berg- und Naturwacht das anzeigt, kriegt der dortige Besitzer den Anruf der Bezirkshauptmannschaft, da hat sich schon wieder ein Querulant beschwert, daß die Graureiher abgeknallt werden. Auch das ist Praxis. Es wird nicht der Sache nachgegangen, sondern es wird dann noch der Grundbesitzer verständigt, daß da Querulanten unterwegs sind. Hier danke ich den Naturschützern, aber ich danke hier nicht der Behörde.

Und daher sollte man nicht nur Jubelberichte bringen, sondern auch aufzeigen, wenn woanders das Gegenteil davon passiert.

Und ich gebe schon dem Kollegen Hofmann-Wellenhof recht, Natur erleben. Ich würde aber nur dazu sagen, wir wollen Politiker erleben, die alles das tun, was sie in ihren Vorworten ankündigen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. - 13.01 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Riebenbauer (13.01 Uhr): Ja, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der Kürze liegt die Würze, hat mir gerade jemand zugerufen. Ich werde es versuchen, aber die Umwelt

geht uns alle an, und deshalb habe ich mich auch noch zu Wort gemeldet, weil das wirklich ein wesentlicher und wichtiger Faktor ist.

Ein paar Punkte möchte ich zum Anlaß nehmen, um auf die positiven Leistungen hinzuweisen und einige Bereiche besonders erwähnen. Erstens den Bereich Energie, wobei wir vor allem in der Steiermark ja europaweit an der Spitze sind. In der EU beträgt der Gesamtanteil der erneuerbaren Energie im Energieeinsatz nur 4 Prozent, in der Steiermark beträgt dieser Anteil 25 Prozent. Das zeigt eigentlich, welche positiven Leistungen wir hier schon geleistet haben. Und deshalb ist es nicht verwunderlich, daß aus zahlreichen europäischen Ländern immer wieder Delegationen in die Steiermark kommen, um sich über den Bereich der Bioenergie zu informieren. Ich persönlich habe bei unserem Heizwerk schon mehrere solche Delegationen geführt, und sie sagen immer wieder, wir sind da sehr weit vorne, und versuchen, sich von uns etwas abzuschauen, was ja kein Nachteil ist.

Ein wesentlicher und für uns entscheidender Faktor in diesem Umweltbericht ist der passive und aktive Hochwasserschutz, vor allem an der Lafnitz, da diese ein gefährdeter Fluß ist und immer wieder unser Gebiet überschwemmt. 1994 wurde ein Hochwasserschutzprojekt in den Gemeinden Neudau und Burgau in Angriff genommen. Und als sehr erwähnenswertes Beispiel möchte ich das aktive Hochwasserrückhaltebecken im oberen Bereich der Lafnitz, in den Gemeinden Sankt Lorenzen und Riegersberg, erwähnen, das bereits realisiert wurde, das bereits bei zwei Hochwässern die Notwendigkeit bewiesen hat und das nächsten Mittwoch offiziell eröffnet wird, den Dienst an der Bevölkerung des Lafnitztales hat es schon geleistet, und deshalb sind auch das Lafnitztal und die Bewohner für die Errichtung dieses Rückhaltebeckens, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr, sehr dankbar.

Ein Bereich auch noch, der für die Verwirklichung des Bodenschutzprogrammes sehr notwendig ist, ist die Förderung von Güllegruben, Jauchegruben und der Festmistlagerstätten. 810 landwirtschaftliche Betriebe haben sich 1994 an dieser Aktion beteiligt.

Wir alle reden gerne vom Bereich der Biolandwirtschaft. Die Entwicklung in der Steiermark ist positiv. An rund 2030 biologische Betriebe wurde eine Förderung ausbezahlt – 60 Prozent Bundeszuschuß, 40 Prozent Landeszuschuß. Und gerade das ÖPUL-Programm auf Bundesebene ist eigentlich ein wesentlicher Bestandteil der Absicherung der biologischen Landschaft. Und hier, Herr Klubobmann Trampusch, zeigt sich die Theorie und die Praxis. Es war für uns alle leider sehr, sehr unverständlich, daß vergangenen Freitagabend im Nationalrat die Sozialisten, Grüne und Liberale die Nachbedeckung für dieses ÖPUL-Programm abgelehnt haben. Ich habe den Eindruck gehabt, dort ist anscheinend der Klassenkampf wichtiger als die Umwelt, wenn man für den Bauern, so habe ich es gelesen, nur höhnisches Gelächter übrig hat. Ich glaube, der Getzinger, wenn mich nicht alles täuscht, hat heute noch nasse Augen, weil das in Wien passiert ist. Du hast diese Entscheidung, glaube ich, auch nicht verstanden.

Zur Erhebung der Schadstoffbelastung der Wälder wurde ein Bioindikatornetz errichtet. Die Fachabtei-

lung für das Forstwesen untersuchte in Zusammenhang mit der Forstlichen Bundesanstalt Wien in der Steiermark 2000 Probebäume, und das zweimal. Es ist das im mitteleuropäischen Raum die intensivste flächendeckende Belastungsbeurteilung und ermöglicht eine genaue gebietsweise Abgrenzung der Belastung. Und dies ist für unsere Forstbewirtschaftung entscheidend und richtungweisend.

Ich komme zum Schluß. Ich danke allen, die ihren Teil dazu beigetragen haben, daß wir diesen Umwelt-schutzbericht bekommen haben und daß er zum Großteil sehr positiv ist. Ich freue mich schon darauf, für die, die vielleicht nach mir in den Landtag kommen, wenn wir nächstes Jahr wieder einen Umweltschutzbericht haben.

Abschließend ein Gedanke: Die Arbeit des Bauern ist mit der Umwelt des Bauern engstens verbunden, und deshalb wissen wir Bauern eine gesunde Umwelt besonders zu schätzen. Sie ist unsere Lebensgrundlage. In diesem Sinne ersuche ich Sie alle, sich für eine gesunde und heile Umwelt einzusetzen.

Danke, daß Sie mir zugehört haben. (Beifall bei der ÖVP. – 13.07 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (13.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben mit dem Umweltschutzbericht 1994 ein umfassendes Elaborat vor uns liegen und können feststellen, daß für weite Bereiche viel Positives angeführt wurde.

Was wäre ein Umweltschutzbericht, ohne auch ein wenig auf die alternative Abwasserbeseitigung und die alternativen Möglichkeiten, unsere Abwässer zu reinigen, einzugehen?

Wir haben, und das muß ich mit Bedauern feststellen, vorgehabt, das Abwasserwirtschaftsgesetz in dieser Legislaturperiode durchzubringen. Leider Gottes hat es nur Verzögerungen gegeben, die dazu geführt haben, daß wir nicht zum Abschluß gekommen sind. Das Begutachtungsverfahren ist zwar durchgezogen worden, aber es ist leider nicht zum Gesetz gekommen.

Warum bin ich traurig? Weil es mir eigentlich um die Variantenrechnung geht; die Gegenüberstellung zu anderen Systemen, die Alternative, die Pflanzenkläranlage, kombiniert oder nicht kombiniert, und daß es hier einen neuen Erlaß von der Rechtsabteilung 3 gibt. Nämlich daß man nicht mehr 6 Kubikmeter Sand für die Reinigung aufwenden muß, sondern nur mehr 5 Kubikmeter. Also, es sind Erleichterungen, Verbesserungen hier eingetreten. Was mich immer betrübt macht, ist das, daß diese alternativen Möglichkeiten den Bürgermeistern und den zuständigen Bezirkshauptmannschaften und Referenten eigentlich viel zu wenig bekannt gemacht werden und wurden und daß es halt immer wieder heißt, neue Untersuchungen, neue Prüfungen, das und das wird noch untersucht. Wir haben gesicherte Prüfungen, und wir haben ja auch vom Land selbst die Auszeichnung der Gschweilt-Anlage, also eine Superanlage, die eine

Zehnerpotenz bessere Reinigungsleistungen bringt als die althergebrachten technischen Systeme. Leider Gottes müssen wir auch feststellen, daß die Kosten für die Abwasserbeseitigung enorm in die Höhe gegangen sind, daß das stille Örtchen vergleichbar ist mit den Kosten eines Luxusappartements. Eine vierköpfige Familie, wenn man alles zusammenrechnet, muß mit einer monatlichen Belastung von ungefähr 700 Schilling Abwasser plus Trinkwasser rechnen. Das ist im Jahr eine Größenordnung von achteinhalbtausend Schilling.

Aber warum? Weil leider Gottes oftmals viel zu groß gebaut wurde. Es wird mit einem Rolls Royce gefahren, wenn es auch mit einem Volkswagen ohne weiteres gehen könnte.

Und jetzt geht uns das Geld aus, und wir müssen nachdenken, wie geht es wirklich billiger. Die Investitionskosten sind gigantisch, die Zinsen und Tilgungen fressen uns auf. Zu große Kläranlagen in der Steiermark mit einer Großtechnologie werden natürlich gegenübergestellt in einer ehrlichen Variantenrechnung. Und wir müssen feststellen, daß unter dem Titel des Umweltschutzes dem Bürger das Geld aus der Tasche gezogen wird, und angeblich heißt es dazu „wir müssen ja eine Wirtschaftsankurbelung machen, und die muß über den Kanal stattfinden“.

Ehrliche Variantenvergleiche fehlen bis heute. Der Landesrechnungshof wird sich also in Hinkunft einschalten müssen und eine Projektprüfung durchführen. Hier wäre es sehr sinnvoll, die Gemeinden Trahütten und Johnsbach vorerst ins Auge zu fassen, damit nicht wieder Anlagen gebaut werden, die eine Schuhnummer zu groß sind. Ehrliche Variantenvergleiche sind die Garantie, daß nicht unnötig zu groß gebaut wird. Und die Entscheidung darüber muß natürlich auch von der Aufsicht vom Land selbst her erfolgen. Diese Hausaufgabe wurde leider Gottes nicht gemacht. Es ist einfach - was eigentlich der Abgeordnete Ebner so gut bezeichnet hat - die Motivation des Bürgers zu wenig eingetreten. Wir müssen den Bürger motivieren, selbst seinen Beitrag für den Umweltschutz zu bringen. Im Abwasserbereich wurde er über weite Strecken behindert. Ich glaube, es war auch die Zwangsbeglückung vieler Bürgermeister mit dabei.

Und wenn ich noch ein Wort zur Abgeordneten Beutl sagen darf. Wenn sie heute so groß die Leistungen, die an der Kutschenitza, am Grenzbach zu Slowenien, stattgefunden haben und noch stattfinden werden, herausgestrichen hat, dann muß ich ehrlich sagen, ich bin damals in den siebziger, achtziger Jahren hier gestanden und habe gesagt, daß es eigentlich unverantwortlich ist, daß man so eine Regulierung durchführt. Ich bin eigentlich froh, daß man ein schlechtes Gewissen hat und die Ökologiereparatur durchführt, das wieder einzuführen, was alles schon da war. Was inzwischen an Geld ausgegeben wurde, sollte man eben auch einmal gegenüberstellen. Aber es ist gut, daß hier ein Umdenken stattgefunden hat. Es ist gut, daß hier der Umweltschutz, der Naturschutz, die Überlegungen der Erhaltung unserer Natur wieder eingetreten ist. Ich glaube, wir sollten uns alle damit wirklich auseinandersetzen und uns bemühen, das zu erhalten, was wir von unseren Eltern übergeben bekommen haben. (13.16 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Glössl. Ich erteile es ihm.

Abg. Glössl (13.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Wortmeldung des Kollegen Getzinger veranlaßt mich, einige Worte über die Schotterbarone zu verlieren. Lieber Kollege Getzinger, du hast sie angesprochen. Und du hast auch ganz deutlich gesagt, wenn die Schotterbarone der Steiermark soviel Geld haben, daß sie es verschenken müssen oder daß sie gerne eines hergeben, dann sollen sie es freiwillig dem Land Steiermark zur Verfügung stellen und sollen eine Spende machen. Ich will darauf bitte nur sagen, daß wir in der Sand- und Kiesindustrie nicht soviel Geld haben, daß wir es verschenken müssen, oder soviel Geld horten, daß wir nicht wissen, was wir damit anfangen sollen, sondern ich möchte ganz klar feststellen, daß wir Gott sei Dank eine Berufsgruppe sind, die sich mit Geld auskennt, die mit Geld umgehen kann, budgetieren und auch haushalten kann. (Beifall bei der ÖVP.) Das möchte ich hier einmal klar sagen. Das weitere, lieber Kollege Getzinger, wenn du sagst, daß es keinen Gesetzesentwurf gegeben hat, möchte ich dir sagen, es ist meiner Meinung nach der einzig kürzeste Gesetzesentwurf, den es jemals gegeben hat. Ganz kurz, auf einer Seite hat er Platz, wahrscheinlich haben Sie und Ihre Kollegen diese Seite übersehen, deshalb gibt es von Ihrer Seite diesen Entwurf nicht. Es gibt ihn bitte. Und wenn Sie sagen, es gibt Uneinigkeit unter den Parteien, dann muß ich auch klarstellen, lieber Kollege Getzinger, nicht unter den Parteien. Weil es mit Ihrem Landesrat Ressel eine Vereinbarung gegeben hat, die ich selbst mit ihm ausgemacht habe, wo wir schon einen Termin fixiert gehabt haben, Klubobmann Trampusch, Klubobmann Vesko und auch der Klubobmann der ÖVP haben diesen Termin bestätigt. Nur, dann ist der Herr Dr. Flecker aufgestanden und hat gesagt, die Termine macht er aus. Und von diesem Zeitpunkt an, und das ist ungefähr seit April her, gibt es keine Basis für die Verhandlung für diese Landschaftsabgabe, für diesen Schotter-schilling.

Und abschließend möchte ich noch eines sagen: Mich wundert es nach wie vor - und ich habe es ja schon einige Male gesagt und auch in den Medien berichtet -, daß man bei so einer Budgetsituation, die wir im Lande haben, diese Chance nicht wahrnehmen und diese 30 Millionen Schilling, die echt zur Verfügung stehen würden, als Anfang für eine Abgabe sie einfach angreift, das ist für mich ein Zeichen, daß Sie und Ihre Fraktion mit Geld nicht umgehen können. Danke. (Beifall bei der ÖVP. - 13.18 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Pörtl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Pörtl (13.18 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

- Es hat ja zu Beginn den Eindruck erweckt, daß sozusagen die Umweltpolitik deshalb nicht mehr so eine Aktualität besitzt, weil es im Landtag keinen Wirbel mehr gibt. Ich habe ja noch einiges miterlebt, aber wir sind damals auf ganz anderen Klavieren und auf ganz anderem Trampolin gesprungen. Da hat es

über zehn Jahre lang die Straßensänger gegeben. Mit einer Leidenschaft sind damals die Straßen und Autobahnen gefördert worden. Herr Landesrat Krainer, wie er noch nicht Landeshauptmann war, ist also mit allen Mitteln sozusagen behämmert worden, und heute auf einmal werden wir alle munter und sagen, der Lärm und der Verkehr sind das Problem.

Meine Damen und Herren, es ist einfach so, daß wir Menschen diese umfassende Phase des Handelns und der Auswirkung im wahrsten Sinne des Wortes teilweise nicht mehr voll im Griff haben. Ich glaube daher, daß wir jetzt eine Situation vorfinden, wo wir Gott sei Dank noch Zeit haben, richtige Entscheidungen zu treffen. Wir haben also in einigen Darstellungen – und die Frau Abgeordnete Karisch hat es gesagt – in Österreich sozusagen eine gute Position der Umweltpolitik. Und selbstverständlich ist das so wie in einer Familie, solange es halbwegs gutgeht, ist nichts los in der Familie. Aber wenn es sozusagen einen Crash oder keinen Crash gibt, dann ist eine Außenwirkung vorhanden. Ich muß mich jetzt ein bißchen zurückhalten, ich würde gerne ein bißchen diskutieren über die Ausgaben einer Familie im Bereich der Fernseh- und Rundfunkausgaben und vor allem der Telefonausgaben. Hier würde ich gerne die Abwasser- und Abfallzahlen dazulegen, da würdet ihr lieb schauen. Da macht das erstere mehr aus. Aktuell ist momentan, daß wir verstärkt Abwasseranlagen bauen, weil wir glauben, daß das richtig ist, wie uns die Erfolge an Mur, Raab und vielen Bächen das beweisen. Wir haben in ländlichen Gebieten Klasse IV gehabt, gerade die schwachen Bäche hat es dort erwischt. Weil ich gerade drinnen bin, der Chibidziura – ich darf das nicht so sagen –, ein typischer Reibebaum. Wir haben in unserem Sauanger einen Birnbaum mit einer groben Rinde gehabt, da haben sich die Säue am liebsten gerieben. Mir kommt vor, du betrachtetest mich als solchen, und ich dich auch, daß wir uns sozusagen ganz natürlich reiben. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Du hast –“) Momenterl – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Du hast nicht genug Rinde!“) ich hab' schon genug Rinde, wenn du willst, treten wir einmal auf, das ist für mich kein Problem. (Abg. Kowald: Unverständlicher Zwischenruf.) Nein, macht nichts. Wenn sie unter sich sind, machen sie eine Beamtenbeschimpfung, vor allem die, die fest „schöpfen“. Da war ich einmal dabei bis 4 Uhr in der Früh. Herausgekommen ist dabei nichts, später sind wir draufgekommen, daß die größten Gurus eigentlich auch nicht mehr zusammenbringen, als eine Wohnung, um Bakterien zu schaffen, die dort unser Schmutzwasser umbauen und sozusagen die Kraft entwickeln, daß wir in diesem Ausmaß leben können. Über groß und klein, ich bin sehr froh, wenn wir Trahütten nennen, bei dieser Untersuchung, weil wenn eine 150- oder 160-EGW-, also Einwohnergleichwertanlage eine große Anlage ist, dann falle ich auf der Stelle bewußtlos um. Das muß ich ganz ehrlich sagen. (Abg. Gennaro: „Tu nicht so groß reden!“) Ich war noch nie in Trahütten, aber dort gibt es ein eigenes Psychotop, das ist ein neues Wort, ich muß mich mit dem jetzt auch abfinden, wo man machen kann, was man will. Dort setzen sie die Helme auf und gehen aufeinander los. Daher bin ich froh, wenn der Rechnungshof dort Licht ins Dunkel bringt, da bin ich sehr, sehr dankbar. Ich möchte noch einmal sagen, damit wir uns da abkühlen, wenn wir von den Kosten

reden, es gibt einen Österreichvergleich. Ich lese da ein paar gute Geschichten vor:

Kärnten pro Laufmeter, man fällt ja fast um, wenn man weiß, was Private da auf diesem Gebiet leisten, 4518 Schilling, Niederösterreich 4000 Schilling, Oberösterreich 5260 Schilling, Steiermark 2700 Schilling, natürlich alles mit eingebunden. Das ist ein wahnsinniger Betrag, wenn wir wissen, daß private Firmen mit vollkonzessionierter Tätigkeit weit unter die 1000 Schilling fahren. Aber die gesamten Auflagen, die ganze Palette, dieser ganze Katalog ist dann praktisch der Sicherheitspegel, wo sich die Dinge kumulieren. Es ist daher ganz klar, daß wir diese Frage der Selbstbauweise, es gibt einen neuen Entwurf für diese Pflanzenkläranlage, weil die Erfahrung uns gezeigt hat, daß wir nicht 6 Kubikmeter brauchen pro Einwohner, sondern nur mehr 5 Kubikmeter Masse an Sicker- beziehungsweise Umbauraum, wo uns das im Grunde gelingt, mit diesem Bodenfilter sozusagen eine vernünftige Entsorgung zu machen. Aber auf der anderen Seite, ich kenne ein Gebiet, da haben sie drei kleine Anlagen gehabt, die haben gesagt, um Gottes willen, machen wir miteinander eine große. Das ist von Ort und von Region zu Region verschieden. Ich wäre dir nur dankbar, wenn du mir eine sagst, die zu groß ist. Weil unser Problem ist natürlich schon, wenn ich den Ist-Stand ausbaue, und nachher habe ich dort Industrie- oder Gewerbeentwicklung oder Gastronomieentwicklung oder eine Wohnsiedlungsentwicklung, dann muß ich etwas dazuflicken. Das heißt, die gelbe Linie soll schon gewissermaßen auch die Entwicklung für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre absichern.

Das einmal zu dieser Frage, was also den Abwasserbereich betrifft.

Ich möchte aber vielleicht auch noch ein paar Dinge, die heute so grundsätzlich gesagt worden sind, anschneiden. Dr. Ebner hat gesagt, wir sind früher mit dem Feuerwehrschauch gelaufen, und wo es herausgebrannt hat, haben wir schnell hingespritzt. Wir sind also heute in einer Situation, und ich tue mich da nicht sozusagen umarmen mit Gruppierungen, aber ich war ganz überrascht bei der Tagung in Weiz, wo große Konzerne längst bereits bei der Planung von Elektrogeräten die Austauschfähigkeiten von sensiblen Umweltkomponenten einplanen und vor allem den Wiedereinbau in neue Produktionen sozusagen vorhaben. Das ist an und für sich das Ineinandergreifen einer Umweltpolitik, wie wir sie vor allem auch in der Steiermark massiv versuchen, auch in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, zustande zu bringen. Wenn man da sagt, es geht in manchen Bereichen nicht weiter, die ökologische Betriebsberatung muß ich jetzt auf Grund verschiedener Regierungsbeschlüsse selber machen mit der Fachabteilung Ic, und die kooperiert mit dem WIFI, um diese Dinge umzusetzen, weil ich der Überzeugung bin, daß dort eine sehr effiziente Potenz vorhanden ist. Dr. Ebner hat angesprochen, sozusagen, ein kleines Kleckserl habe ich da, ich bin ja da heute gesessen wie ein Heiliger, gelobt bin ich auch geworden, aber da haltet man sich ja eh zurück, weil ich könnte die Zahl nicht selber sagen.

Erlitz hat gemeint, er muß der Frau Landeshauptmann eine mitgeben, aber das mit der thermischen

Abfallbehandlung, da bin ich jede Minute zu haben, jede Minute. Wir haben einen Antrag in der Rechtsabteilung 3 liegen. Ich habe aber auch schriftliche Erklärungen aller Fraktionen, die da sind, daß sie für den Standort nicht sind. Also, daß das nicht so ist. Ich habe meinen Tropfen schon hineingeflogen in den brennenden Wald, aber wenn sie ihn alle fallen lassen, bevor es heiß wird, dann lasse ich ihn auch fallen. Das sage ich euch schon auch. Soviel Pragmatismus haben wir. Es ist wahrscheinlich die Zeit noch nicht reif. Ich möchte nicht blind zur Betonwand hinsausen und nachher als unfähig abgestempelt werden. Genau bei jenem Standort, das muß man dazusagen, Niklasdorf, wo wir wirklich jahrzehntelang ein Umweltproblem vorfinden und wir ein Luftsanierungsprogramm machen müssen, ist natürlich klar, daß unsere Position steht. Aber in Graz fehlt mir der Antrag um eine Thermische. Wir haben zwei Standorte mit Industriegebiet-II-Antrag hier, und die Maschine rennt. Ich habe noch nie etwas gesagt, ich saus sofort in die Regierung, und es geht schon um. Aber da ist also wahrscheinlich der Mut, soweit ich mich da erinnern kann, auch nicht in dem Ausmaß vorhanden, vor allem, wenn gewisse Termine im Anmarsch sind.

Vielleicht ein paar Bereiche, die man heute wirklich präzise ansprechen soll. Und zwar die Frage der Nahwärme- oder Fernwärmeförderung. Ganz gleich, wie man das benennt. Mir ist der Begriff Nahwärmeförderung grundsätzlich lieber. Wir müssen drauf bleiben, daß der Bund in die Nah- beziehungsweise Fernwärmeförderung wieder als Partner einsteigt. Wir können das vom Land aus nicht allein finanzieren. Diese Förderung ist eine der effizientesten Maßnahmen, speziell in Graz haben wir es miterlebt. Sie bringt eine Verbesserung der Luftsituation. Ich glaube, da müssen wir gemeinsam weitermachen, wenn es auch budgetär schwierig ist. Gerade in einer solchen Zeit sind richtige Prioritäten entscheidend. Meine persönliche Meinung ist selbstverständlich, daß man nicht mit Kanal oder mit Fernwärme Wirtschaftsförderung betreibt, sondern daß man sinnvolle Projekte macht, die einen langfristigen Effekt haben, weil die größte wirtschaftliche Not ist in Wahrheit, wenn wir sozial und gesundheitlich nicht in der Lage sind, ein vitales Leben zu führen. Daher glaube ich persönlich, daß also diese Frage ganz wesentlich ist. Ich bin überzeugt, daß wir gerade in solchen Phasen vor allem auch das Positive sehen müssen.

Ich möchte aber trotzdem noch einen Punkt ansprechen, weil er in den Raum gestellt worden ist. Die Bauern heizen angeblich wieder ein; hinein mit dem Dünger, und es geht aufwärts. Meine Damen und Herren, effektive und konkrete Zahlen sagen uns, daß im Jahr 1991/92 der Reinnährstoffverbrauch in Österreich 292.000 Tonnen war – um ein Mehrfaches niedriger als zum Beispiel in Holland, und im Jahr 1993/94 war er nur mehr 265.000 Tonnen. Zusätzlich kommt, daß durch das ÖPUL-Programm die Großvieheinheiten pro Hektar zurückgenommen werden. Die Steiermark hat derzeit ein zusätzliches Programm in der EU vorliegen. Punkte 4 und 5 zum ÖPUL-Programm für jene sensiblen Gebiete zur Bodenverbesserung, wo vor allem die Wasserhaltekapazität, die Humusentwicklung problematisch ist. Soweit unsere Informationen

reichen, steht das Programm kurz vor der Entscheidung. Das ist grundsätzlich auch ein vernünftiger Weg, indem wir die Bauern erhalten, aber wo vor allem die Grundwasserqualität und vor allem die Vielfalt der Landschaft durch eine attraktive Ackerwirtschaft erhalten bleibt.

Meine Damen und Herren, ich möchte aber abschließend vielleicht noch ein paar Dinge ansprechen, die man, glaube ich, direkt sagen muß. Und zwar, wir sind heute in einer Situation, wo wir netzübergreifende Sensationen erleben. Wir haben in Graz eine Firma, die sich damit beschäftigt – bereits jetzt erfolgreich –, mit Algen Schaumstoffe zu erzeugen, und die jetzt zum Beispiel in Zukunft Partner der SEEG (Südsteirische Energie- und Eiweißzerzeugung) sein wird. In Folge soll Glycerin, das vom Bund als Sonderabfall bewertet wird, in ein neues Produkt übergeführt werden, das heißt, wir haben heute eine Kettenreaktion im Verbrauch und in der Nutzung von verschiedenen Grund- und Rohstoffen. Wir haben vor allem bei dieser Firma (Abg. Dipl.-Ing. Getziner: „Verpackungszentrum!“) „Verpackungszentrum“ auch die Möglichkeit, aus anderen Stoffen Papier zu erzeugen, als man das bisher gemacht hat. Wir haben ja momentan eine Diskussion, der Betreiber, Martin Wabl, soll angeblich nicht mehr im Hause sein, der sozusagen mit der Hanfpflanze ein Rohstoff-, Energie- und Nahrungsmittel neu einführen will. Wir haben uns das im Annenhofkino genauer angesehen. Es ist natürlich eine Pflanze für die Zukunft, wenn es ganz klare und vor allem auch Positionen gibt, damit es öffentlich überhaupt machbar wird. Zum gleichen Zeitpunkt haben wir Schlagzeilen gehabt, daß also der 0,3-Prozent-DHC-Anteil die magische Grenze ist, in Deutschland restlos verboten, aber in weiten Bereichen wird das für die Zukunft eine Dämmstoffpflanze, genauso wie das der Flachs derzeit ist.

Ich bin ja schon neugierig, wenn wir unsere Häuser abreißen, die mit verschiedenen Lacken gestrichen oder imprägniert worden sind, wieviel Sondermüll und wieviel Kosten dadurch entstehen, das heißt, dieser Einstieg in umweltgerechte Baustoffphilosophien ist bereits der Wurf über die nächsten Jahrzehnte. Wir haben ja das Problem, daß Erkennen und Handeln vielfach leider sehr weit entfernte Begriffe sind.

Abschließend: Unsere Umweltpolitik wird in Richtung Vernetzung und in Richtung geistiger Offensive passieren. Wir haben 71 Abfall- und Umweltberater, wir marschieren ganz massiv in Richtung ökologische Dorf- und Stadterneuerung, wo die Frage der Energie eine elementare Rolle haben wird, wo das Einsparen noch gewaltige Chancen in sich birgt, wo vor allem die Bewußtseinsempfindungen bei dem, was vor allem Hofmann-Wellenhof und lyrisch auch Dr. Ebner dargestellt haben, dieses neue Heimatgefühl, an einem Herbsttag, wenn es schön blau ist und alles so schön verfärbt ist, scheint es so zu sein, daß es das Paradies noch gibt. Es gibt dieses Paradies, wenn wir selbst vor allem ein gewisses Opfer für diese paradiesischen Zustände bringen.

Und ich sage ganz zum Schluß, meine Damen und Herren, es sitzen unter uns der Hofrat Perner und Hofrat Rupprecht. Hofrat Perner hat das große Glück, für die Altlastensanierung und Meßtechnik zuständig zu sein, und ich möchte dir von dieser Stelle aus herz-

lich danken. Das sind sozusagen noch die Beichtstühle, wo wir wissen, was wir alles hinter uns haben. Da gibt es einige Gedächtnislücken in verschiedenen Regionen. Wir haben das sehr klar positioniert und wollen Schritt für Schritt versuchen, diese Sünden zu bereinigen. Hofrat Rupprecht in seiner umfassenden und vor allem vitalen Form, mit allen so umzugehen, daß es vorwärts geht. Weil wir haben ja so oft – ich glaube, ich habe es in diesem Raum schon einmal gesagt – die Situation, wenn es eine Umweltdiskussion gibt, sind bei einer konkreten Umsetzung meistens alle dafür, daß wir dagegen sind, siehe Niklasdorf, falls ich das so einblenden darf. Daher ist, glaube ich, ganz wesentlich, daß wir uns entkrampfen, und für diese Entkrampfung und neue Offensive darf ich dir mit allen deinen Mitarbeitern wirklich herzlich danken. Ich persönlich bin überzeugt, daß gerade die Umweltpolitik speziell in der Steiermark bewiesen hat, unlösbare Dinge zu lösen und einen Fortschritt zu entwickeln. Damit muß ich wirklich sagen, wir alle miteinander können sehr stolz sein. Ganz speziell draußen die Gemeinden, die Bürgermeister, die Verbände, vor allem unsere Pädagogen in den Schulen. Die Burgi Beutl hat uns heute einmal anständig erklärt, wie die verschiedenen Vögel heißen. Ich habe da schon eine Rüge vom Kaufmann Seppl bekommen, das wäre ein Blauhäher, ich weiß nicht, wie du gesagt hast – die Blauracke, nicht? Das sind einfache Dinge, die uns im wahrsten Sinne des Wortes draußen in der Natur beleben. (Abg. Gennaro: „Der Klubobmann Vesko und ich, wir sind auch zwei Spaßvögel, gel?“) Ja, aber die Frage ist nur, ob ihr alle gleich schnell abhebt. Ich glaube, ein wenig mehr Wind braucht der Kollege Vesko, das könnte schon möglich sein. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Hoffentlich!“) Ich möchte da keine Schulklasse daraus machen.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, weil das Wasser eine so wesentliche Rolle gespielt hat. Ich weiß nicht, ob allen bekannt ist, daß es weltweit vom gesamten Wasserhaushalt her nur 4 Prozent Süßwasser auf diesem Globus gibt und davon wiederum nur 10 Prozent als Trinkwasser geeignet sind und wir in der Steiermark das Riesenglück haben, in einer solch reichen Region zu leben, und daß vor allem auch die Frage der Wassernutzung, der Wasserbewertung eigentlich die Visitenkarte ist, wie wir leben und welche Chancen wir im Grunde vor uns haben. Mit einem herzlichen Dank für die kooperative Zusammenarbeit möchte ich meine Wortmeldung abschließen und hoffen, daß wir in Zukunft bei all den Budgetnöten die richtigen Prioritäten setzen – ich deponiere jetzt hier nicht stille Forderungen –, um eben in einer bewegten Zeit die richtigen Schritte, vor allem auch in der Wirtschaft, in der Umweltpolitik und in der Sozialpolitik, setzen zu können. (13.38 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Karisch, Dr. Ebner und Trampusch, betreffend Maßnahmen zur Reduktion der Lärmbelästigung. Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern

einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: ersten über den Antrag des Berichterstatters, Einl.-Zahl 1009/2, Tagesordnungspunkt 7, zweitens über den Antrag der Berichterstatterin, Einl.-Zahl 1298/1, Tagesordnungspunkt 8, und drittens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Karisch, Dr. Ebner und Trampusch, betreffend Maßnahmen zur Reduktion der Lärmbelästigung.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1009/2, zum Antrag der Abgeordneten Gennaro, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Bachmaier-Geltewa und Vollmann, betreffend die Sicherstellung einer angemessenen Fernwärmeförderung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1298/1, betreffend die Vorlage eines Umweltschutzberichtes für das Jahr 1994, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Karisch, Dr. Ebner und Trampusch, betreffend Maßnahmen zur Reduktion der Lärmbelästigung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

9. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 335/7, zum Antrag der Abgeordneten Vollmann, Schrittwieser, Tilzer und Ussar, betreffend die Errichtung einer Auf- und Abfahrt von der S 6 zur Stanzer StraÙe im Bereich Kindberg.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karlheinz Vollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Vollmann (13.39 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie bereits vom Herrn Präsidenten erwähnt, beschäftigt sich die Vorlage mit dem Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend das generelle Projekt der Anschlußstelle Kindberg-Schanzsattelstraße, das dem Bundesministerium vorgelegt und mit Erlaß vom 10. November 1994 auch genehmigt worden ist. Mehrere Varianten wurden untersucht, wobei die Variante I für die weitere Detailplanung vorgesehen wurde. Die geplante Trasse der L 114, Schanzsattelstraße, zweigt in der Mitte der nunmehr näher an das Alpinwerk herangerückten Siedlungsstraße rechtwinkelig ab, unterquert die S 6 bei Kilometer 50,44, biegt nach der Unterführung nach rechts ab, begleitet zirka 180 Meter den Damm der S 6, biegt danach nach links ab und folgt bis zum Baulosende dem Bestand, die ÖBB durch eine höhen- und lagemäßig adaptierte Unterführung querend. Das Detail-

projekt 1994 wurde ebenfalls abgeschlossen und der Ausbau in das Bauprogramm 1995 aufgenommen. Die vor Baubeginn zu treffenden rechtlichen Verfahren wurden eingeleitet.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 10. Juli 1995 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Vollmann, Schrittwieser, Tilzer und Ussar, betreffend die Errichtung einer Auf- und Abfahrt von der S 6 zur Stanzer Straße im Bereich Kindberg, wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Dr. Klausner: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

10. Bericht des Ausschusses für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 561/6, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Cortolezis, Prutsch Alfred, Trampusch, Günther Prutsch, Dipl.-Ing. Chibidziura und Dr. Ebner, betreffend die Sicherheitsüberprüfung des Kernkraftwerkes Krško (Gurkfeld).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (13.42 Uhr): Meine Damen und Herren!

Es liegt eine Regierungsvorlage vor, Einlagezahl 561/6, worin folgendes enthalten ist:

Zum Schutze der steirischen Bevölkerung im Zusammenhang mit der Möglichkeit von Kernkraftwerksunfällen und anderen nuklearen Ereignissen wurde in den letzten Jahren immer wieder auf die Notwendigkeit einer ausreichenden und zweckentsprechenden Meßausrüstung hingewiesen. Diesbezüglich hat auch die gemischte steirische „Arbeitsgruppe Krško (Gurkfeld)“ die Forderung erhoben, daß zu den stationären, in der Steiermark befindlichen Meßstellen des österreichweiten Strahlenfrühwarnsystems auch eine mobile Meßeinrichtung, nämlich ein Strahlenmeßbus, angeschafft werden soll.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz, das in bezug auf die Kostenübernahme angeschrieben wurde, hat abgelehnt, hat also mitgeteilt, daß eine Kostenübernahme nicht möglich ist. Die gesamten Kosten wären daher vom Land Steiermark zu tragen.

Die gesetzliche Lage nach dem Strahlenschutzgesetz lautet, daß der Landeshauptmann zur Durchführung von Schutz- und Sicherungsmaßnahmen verpflichtet ist, wenn die Strahlungsintensität auf Grund der radioaktiven Kontamination ein Ausmaß übersteigt, bei dem die Möglichkeit einer Beeinträchtigung des Lebens oder der Gesundheit von Menschen besteht.

Die Festsetzung aller dieser Maßnahmen aber beruht wiederum ausschließlich auf bestimmten Meßwerten, also auf der Strahlungsintensität, die vom Grad der radioaktiven Kontamination abhängt. Die

Ermittlung dieser Meßwerte ist wiederum nur mit speziellen Meßgeräten möglich. Gleichzeitig wurde von einer Expertenkommission festgestellt, daß über die seismische Sicherheit des Kraftwerkes Krško (Gurkfeld) keine konkreten Aussagen getroffen werden können. Der Raum um Krško (Gurkfeld) wird immer wieder als seismisch aktiver Raum bezeichnet.

Zu diesem Zweck wurden von der Expertengruppe umfangreiche Messungen vorgeschlagen, welche durch das Einbringen von Meßsonden Mikrobeben durch reflektierende Schallwellen messen sollen.

Da diese Messungen und die Ergebnisse auch für die österreichische Bundesregierung und für das Land Kärnten von großer Bedeutung sind, wurde ein koordiniertes Vorgehen mit dem Bund und dem Land Kärnten angestrebt. Betreffend eine Kostenbeteiligung durch das Land Kärnten kann festgehalten werden, daß eine solche, wie aus Gesprächen entnommen werden konnte, nicht vorgesehen ist. Weiters gibt es, wie schon gesagt, bis heute keine Zusage, daß vom Bund irgendeine Kostentragung für dieses seismische Meßprogramm vorgesehen ist.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Dr. Cortolezis, Alfred Prutsch, Trampusch, Günther Prutsch, Dipl.-Ing. Chibidziura und Dr. Ebner, betreffend die Sicherheitsüberprüfung des Kernkraftwerkes Krško (Gurkfeld), wird zur Kenntnis genommen. (13.45 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (13.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Über meinen Antrag hat die gemischte Kommission für Krško (Gurkfeld) eine Abordnung nach Krško (Gurkfeld) geschickt, weil ich gemeint habe, wir reden oft über Dinge, und es gibt noch immer Mitglieder, die dieses Kernkraftwerk überhaupt noch nie gesehen haben. Es waren der Abgeordnete Getzinger, der Abgeordnete Prutsch und meine Wenigkeit, die gemeinsam mit dem Herrn Dipl.-Ing. Fink von der Fachabteilung V Krško (Gurkfeld) besucht haben. Wir haben feststellen können, daß dort im unmittelbaren Bereich also ein sehr sauberer Eindruck herrscht, daß man feststellen kann, man bemüht sich zumindest, dieses Kraftwerk ordentlich zu führen.

Wir haben die Möglichkeit gehabt, mit den Direktoren, dem Herrn Generaldirektor Großmann und dem Herrn Generaladministrator Ivan Spiller, zu konferieren. Sie haben uns natürlich einen Film über das Kraftwerk gezeigt und haben uns durch das Kraftwerk geführt. Anschließend gab es natürlich eine Debatte und einen regen Austausch. Wir haben das Gefühl, zumindest glaube ich sagen zu können, daß die Herrschaften sich sehr bemüht haben, uns wirklich Rede und Antwort zu stehen und unsere Fragen zu beantworten.

Die erste Frage war, wie schaut es mit den Dampfgeneratoren aus, die ja nunmehr seit über zehn Jahren eingebaut sind und wo man immer wieder hört, daß

die am Ende sind, daß sie Haarrisse haben und ausgetauscht werden müssen und daß der Austausch innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre stattfinden muß. Daß das der Fall ist, hat man uns bestätigt. Daß dieser Austausch natürlich viel Geld kostet und daß hier das Parlament in Slowenien aufgerufen ist, diese Entscheidung zu treffen, die natürlich damit zusammenhängt, wird das Kraftwerk weitergeführt oder ist der Ausstieg nun fertig programmiert. Es gibt eine Formel, die da heißt: Beschluß eines Ausstieges aus der Atomkraft plus zehn Jahre. So muß das laufen, es müssen noch zehn Jahre Nachlaufzeit eingerechnet werden.

Es gibt hier Vorstellungen eines oder mehrerer Energiekonzepte. Auch eines, wo eben das Atomkraftwerk Krško (Gurkfeld) nicht als Stromlieferant zur Verfügung steht. Aber, wie gesagt, es wird natürlich auch eine Meinungsbildung in Slowenien sein müssen, ob man aus der Stromerzeugung über Kernkraft aussteigt oder nicht.

Diese Energieabhängigkeit der Slowenen ist natürlich weit größer als die der Kroaten. Wir haben gehört, daß Slowenien zirka zu 30 bis 35 Prozent von der Stromlieferung des Kernkraftwerkes abhängig ist. Sie vergleichen den Strombedarf pro Kopf als Pegel für den Lebensstandard. Das heißt, der Energieverbrauch ist für sie ein Maß der Lebensqualität und des Lebensstandards. Es war ihnen nicht zu entlocken oder eine Änderung ihrer Meinung herbeizuführen.

Sie haben ungefähr 600 Beschäftigte in diesem Kraftwerk, 500 aus Slowenien, 100 aus Kroatien. Kroatien selbst ist hier natürlich zur Hälfte beteiligt am Kraftwerk. Wir haben dieses Kraftwerk natürlich auch besichtigt. Die Kühltürme und Kühlgeneratoren beziehungsweise -pumpen. Es wurde uns gesagt, daß eine Temperaturdifferenz zwischen Einlauf und Auslauf beziehungsweise der durchlaufenden Savewässer und des zugeführten Kühlwassers maximal 3 Grad betragen darf. Auf die Frage des Strahlenfrühwarnsystems, das wir ja immer wieder seit Jahren angeschnitten haben und immer versucht haben, hier eine Kooperation zu finden, muß gesagt werden, daß es derzeit noch technische Probleme gibt und daß sie natürlich daran arbeiten. Sie haben im Werksgelände eine Wetterstation, wo sie sagen, daß die so rasch bei der Übertragung ist, daß man natürlich sofort informiert ist. Aber, wie gesagt, bei ausreichender Finanzierung eines Strahlenfrühwarnsystem ist auch eine Direktübertragung nach Steiermark beziehungsweise Österreich möglich. Sie wissen ja, daß Global 2000 sich bemüht, dort ein privates Frühwarnsystem einzurichten. Es ist aber mit Sicherheit natürlich eine Einmischung in Angelegenheiten Sloweniens, wenn wir hier direkt einsteigen würden.

Meine Frage betreffend die Erdbebensicherheit, die ja immer wieder bestritten wird, weil ja Krško (Gurkfeld) auf einer Erdbebenlinie Europas liegt, hat auch gezeigt, daß die Herren das sehr wohl wissen und sie natürlich auch meinen, daß ein Untersuchungsprogramm stattfinden muß und daß sie bereits ein solches Programm und Verhandlungen darüber mit den slowenischen Hochschulen gestartet haben. Es wird nicht bestritten, daß das natürlich eine sensible Zone, eine Erdbebenbruchlinie, ist. Wir haben dann auch über die Sicherheit gegenüber Terror ge-

sprochen, und hier muß man natürlich sagen, daß es keinen hundertprozentigen Schutz gibt. Also die Probleme werden immer noch da sein. Es ist natürlich schon irgendwie beklemmend, wenn man hinkommt und man hat einen Stacheldraht vor sich, dann einen Hundelaufgang, dann den nächsten Stacheldraht, und dann kann man erst hinein. Also, das ist etwas, was einem Magenflausen bringt. Wir wissen auch, daß eine internationale Kommission Überprüfungen durchführt und daß sie sich mit den Sicherheitsmängeln beschäftigt. Es gibt einen ganzen Katalog, worüber Slowenien jedoch immer wieder beteuert, daß sie im Zeitplan diese Mängel behoben haben.

Meine persönliche Frage betreffend radioaktiven Abfall und die Lagerung dieses Abfalles war deshalb natürlich klar, weil vor ungefähr zehn Jahren die Überlegung war, daß in Windischgraz, also Slovenji Gradec, ein Endlager eingerichtet hätte werden sollen und daß natürlich eine solche Endlagerstation unmittelbar an der Grenze für uns eine Gefährdung ist. Hier haben wir uns dagegen aufgelehnt. Inzwischen kann man sagen, daß sie selbst keine Lösung für die Endlagerung haben, daß sie aber meinen, daß mit der Zeit so etwas gefunden wird, und sie ihre abgebrannten Stäbe im Kernkraftwerk selbst lagern, und hier gäbe es ausreichend Platz und Lagermöglichkeit.

Meine Damen und Herren, wir Steirer sind, seitdem Slowenien ein Staat geworden ist, benachteiligt in der Information. Früher gab es das rote Telefon, das ist heute praktisch tot. Es wird alles über den Bund, also in dem Fall Wien, geleitet. Wir haben dort auch gesagt, wir wollen die gleich gute Information haben wie vor der Zeit, als Slowenien ein eigener Staat geworden ist. Wir haben das Problem, daß eben Wien Krško (Gurkfeld) nicht das Augenmerk schenkt wie vielleicht Bohunice, Temelin und wie sie alle im Norden und Osten von Österreich heißen, sondern man sagt auch noch, Krško (Gurkfeld) sei ein Kernkraftwerk westlichen Typs, und damit ist vielleicht zuwenig Druck vorhanden. Die Leistung von 600 bis 660 Megawatt muß natürlich ersetzt werden, wenn das Kraftwerk ausscheidet. Und hier haben wir gehört, daß sie zur Zeit 5,8 Pfennig verwenden als politischen Preis. Die tatsächlichen Kosten sind 12 Pfennig, das heißt, es kommt nie das Geld herein, um überhaupt hier Rücklagen zu schaffen, die für einen Ausstieg notwendig sind. Wir müssen vom Bundesministerium für Äußeres fordern, daß hier mehr Nachdruck eingebracht wird, um zu einer Kooperation mit den Slowenen zu kommen. Wir müssen aber auch bei einem Ausstieg, den wir nach wie vor verlangen, auch ehrlich sein. Wir wissen, daß wir ungefähr eine Milliarde auf den Tisch legen müssen, wir wissen, daß eine Stromschiene nach dem Süden gehen muß. Umgekehrt wird natürlich argumentiert, wir würden in diesem Sinne Atomstrom einführen, weil eben diese Stromschiene nach dem Süden gebaut werden soll. Wenn wir den Ausstieg wollen, dann müssen wir auch Strom den Slowenen zur Verfügung stellen. Wir haben die Kapazität mit Voitsberg III, wir könnten das leisten. Wir müßten uns aber auch klar sein, daß wir eine Schiene brauchen, um ihnen den Strom anzubieten. Unsere Position als Steiermark wird natürlich bei all diesen Dingen auch gestärkt werden in dem Augenblick, wo Slowenien

der EU beitreten will. Und da müssen wir ihnen beinhart auch sagen, welche Forderungen wir an sie stellen.

Ich glaube, daß hier auch Podgrad mit hineinkommen muß in dieses Verhandlungspaket. Ich glaube, daß es möglich sein sollte, aus der Atomkraft auszusteigen, wenn wir den Slowenen Hilfestellung geben, so daß sie auch die Gefahr gegen eine wirtschaftliche Sicherstellung tauschen. (13.57 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

11. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über das Auslieferungsbegehren des Landesgerichtes für Strafsachen Graz, betreffend den Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura nach Paragraph 288 Absatz 1 StGB, Einl.-Zahl 1309/1.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Ludwig Rader. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Rader (13.58 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Der Verfassungs- und Unvereinbarkeits-Ausschuß hat dieses Auslieferungsbegehren behandelt und folgenden Beschluß gefaßt, den ich Ihnen zur Annahme empfehle:

Es besteht ein Zusammenhang zwischen den dem Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura im Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Graz auf Auslieferung zur Last gelegten Handlungen und seiner politischen Tätigkeit als Landtagsabgeordneter, und es wird nicht die Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura erteilt. Ich bitte um Annahme.

Präsident Dr. Klausner: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

12. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung im Land Steiermark, Einl.-Zahl 1256/1.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Erna Minder. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Minder (13.58 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung im Land Steiermark umfaßt den Landeshaushalt in den Jahren 1990 bis 1992, den Teilbereich soziale Wohlfahrt, den Landeshochbau, die Abfallwirtschaft und die Überwachungsgebühren. Der Rechnungshof kam unter anderem zu folgendem Ergebnis:

Der Rechnungshof wiederholte seine oftmals geäußerten Bedenken hinsichtlich der Ausgaben und Schuldenentwicklung des Landes. Der Anstieg der Finanzschulden sollte das Land bewegen, bisher wahrgenommene Aufgaben und Leistungen grundsätzlich nach ihrer Notwendigkeit zu hinterfragen und nach budgetpolitischen Gesichtspunkten zu reihen. Aus den Zuschüssen des KRAZAF waren in der Steiermark 10 Prozent für strukturverbessernde Maßnahmen zweckgewidmet. Zwischen den damit befaßten Abteilungen des Amtes der Landesregierung wurden diesbezüglich nahezu keine Informationen ausgetauscht. Auch nach dem Beschluß des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes konnten keine Abfallbehandlungsanlagen gefunden werden.

Das Land Steiermark hat seine Kontrollbefugnisse gemäß der Abfallnachweisverordnung mangelhaft wahrgenommen.

Der Rechnungshof gab folgende Empfehlungen ab:

Es wäre eine zeitgemäße gesetzliche Grundlage für die Haushaltsverrechnung zu schaffen.

Es wäre darauf hinzuwirken, daß von den Sozialhilfeverbänden ausreichende Informationen über ihre Aktivitäten im Sozialbereich an das Amt der Landesregierung weitergegeben werden.

Die Richtlinien zur Förderung ambulanter Dienste wären dahin gehend abzuändern, daß in Hinkunft nicht Dienstposten, sondern leistungsbezogene Nachweise die Voraussetzung für die Zuerkennung von Förderungen bilden.

Nach Erstellung eines landesweiten Konzeptes wäre die Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Diensten durch Verträge mit den Wohlfahrtsorganisationen abzusichern.

Anläßlich der angestrebten umfassenden gesetzlichen Neuorganisation der Sozialen Wohlfahrt wäre bei Einführung von eigenen Sprengelorganisationen die Zweckmäßigkeit des Fortbestandes der Sozialhilfeverbände zu hinterfragen.

Hinsichtlich der Einrichtungen im Behindertenbereich wären eine regionale Planung, eine laufende Bedarfsermittlung sowie eine Festlegung von Qualitätskriterien zu verwirklichen.

Nun zum Hochbau:

Für eine wirtschaftlichere und zweckmäßigere Bearbeitung der Hochbauangelegenheiten wäre eine Organisationsänderung vorzunehmen. Auf eine durchgängige Projektverantwortlichkeit wäre zu achten.

Umfassende Bauprogramme wären als Grundlage für Investitionsentscheidungen sowie für Finanzierungs- und Personalplanungen zu erstellen.

Bei Bauvorhaben wären die Projekte sorgsamer vorzubereiten und ein verbessertes Projektmanagement einzuführen. Leistungen für Dritte wären auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen und kostendeckend zu verrechnen.

Ansprüche aus der Abwicklung von ASFINAG-finanzierten Bauvorhaben wären dem Bund gegenüber geltend zu machen.

Künftig wäre vermehrt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Veranstaltern zu prüfen, da zum Beispiel aus in den Jahren 1984 bis 1987 durch-

geführten Formel-1-Weltmeisterschaftsläufen die Überwachungsgebühren nicht beglichen wurden. Somit entstand für den Bund ein Einnahmenentfall von rund 3 Millionen Schilling. Dies war zum Großteil auch auf die schleppende Verfahrensabwicklung der Landesbehörden zurückzuführen.

Der Kontroll-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 10. Oktober 1995 über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung im Land Steiermark, Einlagezahl 1256/1, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Kontroll-Ausschuß stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über Teilgebiete der Gebarung im Land Steiermark wird zur Kenntnis genommen.

Präsident Mag. Rader: Danke herzlich. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schinnerl.

Abg. Schinnerl (13.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der uns vorliegende Rechnungshofbericht ist ein besonders negativer Bericht. Ich kann darauf zurückkommen.

Ja, der Teilbereich im Bereich Soziale Wohlfahrt – Gruppe 4 ist es ein besonders negativer Bericht. Das war auch in den Zeitungen am 10. Oktober 1995 eindeutig zu lesen.

Ich möchte über diese Prüfung noch erwähnen, daß sie von Oktober bis Dezember 1993 stattgefunden hat. Es war ein Prüfungszeitraum bevor unsere Frau Landesrätin am 24. Jänner 1994 ins Amt berufen wurde.

Aber trotzdem scheint in diesem Bericht auf, daß die Stellungnahmen zu einzelnen Punkten in diesem Bericht sehr, sehr spät oder überhaupt nicht erfolgten. Laut Gesetz müßten diese Stellungnahmen spätestens nach drei Monaten erfolgen, und es hat hier noch einmal so lange gedauert – sechs Monate. Aus diesem Verhalten sieht man auch schon, daß entweder die Abteilung überfordert war oder von vornherein diesen Rechnungshofbericht nicht sehr ernst genommen hat.

Es sind von Beginn der Prüfung, von Oktober oder Dezember 1993, bis jetzt beziehungsweise bis zur Vorlage hier im Landtag, zwei Jahre vergangen.

Ich möchte auch noch auf Grund der zwei Zeitungsberichte sagen, daß hier schwere Mängel aufscheinen, daß schwere Rügen vom Rechnungshof an das Sozialreferat gemacht werden, daß besonders scharf geschossen wird, und ich glaube auch, mit aller Berechtigung, denn bei allen Punkten, die hier in diesem Bericht enthalten sind, gibt es nur Kritik und immer wieder nur Kritik.

Es ist in diesem Bericht auch zu erfahren, daß bei kleineren Dingen, bei der Planung von kleineren Vorhaben alles über das Referat erledigt wird, und

die größeren Vorhaben werden durch einen Verein geplant. (Verein „Arbeitsgemeinschaft für Sozialforschung und Sozialplanung“)

Und gerade in letzter Zeit hatten im Sozial-Ausschuß wir einen Behindertenplan, welcher ebenfalls von diesem Verein erstellt wurde, zu beraten, und der dann eben auf Grund der Meinung aller drei im Landtag vertretenen Parteien im Ausschuß, am 10. Oktober, wieder an die Landesregierung zurückverwiesen wurde, weil in diesem Bericht sehr, sehr viel unklar war und auch nicht vollständig war. Und diesem Bericht war zu entnehmen, daß die Erstellung eines solchen Behindertenplans 15 Jahre dauern würde. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer für einen solchen Behindertenplan 15 Jahre braucht, ich glaube, dem soll dieser Auftrag auch sofort entzogen werden, denn ein diesbezüglicher Behindertenplan kann höchstens für eine Periode oder für fünf Jahre im voraus erstellt werden.

Ich habe eher das Gefühl gehabt, daß diese 4 Millionen Schilling, die jährlich angefallen wären, und auf 15 Jahre aufgeteilt, das 60 Millionen Schilling gekostet hätte, eine stillschweigende Unterstützung für diesen vorhin erwähnten Verein gewesen wäre.

Ich glaube, wir haben richtig gehandelt, daß wir den vorgelegten Behindertenplan beziehungsweise diesen Behindertenplanentwurf zurückgestellt haben.

Und, Frau Landesrat, nachdem Sie jetzt schon 631 Tage im Amt sind, glaube ich, daß Sie diesen Bericht intensivst studiert haben und daß Sie diese Anschuldigungen, die hier in diesem Bericht aufscheinen, zum Teil schon aus der Welt geschafft haben oder das in Hinkunft sofort noch tun werden, denn in der Sozialpolitik ist ohne genaue Planung nichts möglich. Die für diese sozialen Belange zur Verfügung gestellten Mittel müssen gerade jetzt auf Grund der tristen Budgetlage effizient eingesetzt werden, und da muß man wohl annehmen, daß aus der Abteilung, wo 60 Personen beschäftigt sind, auch alle geforderten Unterlagen in Hinkunft zur Verfügung gestellt werden können, so daß wir auf Grund dieser zur Verfügung gestellten Unterlagen dann die Sozialpolitik für die Zukunft aufbauen können.

Ich danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 14.10 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, das war einstimmig.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung des Steiermärkischen Landtages findet am Donnerstag, dem 19. Oktober 1995, mit Beginn um 10 Uhr statt. Die Einladungen wurden bereits verteilt.

Die heutige Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 14.10 Uhr.)